D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 15
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

16. April 1982
Preis 1,80 DM

Der Tanker wird überflüssig

Die Identitätskrise der SPD wird auch nach dem Parteitag weiterschwelen

Von Theo Mehlen

Ein wesentlicher Bestandteil des Münchener Parteitages der SPD wird die „Organisationsdebatte" sein. Brandt leitete die Diskussion um die Identität der Partei im Oktober 1981 ein anläßlich des 10. Todestages von W. Eichler, dem Vorsitzenden der Programmkommission für Godesberg. Wenn die Partei auf der einen Seite Wähler an die Alternativen und auf der anderen Seite an die CDU/CSU verliere, müsse die SPD ihre Identität überprüfen und dabei die Bedürfnisse der neuen Bewegungen aufgreifen. Im Dezember versuchte der SPD Theoretiker Löwenthal ein mißglücktes Konzept dagegen zu stellen. Diese Identitätsdebatte ist natürlich beileibe nicht abgeschlossen. Was weiter fehlt ist eine Strategie. Rechtzeitig zum Münchener Parteitag versucht sich darin der Bundesgeschäftsführer Peter Glotz in seinem Buch „Die Beweglichkeit des Tankers".

Die SPD hat Probleme mit ihrer sozialen Basis. Eine bestimte Sorte von Identität des Facharbeiters, die aus seiner Stellung in der Produktion nach 1945 entsprang, und die traditionell eng verknüpft ist mit der „politischen Kultur" der SPD, geht durch Umwälzungen in der Produktion und wachsende Arbeitslosigkeit verloren. Dieser klassische Kern der SPD vermindert sich. Das Bündnis zwischen Facharbeitern und technischer Intelligenz, das die SPD bisher trug, bröckelt. Weil mit der kapitalistischen Krise der Sozialdemokratie immer mehr die Mittel und Wege entzogen werden, beide Seite

„Organisationsdebatte" sein. Brandt leitete die Diskussion um die Identität der Partei im Oktober 1981 ein anläßlich des 10. Todestages von W. Eichler, dem Vorsitzenden der Programmkommission für Godesberg. Wenn die Partei auf der einen Seite Wähler an die Alternativen und auf der anderen Seite an die CDU/CSU verliere, müsse die SPD ihre Identität überprüfen und dabei die Bedürfnisse der neuen Bewegungen aufgreifen. Im Dezember versuchte der SPD Theoretiker Löwenthal ein mißglücktes Konzept dagegen zu stellen. Diese Identitätsdebatte ist natürlich beileibe nicht abgeschlossen. Was weiter fehlt ist eine Strategie. Rechtzeitig zum Münchener Parteitag versucht sich darin der Bundesgeschäftsführer Peter Glotz in seinem Buch „Die Beweglichkeit des Tankers".

Die SPD hat Probleme mit ihrer sozialen Basis. Eine bestimte Sorte von Identität des Facharbeiters, die aus seiner Stellung in der Produktion nach 1945 entsprang, und die traditionell eng verknüpft ist mit der „politischen Kultur" der SPD, geht durch Umwälzungen in der Produktion und wachsende Arbeitslosigkeit verloren. Dieser klassische Kern der SPD vermindert sich. Das Bündnis zwischen Facharbeitern und technischer Intelligenz, das die SPD bisher trug, bröckelt. Weil mit der kapitalistischen Krise der Sozialdemokratie immer mehr die Mittel und Wege entzogen werden, beide Seite

materiell durch Reformen zufriedenzustellen, entwickeln sich vermehrt ständische Interessen, die dieses Bündnis auf der *bisherigen* Grundlage unhaltbar machen und einen Teil zur CDU treibt. Gleichzeitig verliert die SPD ihre Integrationskraft für gesellschaftliche Strömungen, die auf Veränderung aus sind.

Zur erneuten Verschmelzung dieses uneinheitlichen Konglomerats sei nach Glotz ein neues organisatorisches Konzept notwendig. 1. müsse die Partei weiterhin um die politische Macht kämpfen. Geht sie jedoch nur in staatlichen Aufgaben auf, so verliert sie ihre Identität. Daher müsse 2. eine politische Kultur, ein Lebensraum, eine Lebenswelt der Partei herausgebildet werden. Das Delegiertensystem dürfe nicht verarmen, nicht den Staatsfunktionären überlassen werden. Die Arbeiter seien darin zu stärken. Dazu gehört die ganze Umwälzung der Arbeit der Parteieinheiten in den Betrieben und auf Ortsebene. 3. Müsse sich die Partei für den gesellschaftlichen Dialog öffnen. Die Partei müsse sich „als Lebensraum, als Forum der Kommunikation, als Organ der Bewußtseinsbildung neu organisieren".

Glotz kann nicht übersehen, daß der Kampf um Machtpositionen und der gesellschaftliche Dialog natürlich auch ohne die SPD stattfindet, nämlich in den Gewerkschaften, in den Komitees, Initiativen und allen möglichen Gruppen. Dennoch hält er das Konzept der klassischen Massenpartei der letzten 35 Jahre, den Tanker,n die Interessenvertretung und gesellschaftlichen Dialog in sich vereinen, weiterhin für notwendig. Welche Gründe lassen ihn auf das Überleben in dieser Form hoffen? Nur die SPD habe ein *realistisches* Konzept, gesellschaftliche Veränderungen umfassend *durchzusetzen*. Er wirft der neueren Bewegung vor, sie praktiziere eine Trennung von Moral und Politik, von Geist und Macht. Tatsächlich steht den neuen Bewegungen gegenwärtig keine realistische Möglichkeit zur Verfügung, ihre Anliegen umfassend durchzusetzen. Zweitens konstatiert Glotz eine Segmentierung und Aufspaltung der Gesellschaft. Die Bedrohung durch den Atomtod, das Bewußtsein über die Endlichkeit der Natur und die ökonomische Krise hätten zu einer Kulturkrise geführt, die sich einerseits im Aufschwung des Neokonservatismus, andererseits in politischem subjektivem Idealismus und moralischer Orthodoxie auf der Linken niederschlage. Die Bereitschaft zur Integration unterschiedlicher Meinungen lasse nach, die Sehnsucht nach klaren Fronten gehe durch alle Lager. Die SPD müsse ihre Bindungswirkung gegenüber den auseinanderdriftenden Gruppen wiedergewinnen.

Was Glotz Fragmentierung und Segmentierung der Gesellschaft nennt, ist Ausdruck dafür, daß die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte auf der Suche nach Antworten auf die Veränderung der Lage sind und dabei auch nach neuen Formen der Durchsetzung ihrer Interessen streben. Die Formen sind vor allem die der meist noch dezentralen Selbstorganisierung, die Ant-

die SPD habe ein *realistisches* Konzept, gesellschaftliche Veränderungen umfassend *durchzusetzen*. Er wirft der neueren Bewegung vor, sie praktiziere eine Trennung von Moral und Politik, von Geist und Macht. Tatsächlich steht den neuen Bewegungen gegenwärtig keine realistische Möglichkeit zur Verfügung, ihre Anliegen umfassend durchzusetzen. Zweitens konstatiert Glotz eine Segmentierung und Aufspaltung der Gesellschaft. Die Bedrohung durch den Atomtod, das Bewußtsein über die Endlichkeit der Natur und die ökonomische Krise hätten zu einer Kulturkrise geführt, die sich einerseits im Aufschwung des Neokonservatismus, andererseits in politischem subjektivem Idealismus und moralischer Orthodoxie auf der Linken niederschlage. Die Bereitschaft zur Integration unterschiedlicher Meinungen lasse nach, die Sehnsucht nach klaren Fronten gehe durch alle Lager. Die SPD müsse ihre Bindungswirkung gegenüber den auseinanderdriftenden Gruppen wiedergewinnen.

Was Glotz Fragmentierung und Segmentierung der Gesellschaft nennt, ist Ausdruck dafür, daß die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte auf der Suche nach Antworten auf die Veränderung der Lage sind und dabei auch nach neuen Formen der Durchsetzung ihrer Interessen streben. Die Formen sind vor allem die der meist noch dezentralen Selbstorganisierung, die Ant-

worten sind vorerst notwendig uneinheitlich, zersplittert, tendieren aber auf eine wie immer geartete sozialistische Umwälzung der nationalen wie internationalen Gesellschaft. Hierauf paßt der Deckel der alten Volkspartei nicht mehr recht und was die SPD noch stabil macht, ist die Tatsache, daß der beschriebene Prozeß in der Arbeiterklasse noch kaum richtig in Gang gekommen ist.

Glotz ist sich im Klaren, daß das Konzept der Volkspartei nicht aus einem organisatorischen Anspruch aufrecht erhalten werden kann. Es geht um die Ziele. Da ökonomisch kein Spielraum mehr ist, müsse die SPD zu einer politischen Identität finden, die neue Bedürfnisse aufspürt und umsetzt. Diese politische Identität könne nur europäisch sein. Hierzu sollen gehören: 1. Entspannungspolitik, die einzig mögliche europäische Friedenspolitik; 2. ökologische Politik, in Europa notwendiger als irgendwo sonst auf der Welt; 3. Verteidigung des europäischen Sozialstaates; 4. liberaler Staatsapparat; 5. gemeinsame Lösung der gegenwärtigen Krise der arbeitsteiligen Gesellschaft. Dies ginge durch einen „europäischen Weg, der in einer neuen Form der internationalen Arbeitsteilung eine konsensfähige, hoch spezialisierte Zivilisation schafft". Gemeint ist wohl die Abwälzung unproduktiver und umweltbelastender Fabrikationen in die Dritte Welt.

Die SPD kann damit aber nicht wieder zur allgemein anerkannten Massenpartei, zum Tanker, für den gesellschaftlichen Fortschritt werden.



An ungezählten Orten fanden in diesem Jahr wieder Ostermärsche statt. In Frankfurt nahmen ca. 25000 Menschen daran teil. Dies Transparent wurde hier mitgetragen. *(s. Seite 3)*

Ist der israelische Reserveoffizier Amok gelaufen?

chm. Als in der vergangenen Woche der Islamische Rat der Stadt Jerusalem der israelischen Besatzungsbehörde die Drohbriefe, die ihn von der rechtsextremistischen Organisation KACH (Jetzt) des amerikanischen Rabbi Meir Kahane und den Quislingsverbänden der Dorfligen erreichten, wollte keiner was davon wissen. Die Briefe enthiel-



An ungezählten Orten fanden in diesem Jahr wieder Ostermärsche statt. In Frankfurt nahmen ca. 25000 Menschen daran teil. Dies Transparent wurde hier mitgetragen. *(s. Seite 3)*

Ist der israelische Reserveoffizier Amok gelaufen?

chm. Als in der vergangenen Woche der Islamische Rat der Stadt Jerusalem der israelischen Besatzungsbehörde die Drohbriefe, die ihn von der rechtsextremistischen Organisation KACH (Jetzt) des amerikanischen Rabbi Meir Kahane und den Quislingsverbänden der Dorfligen erreichten, wollte keiner was davon wissen. Die Briefe enthiel-

ten die Drohung, islamische und christliche Einrichtungen der Heiligen Stadt zu zerstören; eine Woche später marschierte Harry Goodmann, 32 Jahre alt, Amerikaner, seit 6 Jahren als Siedler und KACH-Sympathisant im besetzten Palästina mit seiner M-16, die ihm als Reserveoffizier der israelischen Armee zusteht, in den Felsendom und schoß zwei Magazine leer, ehe ihm die sonst so flinken und keine (palästinensischen) Opfer scheuenden israelischen Soldaten überwältigen konnten. Ergebnis: 2 Tote und 70 – 100 Verletzte.

Nicht einmal die Krokodilstränen wollen den israelischen Politiker so recht aus den Augen rinnen: Goodmann hat nur das umgesetzt, wenn man so will auf eigene Faust, was die israelische Besatzungsarmee seit Jahren und in den letzten Wochen und Tagen mit besonderer Brutalität, gegen die palästinensische Bevölkerung des besetzten Westufers und Gazas praktiziert: Judäa und Samaria, im Junikrieg befreit, sind Teil von Eretz Israel, wem das nicht paßt, so z.B. der einheimischen palästinensischen Bevölkerung, kann es schlucken, oder aber verschwinden und Platz machen für die 100000 jüdischen Siedler, die bis Ende des 20. Jahrhundert dort angesiedelt werden sollen. Paßt das den Palästinensern nicht und sie lehnen sich dagegen auf, dann wird scharf geschossen: die Bilanz der israelischen Armee in einer Woche neun tote Palästinenser und eine unbekannte Zahl von Verletzten. Das, was Goodmann getan hat, ist also nicht außergewöhnlich. Verrückt ist er allemal nicht, sonst wäre er nicht Reserveoffizier der israelischen Streitkräfte.

Der Individualterror Goodmanns ist nur eine Wiederspiegelung des staatlichen Terrors Israels gegen seine Umwelt: Ein neuer Überfall auf den Südlibanon wird vorbereitet. Da die syrische Regierung alle Hände voll zu tun hat, die eigene Bevölkerung abzuschlach-

serveoffizier der israelischen Streitkräfte.

Der Individualterror Goodmanns ist nur eine Wiederspiegelung des staatlichen Terrors Israels gegen seine Umwelt: Ein neuer Überfall auf den Südlibanon wird vorbereitet. Da die syrische Regierung alle Hände voll zu tun hat, die eigene Bevölkerung abzuschlach-

ten, wie das Beispiel der Stadt Hama in Nordsyrien zeigt, ist die Gelegenheit für Israel günstig, nicht nur die PLO-Stellungen zu zerstören, sondern zugleich die syrischen Raketenbasen zu vernichten. Es ist nicht so sehr die Warnung der USA, die Israel von dem Angriff abhält als vielmehr eine innerisraelische Debatte, vor allem in den Reihen der Generäle, ob solch ein Schlag *im Moment* opportun sein, oder ob man lieber warten sollte, bis der Aufstand in den besetzten Gebieten niedergeschlagen sei, die PLO also politisch geschwächt, um den Schlag zu landen.

Die Fraktion im Staatsapparat und Armee, die sich um Sharon schart, ist für einen jetzigen Waffengang, da sie mit Recht davon ausgehen, daß sich die Lage in den besetzten Gebieten nicht beruhigen wird und die „günstige" internationale Lage – den Konflikt um die Falklandinseln – ausnutzen wollen.

Als unmittelbare Reaktion auf den Terror der Siedler wie er sich in der Schießerei von Goodmann sich manifestiert hat, hat der Oberste Islamische Rat in Jerusalem zu einem siebentägigen Streik in Palästina aufgerufen, der auch ausnahmslos befolgt wird. Das ist wichtig und einmalig in der palästinensischen Geschichte. Ebenso bedeutsam ist der Aufruf König Khalids an die 42 islamischen Staaten am Mittwoch den Generalstreik auszurufen als Zeichen der Solidarität mit dem palästinensischen Volk. Bis Redaktionsschluß hatten 10 Staaten den Aufruf begrüßt.

Robert Havemann

Wie es heißt, ist er, auf den die Bezeichnung „unverbesserlicher Optimist" vielleicht so gut wie auf kaum jemanden sonst zutraf, am Ostersonntag in seinem Häuschen in Grünheide bei Berlin bei Bewußtsein, ohne Schmerzen gestorben, an den Folgen eines Lungen-Leidens, das noch aus dem KZ Brandenburg stammt.

Wolf Biermann hat ihn noch einmal sehen können, eine noble Geste, wenn man so will. Hätten sie Havemanns Tod doch auch nur vermeldet. Würden da nicht täglich Jugendlichen auf der Straße, den Bahnhöfen, in der Schule die Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen" von den Ärmeln gerissen. Und wäre da nicht die penetrante Lüge im Staatsfernsehen über die westdeutschen Ostermärsche, die sich angeblich allein gegen die NATO-Pläne gerichtet und ihre Unterstützung für die Friedenspolitik des sozialistischen Lagers bekundet hätten. Stattdessen waren aber eben die Forderungen der DDR-Friedensbewegung vielerorts aufgegriffen worden.

Dafür hatte nun gerade Havemann noch einmal gesorgt, der in einem Brief an die „Frankfurter Rundschau" vom 20. März „an unsere Friedensfreunde im Westen ... und überhaupt an alle, die begriffen haben, daß von einer freien Friedensbewegung in der DDR starke internationale Impulse ausgehen werden", vor allem zur Bekanntmachung des „Berliner Appells" aufgerufen hatte. Damit, wie schon durch seinen gesamtdeutsch unterzeichneten „Offenen Brief" an Breschnew im letzten Jahr, hat Havemann beigetragen, die Forderungen nach einem Friedensvertrag für beide deutsche Staaten und Abzug aller ausländischen Truppen von deutschem Boden stärker ins

In unserer nächsten Ausgabe
bringen wir u.a. einen Bericht über die Landwirtschaft in Zimbabwe zwei Jahre nach der Unabhängigkeit und setzen die

die Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen" von den Ärmeln gerissen. Und wäre da nicht die penetrante Lüge im Staatsfernsehen über die westdeutschen Ostermärsche, die sich angeblich allein gegen die NATO-Pläne gerichtet und ihre Unterstützung für die Friedenspolitik des sozialistischen Lagers bekundet hätten. Stattdessen waren aber eben die Forderungen der DDR-Friedensbewegung vielerorts aufgegriffen worden.

Dafür hatte nun gerade Havemann noch einmal gesorgt, der in einem Brief an die „Frankfurter Rundschau" vom 20. März „an unsere Friedensfreunde im Westen ... und überhaupt an alle, die begriffen haben, daß von einer freien Friedensbewegung in der DDR starke internationale Impulse ausgehen werden", vor allem zur Bekanntmachung des „Berliner Appells" aufgerufen hatte. Damit, wie schon durch seinen gesamtdeutsch unterzeichneten „Offenen Brief" an Breschnew im letzten Jahr, hat Havemann beigetragen, die Forderungen nach einem Friedensvertrag für beide deutsche Staaten und Abzug aller ausländischen Truppen von deutschem Boden stärker ins

In unserer nächsten Ausgabe
bringen wir u.a. einen Bericht über die Landwirtschaft in Zimbabwe zwei Jahre nach der Unabhängigkeit und setzen die
Untersuchung zur militärischen Nutzung der Startbahn West fort.

5 vor 12
Kundgebung und Demonstration zum SPD-Parteitag in München Samstag 17.4. – Odeonsplatz

Bewußtsein der Friedensbewegung auf westdeutscher Seite zu rücken.

Nicht zufällig. Schon 1953, als er noch SED-Funktionär war und sich als einziger den streikenden Arbeitern gestellt, sie aufgefordert hatte, Streikräte zu bilden und ihre Forderungen ordentlich vorzutragen, da mußte ihm angesichts der Panzer, die kamen, klar werden, daß in dieser Deutschen Demokratischen Republik die Beseitigung des äußeren Drucks Voraussetzung jeder fortschrittlichen inneren Entwicklung war. Das hat er in der Praxis auch vertreten, immer offener, bis er 1964 aus der Partei flog und gemaßregelt wurde. Er verachtete diesen Panzersozialismus, war furchtlos ihm gegenüber. Aber hoffte bis zuletzt auf Einsicht, Vernunft, fast eine Bekehrung seiner alten KZ- und Kampfgenossen, zu denen ja auch Erich Honecker zählt. Er hoffte auf, seien es noch so kleine, Schritte politischer Souveränität.

Die blieben völlig aus. Havemanns unverwüstlicher, fast edel zu nennender Reformoptimismus hat da aber nichts verwischt. Im Gegenteil, den haben seine Gegner vielleicht am meisten gefürchtet. G.K.

Noch 5 Tage bis Port Stanley

cof. Wer ist John Maynard – in dieser drohenden Katastrophe? Haig, dem rasenden Friedensengel, scheint die Position des Retters nicht zukommen zu wollen. Bleibt die nach allem Anschein nicht sehr realistische Vision, beide geben nach. Sie müssen ja nicht gleich ins Gras beißen, aber Rücktritt, womöglich zugunsten fortschrittlicherer Leute, wäre wohl in Buenos Aires wie in London fällig, wenn Galtieri die Jungs heimrufen würde. Die blauweiße Fahne flattert (Wind ist da ja immer), die britischen Siedler werden zu nichts gezwungen, außer vielleicht, in Pesos zu zahlen, und es empfiehlt sich, Spanisch zu lernen. Die britische Flotte geht auf Nord-Nord-Ost-Kurs, und Freude auf englischen Rasen tritt an die Stelle der Furcht vor dem antarktischen Winter in rauher See.

Ein internationales Komitee würde den Vorgang für begrenzte Zeit überwachen. Kooperation mit einem weiteren Gremium, das eine Regelung für die gleichberechtigte Nutzung der Antarktiskohle und des -erdöls, falls Schürfen und Bohren sich lohnen, für die Zeit nach Auslaufen des Antarktisvertrages in neun Jahren ausarbeitet, wäre angezeigt. Schiffeversenken entfällt.

Nun ist zwar viel von Solidarität unter Freunden die Rede, aber kaum in dem Sinn, daß man rasch zu einer so solidarischen Lösung, im Sinne der Gleichberechtigung der Völker, kommen wird. Und selbstlose Helden wie der einsatzfreudige Steuermann sind nicht nur unter so reaktionären monetaristischen Regierungen rar, die hier in erster Linie gefragt sind. Anstatt sich für eine friedliche Lösung zu entscheiden, drohen *beide* der westlichen Vormacht mit Rücktritt, falls sie sich nicht ihren Ideen anschließt, was selbst den forschen Haig ermattet. Brauchen tut er sie schließlich beide, und *dieser* drohende Krieg käme ihm wirklich ungelegen, hätte darüberhinaus vielleicht Dimensionen, die sich jetzt öffentlich noch niemand auszumalen wagt.

Absehbar ist ja für'n Blinden und offen ausgesprochen ist es auch, daß die argentinische Junta, so blutbefleckt auch immer, auf den natürlichen Freund der Blockfreien rechnen kann. An der bisher schon guten Zusammenarbeit, deren Ausbau gerade letzte Woche auf der diesjährigen Sitzung der argentinisch-sowjetischen Kommission vertraglich mit einem Abnahmevolumen russischer Industriegüter von 500 Mio. Dollar vereinbart wurde, werden sich die Messer der Sanktionsvertreter als stumpf erweisen. Galtieri, einer der vielen in US-Camps der Panama-Kanal-Zone ausgebildeten lateinamerikanischen Staatschefs, kennt seinen Ziehvater – und droht mit dem russischen Bären.

Nicht gerade für die DKP, aber für andere Friedensfreunde wird das klar enthüllen: In dieser Zeitung werden Sanktionen wie alle Zwangsmaßnahmen nur gegen Osten gern gesehen, aber dort die viel schlimmeren Schlächter in Amerika! Einmal wären Maßnahmen gegen die Thatcher und ihren ehrenhaften Pym, bis sie ohne Vorbedingungen verhandeln und die Feindseligkeiten ihrerseits, wie in ihrem Antrag im UN-Sicherheitsrat gefordert, tatsächlich einstellen, um den Argentiniern Zeit zur Erfüllung der Resolution zu geben, mindestens genauso angebracht.

Und bei Sanktionen stellt sich schließlich immer die Frage, ob sie wirken, d.h. Druck machen, und welche nichtbeabsichtigten Folgen sie möglicherweise haben. Und da ist die Sache bei Argentinien klar: kaum Druck, höchstens, was die Kreditfinanzierung angeht. Selbst hier aber könnte die Sowjetunion einspringen. Erst recht auszugleichen ist der Waffenlieferstopp und anstatt generell den Waffenexport zu verbieten und die Produktion entsprechend sinkender Aufträge umzustellen, wird hier ja nur ausgesetzt und später wieder aufgenommen, sonst sind die Arbeitsplätze in dieser gesellschaftlich höchst unproduktiven Branche gefährdet.

Die gefährlichste Zuspitzung würde die Krise aber dann erreichen, wenn sowjetische Lieferanten auf von englischen Schiffen blockierte Häfen träfen. Ungemütliche Aussichten, wenn keine rasche Lösung zustandekommt. Haigs Vorschlag, sich brüderlich selber in die friedliche Verwaltung, vielleicht auch mit einem Schutzschiff, einzubringen, hat verständlicherweise schon keine Gegenliebe gefunden.

Die Demonstrationswoge zum SPD-Parteitag rollt an

SPD-Jugendorganisationen und Münchner Friedensinitiativen stimmten Vorgehen ab

jüw.München. Mit Öffentlichkeit hatte der SPD-Parteivorstand sowieso gerechnet. Angesichts des Unmuts über die Politik der Regierung war sogar eine kritische Öffentlichkeit vorgesehen. Streng unter Kontrolle von Jusos, Falken und AWO-Jugend, um „sonstige" unliebsame Elemente auszuschalten. Es ist bereits bekannt, daß dies nicht gelang. Neben der bürgerlichen Öffentlichkeit wird sich also an diesem Parteitag auch die „Straße" bemerkbar machen.

Die Jusos haben für ihren Demonstrationszug der Presse gegenüber angegeben, sie rechneten mit 50000 Teilnehmern. Das ist ziemlich hoch gerechnet gegenüber den 10000, von denen (wie man hört) intern ausgegangen wird. Oder die Jusos rechnen die Teilnehmer der „Alternativen Auftaktkundgebung" hinzu, die von den Vereinigten Münchner Friedensinitiativen organisiert wird. Deren Aufruf haben jedenfalls inzwischen mehr als 180 Personen, Gruppen und Organisationen unterschrieben. Mit den Jusos, die sich ursprünglich gegen jedes Zusammengehen, jede gemeinsame Trägerschaft sperrten, herrscht nun ein relativ gutes Einvernehmen. Das ist auch das Vernünftigste. Die sozialdemokratisch orientierten und die „autonomen" Elemente der Friedensbewegung können so ihre Forderungen gemeinsam vertreten. Die DKP-nahe „Bürgerinitiative", die ursprünglich alles daran setzte, die Aktion der Vereinigten Münchner Friedensinitiativen madig zu machen („kommunistisch gesteuert", „die Grünen machen nicht mit" usw.) erklärt mittlerweile säuerlich, sie würde zu „beiden Aktionen" aufrufen. Ihre organisatorische Power hatte sie allerdings in den Ostermarsch gesteckt. Es wird sich zeigen, wer ihrem Aufruf Folge leisten wird.

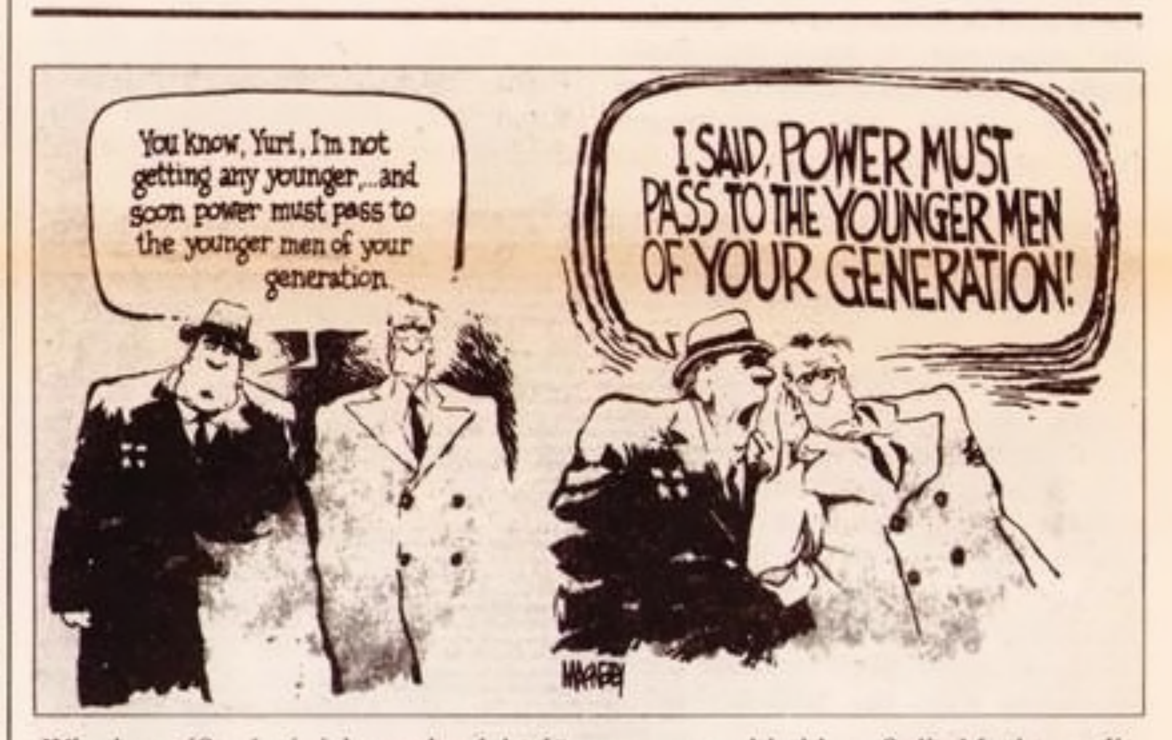
Zum Ablauf: Morgens (ab 10 Uhr) haben die sozialdemokratischen Veranstalter eine Reihe von „Foren" eingerichtet, an den verschiedensten Orten, zu den verschiedensten Themen. Z.B.: Rüstungsexporte und Lateinamerika (es spricht u.a. Peter v. Oertzen), Neuregelung des KDV-Rechtes, Frauen, Rüstungsproduktion, Entspannungspolitik (mit Pieczyk, Karsten Voigt, Johanno Strasser), Krise (Mandel, Bischoff), Friedenspädagogik, Sozialabbau, alternative Friedenspolitik (Bahro als Redner soll da eine Ente sein, Duve) und zu den Perspektiven der Friedenspolitik (mit Eppler, Jo Leinen, A. Schubart). Während die Foren noch am laufen sind, findet um „5 vor 12" auf dem Odeonsplatz die Kundgebung der Vereinigten Münchner Friedensinitiativen statt. Die Jusos haben auf ihre ursprünglich geplante Auftaktkundgebung verzichtet. Nach der Auftaktkundgebung, die also nun die einzige sein wird, vereinigen sich die Demonstrationszüge der Autonomen und der Sozialdemokraten, ziehen zum Königsplatz, dort wird um 16 Uhr eine Abschlußkundgebung sein. Auf der Auftaktkundgebung sprechen Petra Kelly, Dieter Lattmann, Roland Vogt, Rudolf Bahro, Helmut Venske, Bischläger, Uta Ranke-Heinemann, die Landesschülersprecherin von Baden-Württemberg, Alexander Schubart, ein Redner der VMFI und andere Sprecher, auf der Abschlußkundgebung Eppler, Bastian und andere.

Zum Abschluß des Tages führen die Vereinigten Münchner Friedensinitiativen im Penta-Hotel um 20 Uhr eine Diskussionsveranstaltung über die Perspektiven der Friedensbewegung durch. Dort werden sich Bahro, Mechtersheimer, Petra Kelly und Alexander Schubart auseinandersetzen. Gewissermaßen vorbereitend hat die GIM eine Veranstaltung mit Ernest Mandel angekündigt, für den 16. April. Kulturveranstaltungen im Rahmen des Parteitages gibt es sowieso jede Menge.

Die SPD-Spitze hat sich einstweilen zu den geplanten Aktionen nicht mehr geäußert (nachdem sie eine Erweiterung des Trägerkreises untersagt hatte). Die Presse macht momentan von der Sache noch nicht viel Aufhebens, was sich aber im Umfeld des Parteitages ändern dürfte. Auf dem Parteitag selber (bzw. an seinem Rande) sind weitere Aktionen geplant.

Jedenfalls kann man sicher sein, daß die Frage der Sicherheitspolitik „von innen" wie „von außen" auf diesem Parteitag zu Gehör gebracht wird.

Innerhalb der vorbereitenden Organisationen taucht die Frage auf, was nachher sein wird. Selbstverständlich der NATO-Gipfel. Aber das klärt die Frage der Inhalte auch nicht. Daß z.B. als Losung der Aktion „Schwerter zu Pflugscharen" in die Debatte geworfen wurde, zeigt, daß sich die Friedensbewegung auch hier von den eingefahrenen Positionen zu lösen beginnt. Das ist zu begrüßen. Die DKP und ihr Nahestehende setzen die Strategie dagegen, den „Krefelder Appell zu einer Volksabstimmung zu machen". Es ist ein Versuch, Auseinandertriftende mit dem Hinweis auf Gemeinsamkeiten zusammenzuhalten. Umgekehrt ist es richtig: Wenn man weiß, wo die Differenzen liegen und welchen Positionen man sich nicht „im Interesse der Einheit" fortwährend unterwerfen muß, kann man auch gut und gern gemeinsam kämpfen. Der Verlauf zur Vorbereitung zur Demonstration zum SPD-Parteitag legt auf seine Weise dafür Zeugnis ab.



Wie du weißt, Juri, ich werde nicht jünger, ... und bald muß die Macht an die jüngeren Leute unserer Generation übergehen.
Ich sagte, die Macht muß an die jüngeren Leute unserer Generation übergehen!

sich lohnen, für die Zeit nach Auslaufen des Antarktisvertrages in neun Jahren ausarbeitet, wäre angezeigt. Schiffeversenken entfällt.

Nun ist zwar viel von Solidarität unter Freunden die Rede, aber kaum in dem Sinn, daß man rasch zu einer so solidarischen Lösung, im Sinne der Gleichberechtigung der Völker, kommen wird. Und selbstlose Helden wie der einsatzfreudige Steuermann sind nicht nur unter so reaktionären monetaristischen Regierungen rar, die hier in erster Linie gefragt sind. Anstatt sich für eine friedliche Lösung zu entscheiden, drohen *beide* der westlichen Vormacht mit Rücktritt, falls sie sich nicht ihren Ideen anschließt, was selbst den forschen Haig ermattet. Brauchen tut er sie schließlich beide, und *dieser* drohende Krieg käme ihm wirklich ungelegen, hätte darüberhinaus vielleicht Dimensionen, die sich jetzt öffentlich noch niemand auszumalen wagt.

Absehbar ist ja für'n Blinden und offen ausgesprochen ist es auch, daß die argentinische Junta, so blutbefleckt auch immer, auf den natürlichen Freund der Blockfreien rechnen kann. An der bisher schon guten

bracht.

Und bei Sanktionen stellt sich schließlich immer die Frage, ob sie wirken, d.h. Druck machen, und welche nichtbeabsichtigten Folgen sie möglicherweise haben. Und da ist die Sache bei Argentinien klar: kaum Druck, höchstens, was die Kreditfinanzierung angeht. Selbst hier aber könnte die Sowjetunion einspringen. Erst recht auszugleichen ist der Waffenlieferstopp und anstatt generell den Waffenexport zu verbieten und die Produktion entsprechend sinkender Aufträge umzustellen, wird hier ja nur ausgesetzt und später wieder aufgenommen, sonst sind die Arbeitsplätze in dieser gesellschaftlich höchst unproduktiven Branche gefährdet.

Die gefährlichste Zuspitzung würde die Krise aber dann erreichen, wenn sowjetische Lieferanten auf von englischen Schiffen blockierte Häfen träfen. Ungemütliche Aussichten, wenn keine rasche Lösung zustandekommt. Haigs Vorschlag, sich brüderlich selber in die friedliche Verwaltung, vielleicht auch mit einem Schutzschiff, einzubringen, hat verständlicherweise schon keine Gegenliebe gefunden.

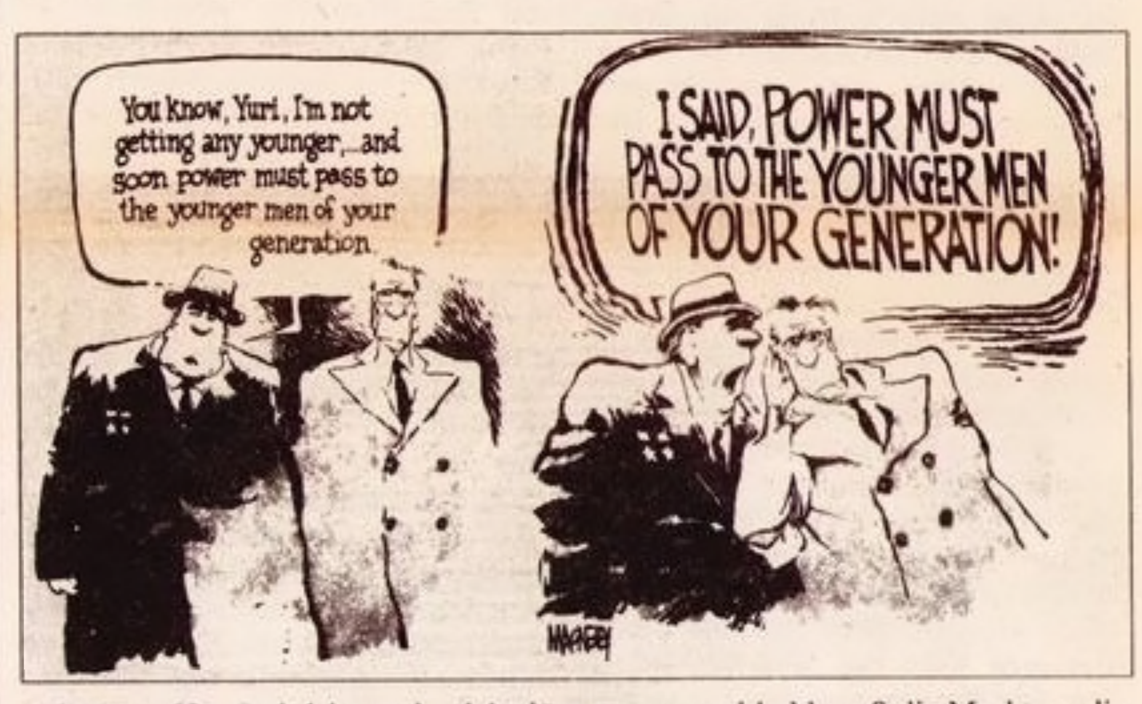
gehen, jede gemeinsame Trägerschaft sperrten, herrscht nun ein relativ gutes Einvernehmen. Das ist auch das Vernünftigste. Die sozialdemokratisch orientierten und die „autonomen" Elemente der Friedensbewegung können so ihre Forderungen gemeinsam vertreten. Die DKP-nahe „Bürgerinitiative", die ursprünglich alles daran setzte, die Aktion der Vereinigten Münchner Friedensinitiativen madig zu machen („kommunistisch gesteuert", „die Grünen machen nicht mit" usw.) erklärt mittlerweile säuerlich, sie würde zu „beiden Aktionen" aufrufen. Ihre organisatorische Power hatte sie allerdings in den Ostermarsch gesteckt. Es wird sich zeigen, wer ihrem Aufruf Folge leisten wird.

Zum Ablauf: Morgens (ab 10 Uhr) haben die sozialdemokratischen Veranstalter eine Reihe von „Foren" eingerichtet, an den verschiedensten Orten, zu den verschiedensten Themen. Z.B.: Rüstungsexporte und Lateinamerika (es spricht u.a. Peter v. Oertzen), Neuregelung des KDV-Rechtes, Frauen, Rüstungsproduktion, Entspannungspolitik (mit Pieczyk, Karsten Voigt, Johanno Strasser), Krise (Mandel, Bischoff), Friedenspädagogik, Sozialabbau, alternative Friedenspolitik (Bahro als Redner soll da eine Ente sein, Duve) und zu den Perspektiven der Friedenspolitik (mit Eppler, Jo Leinen, A. Schubart). Während die

xander Schubart auseinandersetzen. Gewissermaßen vorbereitend hat die GIM eine Veranstaltung mit Ernest Mandel angekündigt, für den 16. April. Kulturveranstaltungen im Rahmen des Parteitages gibt es sowieso jede Menge.

Die SPD-Spitze hat sich einstweilen zu den geplanten Aktionen nicht mehr

sammenzuhalten. Umgekehrt ist es richtig: Wenn man weiß, wo die Differenzen liegen und welchen Positionen man sich nicht „im Interesse der Einheit" fortwährend unterwerfen muß, kann man auch gut und gern gemeinsam kämpfen. Der Verlauf zur Vorbereitung zur Demonstration zum SPD-Parteitag legt auf seine Weise dafür Zeugnis ab.



Wie du weißt, Juri, ich werde nicht jünger, ... und bald muß die Macht an die jüngeren Leute unserer Generation übergehen.
Ich sagte, die Macht muß an die jüngeren Leute unserer Generation übergehen!

Steigt Hamburg endgültig aus Brokdorf aus?

kvz. Der Hamburger Senat hat jetzt ein neues Energiekonzept für die Stadt erarbeitet, das keine weitere Beteiligung an dem Kernkraftwerk Brokdorf vorsieht. Das neue Energiekonzept sieht statt dessen den Bau von vier Kohlekraftwerken vor. Der ehemalige Bürgermeister Klose war, zumindest offiziell, u.a. wegen starken Widerstands gegen diesen Ausstieg in der Bürgerschaftsfraktion der SPD zurückgetreten. Ob die Entscheidung des Senats auch praktische Auswirkungen haben kann, ist allerdings noch nicht zu entscheiden. Offiziell sind die HEW, die Hamburger Elektrizitätswerke, an Brokdorf zu 50% beteiligt. Zwar sind 70% der HEW in der Hand der Hansestadt, aber der HEW-Vorstand weigert sich bisher vollständig, einem Ausstieg zuzustimmen.

Schacht Konrad bei Salzgitter soll Atom-Müll-Lager werden

etr.Braunschweig. Die GSF (Gesellschaft für Strahlenforschung) in Braunschweig hat einen Abschlußbericht über die stillgelegte Erzgrube Konrad vorgelegt, nach dem der Schacht für die Lagerung von Atommüll geeignet sein soll. Der Schacht bei Salzgitter wird seit 1976 untersucht. Mit seinem Fassungsvermögen von 500000 m^3 Atommüll soll Konrad das größte Endlager Europas werden. Offiziell wird von der Regierung behauptet, daß in Konrad „nur" schwachaktiver Müll eingelagert werden soll und daß die Sache ja auch noch gar nicht entschieden ist. Der Anti-AKW-Kreis Braunschweig hat nachgewiesen, daß Konrad auch für mittel- sogar hochaktiven Müll vorgesehen ist, und daß der Schacht schon jetzt als Entsorgungsnachweis für die AKWs Grohnde, Brokdorf und Grafenrheinfeld auftaucht. Die Betreiber rechnen also schon mit der Durchsetzung des Projektes, da die Masse an schwach- und mittelaktivem Müll am größten ist und ohne Entsorgungsnachweis keine AKWs gebaut oder betrieben werden können. Mit Hausdurchsuchungen letzte Woche bei AKW-Gegnern und Bespitzelungen versuchen sie, den sich immer besser organisierenden Widerstand zu unterdrücken. Die Regionalkonferenz südostniedersächsischer BIs, die niedersächsischen Grünen und der BBU wollen nach Bekanntgabe des Beginns des Planfeststellungsverfahrens (wahrscheinlich im Sommer) eine Demonstration gegen die Einlagerung jeglichen Atommülls in Konrad durchführen.

Strafanzeige wegen Körperverletzung

kvz. Wegen des Verdachts der Mißhandlung des RAF-Gefangenen Lutz Taufer in der JVA Schwalmstadt/Hessen hat dessen Rechtsanwalt Strafanzeige gegen die Vollzugsbeamten gestellt. Schon am 22.3. war eine Strafanzeige gestellt worden und davor schon mehrere Dienstaufsichtsbeschwerden. Der Anlaß, so Taufer, für seine Mißhandlung seien Fußtritte von ihm gegen die Zellentür gewesen, um auf das Öffnen zum Einzelfreigang aufmerksam zu machen. Er habe drei Knüppelschläge auf den Kopf erhalten und sei dann auf dem Rücken die Treppe hinab in den Keller geschleift worden. Die Folgen: blutende Platzwunden am Kopf, rechte Gesichtshälfte und Auge geschwollen, Schmerzen an Schulterblatt, an Lendenwirbel und Rippen. – Am 26.3. hatte Taufer erneut einen Antrag auf Verlegung nach Celle gestellt. Eine schon einmal nach dem Hungerstreik im vergangenen Jahr erteilte Zusicherung auf Verlegung war später wieder zurückgenommen worden.

Einigung über Einsatz von CS-Gas?

kvz. Seit gut einem Jahr beraten die Innenminster der Länder, ob sie CS-Gas als neuen Kampfstoff der Polizei einführen sollen. Die Erfahrungen dort, wo es schon eingesetzt wurde, z.B. in der Schweiz (Zürich) und in Nordirland waren: Gesundheitsgefährlich, es gab schon mehrere schwere Verletzungen. In den vergangenen Monaten haben sich schon einzelne Länder über diese Bedenken hinweggesetzt, allen voran Bayern, und das Reizgas anstatt des bisher in Wasserwerfern verwandten CN-Gases eingeführt. Jetzt hat der Unterausschuß „Leitende Exekutivbeamte" einen Bericht an die Innenministerkonferenz, die Ende des Monats tagen wird, vorgelegt, aus dem hervorgeht, daß die „Experten" den Einsatz von CS-Gas einhellig befürworten. Der Bericht wurde bei nur einer Gegenstimme verabschiedet. In dem im niedersächsischen Innenministerium formulierten Papier heißt es, „die angewandte Konfliktstrategie gewalttätiger Störer verdeutlicht seit geraumer Zeit, daß sich der polizeiliche Auftrag mit den vorhandenen Einsatzmitteln nur unter Hinnahme einer unverhältnismäßig hohen Zahl verletzter Polizeibeamter erfüllen läßt". Man könne „ausdrücklich darauf schließen, daß die taktischen Forderungen nach Sofortwirkung, Handlungsunfähigkeit der Störer und geringere Beeinträchtigung Unbeteiligter und eigener Kräfte durch das untersuchte CS wirkungsvoller erfüllt werden können".

Hoffie befangen

kvz. In einer Beschwerde der BI-Frankenberg wird dem hessischen Wirtschaftsminister Hoffie vorgeworfen, daß er eine tatsachenwidrige Unterrichtung der Bevölkerung vornimmt über die Wiederaufbereitungsanlage, indem er die „Privatmeinung der DWK" verbreitet. Gleichzeitig wird in dieser ans Parlament gerichteten Beschwerde die Kontrolle Hoffies durch das Parlament gerügt. Noch vor der Pro und Contra-Diskussion mit Minister Hoffie samt seinem Anhang in der Frankenberger Kulturhalle am 7. Mai soll eine Unterschriftensammlung gegen die bei Frankenberg-Wangershausen geplante WAA abgschlossen sein.

mine · Termine · Te

April

- 17. **München.** Kundgebung, Demonstration zum SPD-Parteitag
- 18. **Hamburg.** Internationale Energie-Messe, Kongreß, bis 22.4.
- 19. **München.** SPD-Parteitag, bis 23.4.
  100. Todestag von Charles Darwin
- 21. **Hannover.** Hannover Messe '82, bis zum 28.4.
- 24. **Frankfurt.** Seminar der Russell-Initiativen, bis 25.4.
- 29. **Bonn.** Demonstration gegen die Ausländerpolitik, auf Aufruf der Bundesinitiative gegen Ausländerfeindlichkeit
  Bonn. Innenministerkonferenz
- 30. Wahlpurgisnacht
  Aachen. Tagung der Pan Europa Jugend, bis 2.5.
  Nürnberg. DGB-Vorabendveranstaltung zum 1. Mai, Meistersingerhalle

Mai

- 1. **Recklinghausen.** Beginn der Ruhrfestspiele, bis 6.7

Eine Mitarbeit an diesem Terminkalender durch Zusendung von entsprechenden Terminen ist erwünscht.

mine · Termine · Te

An Ostern für den Frieden

Bunt waren sie, diese Ostermärsche, ganz im Gegensatz zu den oft straff organisierten Märschen in den 60er Jahren. Oft aber doch lange nicht so vielfältig, wie die Friedensbewegung tatsächlich ist. Gegenüber den wohl über 200000 Teilnehmern, gegenüber den vielleicht 25000 Menschen in Frankfurt und Dortmund erscheint die zentrale Kundgebung der DGB-Jugend in Dortmund am Karfreitag relativ klein. Sie war auch erheblichen Schikanen ausgesetzt. Ihr Wert liegt vor allem aber in der Teilnahme Stefan Heyms, der einzige Vertreter der Friedensbewegung der DDR in diesen Tagen in der BRD.

gkr. Die Schätzung der Organisatoren gehen bis zu 450000 Menschen, die an den Ostermärschen in diesem Jahr teilgenommen haben sollen. Das dürfte weit übertrieben sein, eher wahrscheinlich scheint die Zahl von etwa 200000, die zu den größeren Märschen und Kundgebungen nach Frankfurt, Stuttgart, München, Nürnberg, Hamburg oder Dortmund kamen oder an den zahlreichen nicht ganz so großen lokalen oder auch regionalen Aktionen teilnahmen.

Obwohl die Zahl der Teilnehmenden beachtlich ist, sprechen doch selbst die Organisatoren davon, daß sie eigentlich mit mehr Menschen gerechnet hätten. Dies mag auch, aber vermutlich zum geringeren Teil, auf das Wetter zurückzuführen sein. Es dürfte sicher auch daran gelegen haben, daß zumindest in den zentralen Aktionen die Linie der DKP dominierend war. Das hatte viele andere Friedensorganisationen nicht davon abgehalten, ebenfalls zu den Ostermärschen aufzurufen, oft im Vorfeld Auseinandersetzungen über alternative Aufrufe zu führen. Praktisch erreichen konnten sie (z.B. bei der Abwicklung der Kundgebungen etc.) allerdings in der Regel wenig. Die



Organisatoren davon, daß sie eigentlich mit mehr Menschen gerechnet hätten. Dies mag auch, aber vermutlich zum geringeren Teil, auf das Wetter zurückzuführen sein. Es dürfte sicher auch daran gelegen haben, daß zumindest in den zentralen Aktionen die Linie der DKP dominierend war. Das hatte viele andere Friedensorganisationen nicht davon abgehalten, ebenfalls zu den Ostermärschen aufzurufen, oft im Vorfeld Auseinandersetzungen über alternative Aufrufe zu führen. Praktisch erreichen konnten sie (z.B. bei der Abwicklung der Kundgebungen etc.) allerdings in der Regel wenig. Die

halte. War doch in Bonn gerade der deutliche Ausdruck für eine blockfreie Politik, gegen NATO und Warschauer Pakt, unübersehbar und machte dies den positiven Aspekt dieser Demonstration aus. Das war, einem sicherlich noch beschränkten Überblick nach, bei diesen Ostermärschen viel weniger der Fall. Es gab, fast möchte man sagen zum Glück, zahlreich das Symbol der Friedensbewegung der DDR, Schwerter zu Pflugscharen, und die Anzeige von Eppler, Albertz, Robert Jungk, Petra Kelly u.a. in der Frankfurter Rundschau mit diesem Symbol hatte in diese Richtung eine positive Wirkung.



bag. Aarhus. Zum erstenmal seit den 60er Jahren fanden in diesem Jahr in Dänemark wieder Ostermärsche für den Frieden statt. Im ganzen Land nahmen ca. 30000 Menschen teil, davon gut 10000 in Kopenhagen und rund 8000 in Aarhus. Der Dänischen Kommunistischen Partei (DKP) gelang es in den meisten Städten, konkrete Parolen gegen die Politik der Sowjetunion zu unterdrücken. In Aarhus trat die Sozialistische Volkspartei (SF) aus dem Aktionseinheitsverhandlungen aus, weil es ihr nicht gelungen war, die Parole „Weg mit dem Kriegszustand in Polen" gegen die DKP durchzusetzen. Weitere wichtige Forderungen in allen Städten waren: „Der Norden als atomwaffenfreie Zone" und „Keine Depots und fremde Truppen auf dänischem Boden". *Bild:* Die Spitze des Demonstrationszuges in Aarhus mit mehreren Gewerkschaftsfahnen (Schlosser- und Maschinenarbeiter, Maler, Maurer, Tischler und Zimmerleute, Seeleute, Typographen, Näherinnen) und Kinder von der Gruppe „Kultur für den Frieden".

Teilnahme von der DKP mißliebigen Künstlern oder Rednern wurde hintertrieben. Dafür sind nicht nur die „Schmetterlinge" ein Beispiel: Ob das Kalkül war, mit dem Auftritt der Schmetterlinge bei dem Ostermarsch Ruhr der DGB-Veranstaltung am Karfreitag Besucher zu entziehen oder ob damit kritischen Kräften ein Bonbon hingeworfen werden sollte, ist unerheblich. Auf jeden Fall waren die Schmetterlinge für das Kulturprogramm des Ostermarsches Ruhr von den Organisatoren angekündigt. Auftreten lassen wollten die DKP-Organisatoren sie allerdings nicht, sie fragten einfach nicht an. Was niemanden wundert, der das Stück „Die letzte Welt" oder ihre Lieder zu Polen, die sie auf der Dortmunder Veranstaltung der DGB-Jugend vortrugen, kennt. Aber solche und ähnliche Schikanen gab es genügend.

Das war sicher an vielen, vor allem auch kleineren Orten, anders. Andere, nicht so inhaltsleere Aufrufe wie z.B. in Frankfurt oder an der Ruhr, wurden dort verabschiedet, die Demonstrationszüge gingen nicht in die Städte, sondern häufig zu bestimmten militärischen Einrichtungen. Aber dennoch, es bleibt ein fahler Nachgeschmack nach diesen Aktionen der Friedensbewegung. Vor allem ein Vergleich mit der Bonner Demonstration macht dies deutlich. Nicht nur die Zahl, bei der man bei lokalen und regionalen Aktionen eher von größerer Beteiligung ausgehen könnte. Vor allem auch die Inhalte. War doch in Bonn gerade der deutliche Ausdruck für eine blockfreie Politik, gegen NATO und Warschauer Pakt, unübersehbar und machte dies den positiven Aspekt dieser Demonstration aus. Das war, einem sicherlich noch beschränkten Überblick nach, bei diesen Ostermärschen viel weniger der Fall. Es gab, fast möchte man sagen zum Glück, zahlreich das Symbol der Friedensbewegung der DDR, Schwerter zu Pflugscharen, und die Anzeige von Eppler, Albertz, Robert Jungk, Petra Kelly u.a. in der Frankfurter Rundschau mit diesem Symbol hatte in diese Richtung eine positive Wirkung.

Eppler (in Frankfurt) und Heinrich Albertz (in Dortmund) bezogen sich auch in ihren Kundgebungsreden darauf, genauso wie Oskar Lafontaine, dessen Teilnahme an der Duisburger Kundgebung von Parteigenossen heftigst kritisiert wurde.

Gleichzeitig kamen, hier aber offiziell von den Veranstaltern eingeladen, Vertreter der britischen und amerikanischen Friedensbewegung zu Wort. In Dortmund sprach ein Vertreter des CND (Campaign für Nuclear Disarmament) aus der britischen Partnerstadt Dortmunds, Leeds, in Frankfurt sprach der britische Labour-Abgeordnete Stanley Orme.

Auf dem Frankfurter Paulsplatz, auf dem mit ca. 25000 Menschen wohl zusammen mit Dortmund die größte Kundgebung stattfand, wurde eine Abschlußerklärung verfaßt, in der es heißt: „Es wird keine Ruhe mehr in diesem Land geben, bis unsere Forderungen erfüllt sind."



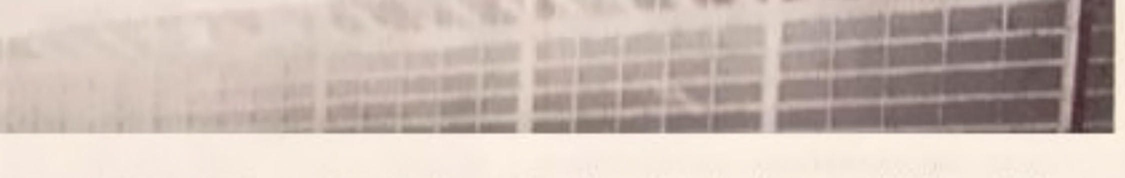
„Taktizismus" von wem?

Jusos und Judos unterstützen Aufruf zur Anti-NATO-Demonstration am 10. Juni

gkr. Fast will es scheinen, als stünden die Grünen auf einsamer Flur mit ihrer konsequenten Haltung gegen eine verlogene Friedenspolitik, die angesichts des NATO-Gipfels in Bonn auf eine Unterstützung der Friedensbewegung im Block der zweiten Supermacht Sowjetunion verzichten will. Schon letzte Woche hatten nach einigen internen Debatten die Jusos erklärt, daß sie den Aufruf unterstützen, aber nicht als Mitveranstalter auftreten wollen. Den Jusos genügten die Forderungen zu Polen und Afghanistan, immerhin sei beides ja im Aufruf, im Gegensatz zu dem vom 10. Oktober, erwähnt, so Juso-Chef Pieczyk. Der DKP warf Pieczyk „Taktizismus" vor, denn sie hätten schließlich diese Passagen schlucken müssen. Genaugenommen aber haben DKP und Anhänger nur schlucken müssen, daß Polen und Afghanistan *überhaupt erwähnt* werden, die konkrete Formulierung könnte von Breschnew oder Jaruzelski selbst stammen. Nur, weil viele Menschen bei der Erwähnung von Polen und Afghanistan selbstverständlich an Kritik an der Sowjetunion denken, muß diesen Fahnenstangenhaltern daran gelegen sein, selbst die Erwähnung aus dem Aufruf zu streichen.

Wem also wird „Taktizismus" vorzuwerfen sein? Fällt der Vorwurf nicht viel eher auf all die zurück, die trotz ihrer Kritik an der Sowjetunion darauf verzichten, angesichts einer ja beabsichtigten Großdemonstration der Friedensbewegung die Friedensbewegung in Staaten des Warschauer Paktes zu unterstützen? Auf die Judos, die mittlerweile ebenfalls erklärt haben, daß sie den Aufruf unterstützen werden? Oder auf den Vertreter des Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (Buko) im Koordinationsausschuß, der gegnüber der taz erklärte: „Eine Mehrheit bei uns war für die Streichung des Afghanistan-Punktes. Nicht etwa, weil wir richtig finden, was da läuft, sondern weil das Thema einer gegen den NATO-Gipfel gerichteten Demonstration sein kann. Die NATO und Reagan sind sicher die letzten, die das Selbstbestimmungsrecht des afghanischen Volkes verwirklichen sollten, könnten oder wollten." Das letzte Argument ist fadenscheinig, als würde *das* jemand erwarten. Bei zentralen Aktionen der Friedensbewegung wie jetzt anläßlich des NATO-Gipfels soll nichts zu Afghanistan rein und beim Besuch Breschnews in der BRD wird nicht demonstriert.

Karl-Heinz Hansen muß man schon mehr vorwerfen als „Taktizismus". Seine Sympathien zur DKP sind schwer zu leugnen. In den „Modernen Zeiten" 4/82 führt er zur Aktionskonferenz am 4. April aus: „Mit einiger Besorgnis mußte man ... die fast bis zur Selbstausgrenzung gehende Agitation einzelner Protagonisten ‚gewisser' Gruppierungen beobachten. So versuchte Rudolf Bahro gleich zu Beginn der mehrstündigen Diskussion über den Entwurf eines Aufrufs zur Demonstration einen unversöhnlich antikommunistischen Wind in die überfüllte Stadthalle von Godesberg zu blasen." Wie denn? Ohne über Bahros sonstige Auffassungen zu streiten geht es ja wohl auch Hansen um das, was Bahro in Bad Godesberg gesagt hat. Und gesagt hat er z.B.: „Die DKP ist die Agentur des anderen Blocks in unserer Bewegung, ein Fremdkörper, ein



gkr. Fast will es scheinen, als stünden die Grünen auf einsamer Flur mit ihrer konsequenten Haltung gegen eine verlogene Friedenspolitik, die angesichts des NATO-Gipfels in Bonn auf eine Unterstützung der Friedensbewegung im Block der zweiten Supermacht Sowjetunion verzichten will. Schon letzte Woche hatten nach einigen internen Debatten die Jusos erklärt, daß sie den Aufruf unterstützen, aber nicht als Mitveranstalter auftreten wollen. Den Jusos genügten die Forderungen zu Polen und Afghanistan, immerhin sei beides ja im Aufruf, im Gegensatz zu dem vom 10. Oktober, erwähnt, so Juso-Chef Pieczyk. Der DKP warf Pieczyk „Taktizismus" vor, denn sie hätten schließlich diese Passagen schlucken müssen. Genaugenommen aber haben DKP und Anhänger nur schlucken müssen, daß Polen und Afghanistan *überhaupt erwähnt* werden, die konkrete Formulierung könnte von Breschnew oder Jaruzelski selbst stammen. Nur, weil viele Menschen bei der Erwähnung von Polen und Afghanistan selbstverständlich an Kritik an der Sowjetunion denken, muß diesen Fahnenstangenhaltern daran gelegen sein, selbst die Erwähnung aus dem Aufruf zu streichen.

Wem also wird „Taktizismus" vorzuwerfen sein? Fällt der Vorwurf nicht viel eher auf all die zurück, die trotz ihrer Kritik an der Sowjetunion darauf verzichten, angesichts einer ja beabsichtigten Großdemonstration der Friedensbewegung die Friedensbewegung in Staaten des Warschauer Paktes zu unterstützen? Auf die Judos, die mittlerweile ebenfalls erklärt haben, daß sie den Aufruf unterstützen werden? Oder auf den Vertreter des Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (Buko) im Koordinationsausschuß, der gegnüber der taz erklärte: „Eine Mehrheit bei uns war für die Streichung des Afghanistan-Punktes. Nicht etwa, weil wir richtig finden, was da läuft, sondern weil das Thema einer gegen den NATO-Gipfel gerichteten Demonstration sein kann. Die NATO und Reagan sind sicher die letzten, die das Selbstbestimmungsrecht des afghanischen Volkes verwirklichen sollten, könnten oder wollten." Das letzte Argument ist fadenscheinig, als würde *das* jemand erwarten. Bei zentralen Aktionen der Friedensbewegung wie jetzt anläßlich des NATO-Gipfels soll nichts zu Afghanistan rein und beim Besuch Breschnews in der BRD wird nicht demonstriert.

Karl-Heinz Hansen muß man schon mehr vorwerfen als „Taktizismus". Seine Sympathien zur DKP sind schwer zu leugnen. In den „Modernen Zeiten" 4/82 führt er zur Aktionskonferenz am 4. April aus: „Mit einiger Besorgnis mußte man ... die fast bis zur Selbstausgrenzung gehende Agitation einzelner Protagonisten ‚gewisser' Gruppierungen beobachten. So versuchte Rudolf Bahro gleich zu Beginn der mehrstündigen Diskussion über den Entwurf eines Aufrufs zur Demonstration einen unversöhnlich antikommunistischen Wind in die überfüllte Stadthalle von Godesberg zu blasen." Wie denn? Ohne über Bahros sonstige Auffassungen zu streiten geht es ja wohl auch Hansen um das, was Bahro in Bad Godesberg gesagt hat. Und gesagt hat er z.B.: „Die DKP ist die Agentur des anderen Blocks in unserer Bewegung, ein Fremdkörper, ein Fossil aus der Zeit des Kalten Krieges." Für Hansen ist also die DKP kommunistisch (übrigens hat er den Artikel, wie sich aus der Überschrift ergibt, als Sprecher der „Demokratischen Sozialisten" geschrieben).

„Dennoch darf man die in Hysterie und Beschimpfungen übergehende Aufgeregtheit einzelner Grüner ... (nicht) als repräsentativ mißverstehen. Weitaus die meisten Mitglieder der Grünen leisten an der Basis wichtige und konkrete Arbeit für den Frieden und gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage." So fährt Hansen fort. *Seine* damit verbundene Hoffnung scheint mir allerdings trügerisch. Immerhin kann man so Sicherheit sagen, daß z.B. Petra Kelly noch nie so eindeutig wie in Bonn gegen die DKP Stellung genommen hat. Das, wie auch verschiedenes andere, scheint eher darauf hinzudeuten, daß gerade die Basis diese Linie bei den Grünen durchsetzt.

Auch die „Basis" der Friedensbewegung, in den einzelnen Gruppen und Initiativen, wird man eher auf *mehr* Unterstützung für die Haltung der Grünen rechnen können, als dies an der Spitze, dem Verhalten von Organisationen, erscheint. Zumal das Vorgehen der Grünen gerade eine einheitliche Aktion bei Offenlegung von inhaltlichen Widersprüchen ermöglicht (was sich im einzelnen noch bei Kundgebungsrednern etc. wird zeigen müssen). Eine Mehrheit in der organisierten Friedensbewegung wird die Position derzeit nicht erhalten. Aber es geht ja gerade auch darum, darüber hinaus zu kommen.





Etwa 4000 junge Menschen waren zu der Veranstaltung der DGB-Jugend „Ostern '82: Für Frieden und Abrüstung, Solidarität mit allen unterdrückten Völkern und deshalb auch: Solidarität mit Polen" am Karfreitag nach Dortmund gekommen. Herausragende Punkte dieser Veranstaltung, deren Absicht gut, die aber insgesamt wohl zu breit angelegt war, waren: die Rede von Stefan Heym *(Bild oben)* und der Auftritt der „Schmetterlinge" *(links)*. Stefan Heym leitete seinen Redebeitrag mit folgenden Worten ein: „Wir sterben gemeinsam. Die Bürger der DDR und Bürger der Bundesrepublik zusammen, wenn es zu diesem Atomkrieg kommen sollte. Darum sollten wir auch gemeinsam, Bürger der DDR und Bürger der Bundesrepublik, gegen diese atomare Aufrüstung im Osten wie im Westen und für den Frieden kämpfen."

Über meine Unlust im KBW

Die folgenden Zeilen, die uns zum Abdruck übergeben wurden, geben einen Eindruck davon, was gegenwärtig in der Organisation, die für die Herausgeberschaft dieser Zeitung zeichnet, alles so diskutiert wird – nicht vor allem, aber auch. Der Anlaß sind Bestrebungen einer Reihe von Mitgliedern, eine Auflösung oder Umwandlung des KBW herbeizuführen. Über die Motive versucht der folgende Beitrag – aus seiner sehr persönlichen Sicht eben – Auskunft zu geben.

Zuerst hatte ich, um der Debatte ihren schrecklichen Ernst zu nehmen, mit einem kleinen Geschichtchen anfangen wollen, ungefähr so: wie Held Prometheus nach Jahren revolutionärer Standhaftigkeit, an den Felsen geschmiedet, während ihm der Adlergeier des Opportunismus von der Leber fraß – also wie Held Prometheus einmal die Augen aufmacht, und keine Ketten und kein Adlergeier sind da, stattdessen große Aussicht, schönes Wetter, Auto tuten, alles okay soweit, und da beschleicht ihn der horror vacui vor soviel Lärm und Leben, er läßt sich an die Felswand, die imaginäre zurücksinken, schließt die Augen, der Adlergeier schmatzt an seiner Leber, und alles hat seine Ordnung.

Aber das ist eine zugegebenermaßen konfuse Geschichte, und der rechte Humor will sich nicht einstellen. Wie soll man es nur sagen, und dazu noch öffentlich, in der Zeitung. Also, die Sache ist so, daß viele Genossen die rechte Lust zur organisierten kommunistischen Arbeit im KBW nicht mehr haben. Daß nach der DK wieder alles schlimmer, rigider geworden sei, wie Genossen aus Dortmund kürzlich in einer Erklärung zu ihrem Austritt öffentlich verbreitet haben stimmt nicht. Das Organisationsleben im KBW ist liberaler als bei der FDP. Niemandem wird eine Meinung aufgezwungen und keine Leitung versucht, die ,,Einheit der Aktion" auch nur auszuprobieren.

Nein, daran liegt es nicht, wenn die Geschäftsführung zur Vorsicht nur noch mit 800 zahlenden Mitgliedern rechnet (statt der 1 100 bis 1 200, von denen bei der Delegiertenkonferenz im November ausgegangen wurde). Ausgetreten ist nun auch der Genosse Peters, der die KVZ als verantwortlicher Sekretär geleitet hat.

Dummerweise wurde in letzten Mitgliederrundbrief auch vergessen mitzuteilen, daß in der Bundesleitung einige Mitglieder – darunter ich – Antrag auf außerordentliche Delegiertenkonferenz gestellt haben. Das ist mehrheitlich (gegen 6 Stimmen*) abgelehnt worden. Immerhin sind aber die Mitglieder darauf hingewiesen worden, daß sie eine solche, für den Termin 5./6. Juni, bis zum 8. Mai beantragen können, bezirksweise und mit einem Quorum von einem Drittel der Delegiertenstimmen der letzten DK. Sonst sieht man sich erst im November wieder.

Zu befürchten ist natürlich, daß schon die bloße Unlust, sich wieder rumfetzen zu müssen für so oder so bescheidene Ergebnisse, das Zustandekommen irgendwelcher Quoren verhindern wird. Aber dann ist es mindestens notwendig, in einer Diskussion über diese Zeitung die Unlust politisch zu fassen. Dazu ein paar Gedanken über *meine* Unlust zur ,,organisierten kommunistischen Arbeit" – nicht gerade in Antragsform schon glattgebügelte Gedanken.

Offensichtlich, da stimmen wohl alle überein, handelt es sich um eine Krise unseres politischen Selbstverständnisses. Die einen sagen: das kommt davon, daß ihr auf der DK euch prinzipienlos in eine bloße Negationsfront eingereiht habt und das Zustandekommen einer neuen (natürlich provisorischen) programmatischen Plattform verhindert habt.

Ich als Mitangeklagter sehe es so ziemlich umgekehrt. Mal eine Testfrage: kann wirklich noch bestritten werden, daß der BWK (Bund Westdeutscher Kommunisten) der unbedingt prinzipienfeste Fortsetzer der Politik des KBW in den Jahren vor 1980 ist? Ich weiß nicht, wie es andern geht –

derrundbrief auch vergessen mitzuteilen, daß in der Bundesleitung einige Mitglieder – darunter ich – Antrag auf außerordentliche Delegiertenkonferenz gestellt haben. Das ist mehrheitlich (gegen 6 Stimmen*) abgelehnt worden. Immerhin sind aber die Mitglieder darauf hingewiesen worden, daß sie eine solche, für den Termin 5./6. Juni, bis zum 8. Mai beantragen können, bezirksweise und mit einem Quorum von einem Drittel der Delegiertenstimmen der letzten DK. Sonst sieht man sich erst im November wieder.

Zu befürchten ist natürlich, daß schon die bloße Unlust, sich wieder rumfetzen zu müssen für so oder so bescheidene Ergebnisse, das Zustandekommen irgendwelcher Quoren verhindern wird. Aber dann ist es mindestens notwendig, in einer Diskussion über diese Zeitung die Unlust politisch zu fassen. Dazu ein paar Gedanken über *meine* Unlust zur ,,organisierten kommunistischen Arbeit" – nicht gerade in Antragsform schon glattgebügelte Gedanken.

Offensichtlich, da stimmen wohl alle überein, handelt es sich um eine Krise unseres politischen Selbstverständnisses. Die einen sagen: das kommt davon, daß ihr auf der DK euch prinzipienlos in eine bloße Negationsfront eingereiht habt und das Zustandekommen einer neuen (natürlich provisorischen) programmatischen Plattform verhindert habt.

Ich als Mitangeklagter sehe es so ziemlich umgekehrt. Mal eine Testfrage: kann wirklich noch bestritten werden, daß der BWK (Bund Westdeutscher Kommunisten) der unbedingt prinzipienfeste Fortsetzer der Politik des KBW in den Jahren vor 1980 ist? Ich weiß nicht, wie es andern geht –

ich jedenfalls fühle mich um Lichtjahre, so zwei bis drei Milchstraßen weit, von diesem schwarzen Loch entfernt; und ob links oder rechts davon, ist mir schnuppe.

Wir, die paradoxerweise seinerzeit den KBW mehrheitlich weiterführten, haben ganz unbestreitbar eine Zeitlang eine positive Funktion erfüllt, gerade indem wir den Bruch mit der vormaligen Politik des KBW vollzogen, und das in der Öffentlichkeit von einigen tausend Lesern, die wohl überwiegend sich auch der ,,ML-Bewegung" zugerechnet haben und die wir auf diesem langen Marsch in neue revolutionäre Stützpunktgebiete – so ein Anflug von großer Aufgabe war ja dabei, als wir die ,,theoretische Initiative" proklamierten – mitzogen.

Das ging ungefähr bis letzten Mai, als der Genosse Schmierer den Artikel ,,Marxismus-Leninismus – brauchbare Konzeption der revolutionären Theorie?" veröffentlichte. Da war, auch wenn sich das heute schon wieder harmlos liest, klar, daß auch die bruchstückhafte Kritik an unserm alten Programm in Wirklichkeit *vernichtend* war. Die Versuche, die Legitimität des KBW als sein eigener Erbe herauszuarbeiten, wurden krampfhaft. Jedenfalls mußte jetzt so oder so eine neue Programmatik ausgearbeitet werden.

Feststellung Nr. 1 also: der KBW heute ist eine ganz andere Organisation als er vor 1980 war, und das ist das beste, was man von ihm sagen kann. Aus unserer Geschichte läßt sich jedenfalls positiv keine politische Identität mehr begründen.

Dann kamen die ,,Elemente einer programmatischen Resolution"; das war in 8/81. Diese Versuche, auf denen dann die Vorlage für eine programmatische Resolution zur DK aufbauten, haben eine Kluft im KBW aufgerissen, die vielen Genossen in der Schärfe unbegreiflich geblieben ist. Sie verlangen die handfeste ,,Gegenposition". Die werden sie aber so schnell und billig nun mal nicht bekommen.

Der Genosse Peters hat in seiner Austrittserklärung geschrieben: ,,. . . scheint es mir inzwischen zweifelhaft, ob solche starken Brüche der politischen Identität, wie wir sie hinter uns (oder noch vor uns) haben, mit weitgehender organisatorischer und personeller Identität wirklich zu vereinbaren, in einer weitgehend von oben geleiteten Korrektur und Anpassung tatsächlich vollziehbar sind. – Ich selbst habe jedenfalls sehr bestimmt den Eindruck gewonnen, daß es besser ist, diese Dinge etwas aus der Distanz zu betrachten, in der Auseinandersetzung mit anderen politischen Erfahrungen, im Kontakt mit Menschen, deren Auffassungen sich außerhalb unseres eigenen politischen Mikrokosmos gebildet haben, in anderer Form, als das bei den üblichen offiziellen politischen Begegnungen möglich ist."

Dies Argument, das ich teile, will ich im folgenden sehr grundsätzlich formulieren. Ich bestreite den Wert dieser ganzen Methode der Theoriebildung, mit der bisher versucht wurde, dem KBW seine neue programmatische Basis zu zimmern. Und ich bestreite dementsprechend auch – jedenfalls für den Augenblick – die Möglichkeit und Notwendigkeit einer ,,Organisation der Revolutionäre, die *nach einheitlicher Theorie und Politik* auf die Praxis und in der Praxis der Arbeiterklasse und kämpfenden Bewegung wirken" soll (Elemente einer programmatischen Resolution, H.-G. Schmierer, Kommunismus und Klassenkampf 8/81, S. 9 f.)

Die ganzen bisherigen, ja auch ausschließlich vom Genossen Schmierer unternommenen Versuche, diese ,,einheitliche Theorie und Politik" auszuarbeiten, zeichnen sich dadurch aus, daß sie einer wirklichen Bestandsaufnahme der heutigen Gesellschaft weitgehend ausweichen. Stattdessen wird dies oder jenes empirische Material hergenommen, um zu illustrieren, wie der eine Begriff sich aus dem andern, die eine revolutionäre Maxime sich aus der andern ableitet. Das folgt einer strengen Logik, so wie die Biene ihre Wabe baut. Aber der Vorgang ist tatsächlich der, das wirkliche gesellschaftliche Leben in seinen Begriff zurückzupressen.

Zum Beispiel wird begriffs- und kapitallogisch die Rolle der Betriebsräte als ausschlaggebenden Organen der Diktatur des Proletariats hergeleitet aus dem Begriff des produktiven Arbeiters, der stets von neuem durch die Verausgabung seiner Arbeit das Kapitalverhältnis reproduziert. Die Diktatur des Proletariats soll umgekehrt wieder durch diese ausschlaggebende Rolle der Betriebsräte bestimmt sein. In der Praxis einer großen gesellschaftlichen Umwälzung kann aber die Wirklichkeit nie so glattweg ihrem Begriff entsprechen. Eine Summe von andern Verhältnissen ist mitzubedenken, die diesen Sachverhalt überlagern. Die Aufhe-

bestreite dementsprechend auch – jedenfalls für den Augenblick – die Möglichkeit und Notwendigkeit einer ,,Organisation der Revolutionäre, die *nach einheitlicher Theorie und Politik* auf die Praxis und in der Praxis der Arbeiterklasse und kämpfenden Bewegung wirken" soll (Elemente einer programmatischen Resolution, H.-G. Schmierer, Kommunismus und Klassenkampf 8/81, S. 9 f.)

Die ganzen bisherigen, ja auch ausschließlich vom Genossen Schmierer unternommenen Versuche, diese ,,einheitliche Theorie und Politik" auszuarbeiten, zeichnen sich dadurch aus, daß sie einer wirklichen Bestandsaufnahme der heutigen Gesellschaft weitgehend ausweichen. Stattdessen wird dies oder jenes empirische Material hergenommen, um zu illustrieren, wie der eine Begriff sich aus dem andern, die eine revolutionäre Maxime sich aus der andern ableitet. Das folgt einer strengen Logik, so wie die Biene ihre Wabe baut. Aber der Vorgang ist tatsächlich der, das wirkliche gesellschaftliche Leben in seinen Begriff zurückzupressen.

Zum Beispiel wird begriffs- und kapitallogisch die Rolle der Betriebsräte als ausschlaggebenden Organen der Diktatur des Proletariats hergeleitet aus dem Begriff des produktiven Arbeiters, der stets von neuem durch die Verausgabung seiner Arbeit das Kapitalverhältnis reproduziert. Die Diktatur des Proletariats soll umgekehrt wieder durch diese ausschlaggebende Rolle der Betriebsräte bestimmt sein. In der Praxis einer großen gesellschaftlichen Umwälzung kann aber die Wirklichkeit nie so glattweg ihrem Begriff entsprechen. Eine Summe von andern Verhältnissen ist mitzubedenken, die diesen Sachverhalt überlagern. Die Aufhe-

bung des Kapitalverhältnisses z.B. ist ja nur im Rahmen einer gesellschaftlichen Gesamtbewegung denkbar. Von ihrem Beginn hört der ganze eingeschränkte Begriff von ,,produktiver Arbeit" in kapitalistischem Sinne sukzessive auf. Wie sollen da Betriebsräte die gesellschaftliche *Gesamt*arbeit leiten? Und schließlich geht es ja jetzt auch nicht einfach um optimales Arbeiten, oder?

Aber sowieso ist doch zu fragen, ob es auch nur einen Funken Wahrscheinlichkeit für sich hat, daß das Begriffsgebäude des Marxismus als in der Hauptsache ,,Kritik der politischen Ökonomie" überhaupt alle wesentlichen gesellschaftlichen Erscheinungen abdecken *kann*. Wieso soll die Reichweite dieses Begriffsapparats den Horizont menschlichen Denkens abstecken?

Zum Beispiel: ,,Reproduktion ist die Gesamtheit des ökonomischen Verlaufs, aber auch die Reproduktion der Menschengattung, ohne daß für etwas so Verschiedenartiges das Wort eine Untergliederung zuläßt. Es klingt stark für die Beschreibung des Warenstroms und ist von unmäßiger Schwäche, wenn es um die Fundierung von Lebensläufen, Gattungsgeschichte und Geschichtsproduktion geht, zu denen sich doch auch die kapitalistische Ökonomie nur im Kopfe der Ökonomen als ein sich verselbständigender Bereich verhält. Als wirklicher Gegenstand ist auch die kapitalistische Ökonomie in alle Lebens-, Kultur- und Fortpflanzungsverhältnisse integriert." – Vielleicht nicht ganz einfach zu verstehen, wir sind ja auch wenig gewöhnt. Nur als Denk- und Lesehinweis. Das Zitat stammt aus Oskar Negt/Alexander Kluge: Geschichte und Eigensinn, Zweitausendundeins, Frankfurt 1981, S. 305.

Da ich gerade dabei bin, vielleicht noch dieses Zitat: ,,Als einzige Klasse in der Gesellschaft haben Frauen mit dem Produktionsgegenstand zu tun, der überhaupt für emanzipatorische Prozesse geeignet ist: Mit Beziehungsverhältnissen, mit der Produktion und Reproduktion von *Menschen*. Sie verfügen dabei – dafür ist es ganz gleich, ob dies durch patriarchalische Unterdrückung ihnen aufgeprägt ist – über spezifische Arbeitsmittel, die sonst in der Geschichte keine Anwendung finden. Für diese Arbeitsmittel wird auch in der kapitalistischen Gesellschaft nicht gezahlt." (Ebenda, S. 331) Wieder nur als Lesehinweis. Es geht hier um Kindererziehung.

Kann sich revolutionäre Theoriebildung erlauben, solche Verhältnisse *nicht* auszuleuchten? Tausend Versponnenheiten, sogar abstruse Querschlüsse, wie in dem zitierten Wälzer bestimmt zu finden, sind da jedenfalls weit weniger schlimm als bündige Reduktionen, z.B. des Widerspruchs von Mann und Frau unter die großen historischen Arbeitsteilungen, neben Stadt und Land und geistiger und körperlicher Arbeit.

Es ist wohl so: nicht nur Verengungen des Marxismus in Gestalt des ,,Marxismus-Leninismus" sind zu überwinden; sondern die Anwendung des Marxismus selbst als systematischer Verengung der Erkenntnis. Die Marxisten haben ihre eigentliche Aufgabe im großen und ganzen bisher versäumt: nämlich jenes ,,Wiederaufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten" zu unternehmen,

Vielleicht nicht ganz einfach zu verstehen, wir sind ja auch wenig gewöhnt. Nur als Denk- und Lesehinweis. Das Zitat stammt aus Oskar Negt/Alexander Kluge: Geschichte und Eigensinn, Zweitausendundeins, Frankfurt 1981, S. 305.

Da ich gerade dabei bin, vielleicht noch dieses Zitat: ,,Als einzige Klasse in der Gesellschaft haben Frauen mit dem Produktionsgegenstand zu tun, der überhaupt für emanzipatorische Prozesse geeignet ist: Mit Beziehungsverhältnissen, mit der Produktion und Reproduktion von *Menschen*. Sie verfügen dabei – dafür ist es ganz gleich, ob dies durch patriarchalische Unterdrückung ihnen aufgeprägt ist – über spezifische Arbeitsmittel, die sonst in der Geschichte keine Anwendung finden. Für diese Arbeitsmittel wird auch in der kapitalistischen Gesellschaft nicht gezahlt." (Ebenda, S. 331) Wieder nur als Lesehinweis. Es geht hier um Kindererziehung.

Kann sich revolutionäre Theoriebildung erlauben, solche Verhältnisse *nicht* auszuleuchten? Tausend Versponnenheiten, sogar abstruse Querschlüsse, wie in dem zitierten Wälzer bestimmt zu finden, sind da jedenfalls weit weniger schlimm als bündige Reduktionen, z.B. des Widerspruchs von Mann und Frau unter die großen historischen Arbeitsteilungen, neben Stadt und Land und geistiger und körperlicher Arbeit.

Es ist wohl so: nicht nur Verengungen des Marxismus in Gestalt des ,,Marxismus-Leninismus" sind zu überwinden; sondern die Anwendung des Marxismus selbst als systematischer Verengung der Erkenntnis. Die Marxisten haben ihre eigentliche Aufgabe im großen und ganzen bisher versäumt: nämlich jenes ,,Wiederaufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten" zu unternehmen,

das dann selbstverständlich zu *neuen* Abstraktionen als denen des klassischen Marxismus führen muß. So sind ja auch so gut wie alle wirklichen theoretischen Entdeckungen dieses Jahrhunderts von Nicht-Marxisten gemacht worden. Die Marxisten waren ausschließlich mit Revolutionstheorie befaßt, statt mit der Wissenschaft von den Stufen menschlicher Entwicklung und Höherentwicklung. Der ganze Universalismus des ,,Marxismus-Leninismus" kam letztlich doch nur auf eine Ein-Punkt-Doktrin hinaus, auf das herausfinden eines bestimmten politischen Durchbruchspunktes. Dieser einmal erreicht, versagte die Doktrin den Dienst, bzw. sie wurde zur Magd ganz eigener Interessen und Bestrebungen.

Gerade aus diesen Gründen war der revolutionäre Sozialismus bisher auch niemals eine mehrheitsfähige politische Konzeption; es fehlte schlichtweg die Vorstellung von einer Höherentwicklung der Gesellschaft. Aus dieser Schwäche heraus, und keineswegs infolge der Diktatur der Bourgeoisie, hat es die große Mehrheit der arbeitenden Gesellschaft bisher positiv vorgezogen, sich innerhalb des Kapitalismus Entwicklungsspielräume zu erkämpfen (die der auch hergegeben hat), als sich auf das Abenteuer einer Revolution mit reichlich unklarem Ausgang einzulassen.

Schlußfolgerung Nr. 2: nicht unser Endziel des Kommunismus, das sowieso bis jetzt über drei, vier dürre begriffliche Bestimmungen nicht hinausgediehen ist, ebenso wenig der von seinen nach-marxistischen Verengungen befreite Marxismus als allgemeine Theorie und auch nicht die ,,kommunistische Tradition der Arbeiterbewegung" können im Ernst als Grundlage besonderer politischer Organisation dienen.

Ich schlußfolgere gleich weiter: ist es unter diesen Umständen nicht klar, daß nur im Rahmen einer großen gesellschaftlichen Bewegung, wie sie sich in Umrissen ja auch herausgebildet hat, sich eine hinlänglich konkrete und brauchbare Vorstellung von einer Weiter- und Höherentwicklung dieser Gesellschaft überhaupt bilden kann? Diese Vorstellung kann mit ganz diversen Namen belegt sein, das macht gar nichts. Denn es müssen darin jedenfalls viele Kritiken der bestehenden Gesellschaft, viele Erfahrungen, viele Interessen zusammengefaßt sein, in welcher weltanschaulichen Form sie sich zunächst auch formulieren mögen. Jedenfalls brauchte es ja offenbar geradezu Leute von der theoretischen Unbefangenheit, oder vielleicht sogar Sorglosigkeit unserer Grünen, damit überhaupt mal eine halbwegs konkrete Vorstellung von gesellschaftlicher Weiterentwicklung formuliert werden konnte. Genosse Schmierer hat den ,,Demokratischen Sozialisten" mit größter Überlegenheit den Satz entgegengehalten, daß die Grünen, ohne das Wort Sozialismus einmal zu erwähnen, mehr dazu beigetragen haben, ,,aus der Kritik des Kapitalismus den Begriff (wieso den Begriff? eine Vorstellung! G.K.) vom Sozialismus zu entwickeln" als diese Sozialisten selbst; hat er damit nicht zugleich uns selbst den Scheitel gerade gezogen?

Schlußfolgerung Nr. 3: Wenn wir am Marxismus festhalten, ihn anwenden und weiterentwickeln wollen, dann müssen wir aus der selbstgenügsamen Schale der rein marxistischen Organisation gerade herauskriechen. ,,Organisiert" sind ja beileibe nicht nur wir. Sondern die ganze gesellschaftliche Bewegung ist vielfältig organisiert. Zugleich gruppiert sie sich politisch. Das ist ein notwendiger Prozeß, den man auch als politischen Parteibildungsprozeß in einem größeren Maßstab ansehen kann. Dabei gilt es nicht sosehr allerhand Kreuz- und Querbeziehungen zwischen den ,,organisierten Linken" und der ,,Bewegung" zu konstruieren, und dann wieder zu allerhand Gruppierungen der Linken, zu denen wir – von der DKP bis zu den Grün/Alternativen – in allerhand Verhältnissen von Differenz und

müssen darin jedenfalls viele Kritiken der bestehenden Gesellschaft, viele Erfahrungen, viele Interessen zusammengefaßt sein, in welcher weltanschaulichen Form sie sich zunächst auch formulieren mögen. Jedenfalls brauchte es ja offenbar geradezu Leute von der theoretischen Unbefangenheit, oder vielleicht sogar Sorglosigkeit unserer Grünen, damit überhaupt mal eine halbwegs konkrete Vorstellung von gesellschaftlicher Weiterentwicklung formuliert werden konnte. Genosse Schmierer hat den ,,Demokratischen Sozialisten" mit größter Überlegenheit den Satz entgegengehalten, daß die Grünen, ohne das Wort Sozialismus einmal zu erwähnen, mehr dazu beigetragen haben, ,,aus der Kritik des Kapitalismus den Begriff (wieso den Begriff? eine Vorstellung! G.K.) vom Sozialismus zu entwickeln" als diese Sozialisten selbst; hat er damit nicht zugleich uns selbst den Scheitel gerade gezogen?

Schlußfolgerung Nr. 3: Wenn wir am Marxismus festhalten, ihn anwenden und weiterentwickeln wollen, dann müssen wir aus der selbstgenügsamen Schale der rein marxistischen Organisation gerade herauskriechen. ,,Organisiert" sind ja beileibe nicht nur wir. Sondern die ganze gesellschaftliche Bewegung ist vielfältig organisiert. Zugleich gruppiert sie sich politisch. Das ist ein notwendiger Prozeß, den man auch als politischen Parteibildungsprozeß in einem größeren Maßstab ansehen kann. Dabei gilt es nicht sosehr allerhand Kreuz- und Querbeziehungen zwischen den ,,organisierten Linken" und der ,,Bewegung" zu konstruieren, und dann wieder zu allerhand Gruppierungen der Linken, zu denen wir – von der DKP bis zu den Grün/Alternativen – in allerhand Verhältnissen von Differenz und

Übereinstimmung stehen (so wie im Beschluß der Bundesleitung vom Dezember). Sondern da geht schon sehr viel Bestimmteres vor sich: die Herausbildung einer unabhängigen sozialen Bewegung, die sich politisch vor allem in den Grün-Alternativen Listen zusammenfaßt, und ein sich neuformierendes Kartell von Stamokap-Linken, die sich im Staatsapparat und den gesellschaftlichen Organisationen systematisch einnisten und versuchen, auf dem Rücken dieser sozialen Bewegung an die Macht zu kommen. Strategie und Taktik im Innern wie im Äußern (gegenüber der Sowjetunion) wird bei diesen letztlich immer zusammengehen.

An der Herausbildung dieser politischen Parteiungen haben wir aktiv teilzunehmen. Und nur in diesem Rahmen werden wir auch zur fruchtbarer Theoriebildung kommen können. Alleine sind wir unausstehlich.

Schlußfolgerung Nr. 4: als selbständiger, zentralisierter politischer Verband sollte der KBW sich auflösen. Seine Mitglieder könnten allerdings versuchen, einen pragmatischen Rahmen zu finden, um ihren politischen Diskussionszusammenhang untereinander zu wahren, vornehmlich um die politische Zeitung und/oder theoretische Zeitschrift herum, sowie in Form einiger Arbeitsgruppen. Den Nutzen von gewählten Leitungen und angestellten Sekretären vermag ich nicht einzusehen. Das läßt sich über die Redaktionen oder über örtliche und gegebenenfalls auch bundesweite Delegiertenversammlungen, die sich aus gegebenem Anlaß absprechen, ebenso erledigen. Oder was wird heute in den Leitungen wirklich entschieden? Die Redaktionen und die Zeitschriften selbst müssen sich tragen, so wie andere auch. Eine Form, wie sie getragen werden können, sind z.B. Förderabos, die die Stelle der bisherigen Beitragsabführung an die Zentrale einnehmen könnten.

Sich tragen müssen auch der Buchvertrieb Hager und der Sendler-Verlag. Die Auflösung der Organschaft ,,KBW und Gesellschaften" ist für diese die Chance, beim Sprung ins Wasser schwimmen zu lernen, wie andere kleine Verlage und Vertriebe auch. Vom Gesellschaftszweck her ist da absehbar nichts politisch zu regeln oder zu überwachen.

Anders steht es mit Caro Satz und Druck, die eine Millionen-Ausrüstung aus Spenden- und Mitgliedsbeiträgen verflossener Generationen von KBW-Mitgliedern einsetzen. Dasselbe Problem stellt sich in bezug auf das nicht annähernd voll genutzte Haus in Frankfurt. Hier sind Formen der Vergesellschaftung dieser politischen Gebrauchswerte sicher zu finden. Das ist auch eine moralische Verpflichtung

Eigentlich sehe ich nur einen ernsthaften Einwand gegen eine solche Auflösung als zentralisierter politischer Organisation (richtiger: als Chimäre einer solchen zentralisierten politischen Organisation, die wir in der Praxis gar nicht sind) zugunsten funktionaler Zusammenhänge. Das ist die Furcht vor allem von Genossen in den mittleren und kleineren Orten, in einzelnen Bürger- oder Friedensinitiativen oder ihrem Gewerkschaftsklüngel zu versacken. Das ist aber ein Fehlgedanke: geht von euch, den Personen, aus, und trefft euch in der Zusammensetzung, zu dem Thema, so häufig wie ihr es wollt und braucht. Wahrscheinlich wird sich schnell zeigen, daß man da viel mehr Leute einbeziehen kann als in eine Zelle des KBW. Das ist das beste Mittel gegen Unlust und Langeweile.

Gerd Koenen

* Hier irrt der Verfasser auf jeden Fall. Das Abstimmungsergebnis lautet 27:8, wobei letzteren völlig unterschiedliche Begründungen zugrunde lagen. Beschlossen wurde, die Entscheidung über die Notwendigkeit einer a.o. Delegiertenkonferenz der Mitgliedschaft zu übergeben. Sie findet

absehbar nichts politisch zu regeln oder zu überwachen.

Anders steht es mit Caro Satz und Druck, die eine Millionen-Ausrüstung aus Spenden- und Mitgliedsbeiträgen verflossener Generationen von KBW-Mitgliedern einsetzen. Dasselbe Problem stellt sich in bezug auf das nicht annähernd voll genutzte Haus in Frankfurt. Hier sind Formen der Vergesellschaftung dieser politischen Gebrauchswerte sicher zu finden. Das ist auch eine moralische Verpflichtung

Eigentlich sehe ich nur einen ernsthaften Einwand gegen eine solche Auflösung als zentralisierter politischer Organisation (richtiger: als Chimäre einer solchen zentralisierten politischen Organisation, die wir in der Praxis gar nicht sind) zugunsten funktionaler Zusammenhänge. Das ist die Furcht vor allem von Genossen in den mittleren und kleineren Orten, in einzelnen Bürger- oder Friedensinitiativen oder ihrem Gewerkschaftsklüngel zu versacken. Das ist aber ein Fehlgedanke: geht von euch, den Personen, aus, und trefft euch in der Zusammensetzung, zu dem Thema, so häufig wie ihr es wollt und braucht. Wahrscheinlich wird sich schnell zeigen, daß man da viel mehr Leute einbeziehen kann als in eine Zelle des KBW. Das ist das beste Mittel gegen Unlust und Langeweile.

Gerd Koenen

* Hier irrt der Verfasser auf jeden Fall. Das Abstimmungsergebnis lautet 27:8, wobei letzteren völlig unterschiedliche Begründungen zugrunde lagen. Beschlossen wurde, die Entscheidung über die Notwendigkeit einer a.o. Delegiertenkonferenz der Mitgliedschaft zu übergeben. Sie findet

statt, wenn sich dafür soviele Bezirke aussprechen, die auf der letzten Delegiertenkonferenz mindestens ein Drittel der Delegierten stellten. Auch hatte Genosse Koenen zunächst die Terminierung der ohnehin fälligen ordentlichen Delegiertenkonferenz auf September vorgeschlagen, und sich erst in der Schlußabstimmung dem Antrag auf eine a.o. Delegiertenkonferenz angeschlossen.

Gefangenenvertretung der JVA Diez zurückgetreten

In einem Offenen Brief geben die Zurückgetretenen ihre Gründe an / Auszüge

Mit Wirkung vom 26. März trat die Gefangenen-Interessen-Vertretung der JVA Diez/Lahn geschlossen zurück. Dieser Schritt nach dreimonatiger Erfahrung in dieser Art „Mitverantwortung" war ein Protest gegen die vollkommene Unterbindung von jeglicher realer Einflußmöglichkeit. „Was die Anstalten wollen, ist eine opportunistische Gefangenenvertretung, die, einem Capo-System ähnlich, durch ein paar Privilegien gekauft an der Perfektionierung der totalen Institution mitarbeitet", so heißt es in einer von ihnen herausgegebenen und an die Öffentlichkeit gelangten Erklärung. Dazu wollte sich diese Gefangenenvertretung nicht machen lassen. Ihr Ziel war, daran mitzuarbeiten, daß die Haftbedingungen verbessert werden. „Was dabei heraus kam, war ein Einblick in das bornierte Denken der Apparatschiks, die allenfalls fähig sind, ein Materiallager aber niemals Menschen zu verwalten." Im folgenden dokumentieren wir aus der Erklärung die Absätze, die ihre beabsichtigte Arbeit und die Reaktion der Gefängnisverwaltung darstellen.

Aufgrund unserer nur dreimonatigen Tätigkeit in der Gefangenenvertretung der Strafanstalt Diez und den Erfahrungswerten mit der Einrichtung „Gefangenenvertretung" überhaupt, können wir sagen, daß sie für die Gefangenen existenziell notwendige Umstrukturierung des althergebrachten Verwahrvollzuges zu einem „Leben im Vollzug, daß den allgemeinen Lebensverhältnissen soweit wie möglich angeglichen ist" und einem Vollzug der „schädlichen Folgen des Freiheitsentzuges entgegenwirkt", wie dies im Strafvollzugsgesetz so schön humanistisch klingend geschrieben steht, auf diesem Weg nicht möglich ist.

Was die Anstalten wollen, ist eine opportunistische Gefangenenvertretung, die, einem Capo-System ähnlich, durch ein paar Privilegien gekauft an der Perfektionierung der totalen Institution mitarbeitet. Eine solche Interessenvertretung ist natürlich immer erfolgreich, – allerdings nur für sich selbst und nicht für die Mehrzahl der Gefangenen.

Was wir wollten war nichts weiter als eine Situation zu schaffen, in der die für den Einzelnen oft katastrophalen Folgen der jahre- oder sogar jahrzehntelangen Haft gemildert werden.

Wir waren so naiv zu glauben, daß sinnvolle humanistische Argumentation, unter Einbeziehung der real gegebenen Möglichkeiten des Gefängnisses Diez, unserer aller unerträgliche Haftsituation verbessern könnte.

Was dabei heraus kam, war ein Einblick in das bornierte Denken der Apparatschiks die allenfalls fähig sind ein Materiallager, aber niemals Menschen zu verwalten.

Es hat sich gezeigt, daß diese Menschenverwalter nur bis zur totalen Abstraktion in den Begriffen der Sicherheit und Ordnung und den verwaltungstechnisch rationalsten Methoden der Menschenverwahrung denken können.

... Eine unserer wichtigsten Forderungen war die Einrichtung von sogenannten Selbsthilfegruppen, die eine Begegnung auf die zerstörerische Wirkung der 20-stündigen Isolation für die mittlerweile rd. 250 arbeitslosen Gefangenen gewesen wäre. Obwohl in der Anstalt tagsüber 11, bzw. mit der Kirche und einem Tischtennisraum 13 Gemeinschaftsräume leerstehen und keine personelle Mehrbelastung für die Anstalt durch diese Selbsthilfegruppen entstanden wäre, wurde es abgelehnt, daß sich die arbeitslosen Gefangenen in diesen Gruppen mit kreativen Arbeiten oder anderen sinnvollen Tätigkeiten beschäftigen. Damit zeigt sich erneut, was das „Vollzugsziel" in der Realität ist, – die Zerstörung der Identität des Gefangenen mit Methoden für die sich keiner verantwortlich fühlen muß, – Methoden der Persönlichkeitsdestruktion, die nur schwer sichtbar zu machen sind, weil ihre Effizienz lediglich im Nichtstun der Verantwortlichen begründet liegt. Kein Gefangener wird gefoltert, zur Zwangsarbeit in den Steinbruch geschickt oder vergast. Man schließt den Gefangenen nur in eine 8 qm große Zelle ein – Wochen, Monate, Jahre –, bis er irgendwann soweit ist, daß er sich draußen in der Gesellschaft nicht mehr zurecht finden kann und seinen Platz im Karussel „Gefangenschaft – Freiheit – Gefangenschaft" eingenommen hat.

Bedenkt man, daß im hiesigen Gefängnisgelände ein leerstehendes Gebäude steht, dessen Ausbau zu einem dringend erforderlichen Freizeitbereich durch sturen Bürokratismus auf eine nicht absehbare Zeitspanne verzögert wird, weil irgendwelche Vorschriften den Ausbau in Eigeninitiative der Gefangenen, die aus ihrer Mitte fast alle für dieses Vorhaben notwendigen Handwerker stellen können, verhindern, bleibt nur die Überlegung übrig, daß die angeblich *für* Menschen gemachten Vorschriften, *gegen* Menschen gemacht wurden. Davon abgesehen ist es natürlich auch eine Verschwendung von Steuermitteln, daß die freiwillige Gefangenenarbeit zugunsten von teurer Unternehmerarbeit abgelehnt wird.

Es ist menschenrechtlich gesehen eine Kleinigkeit, daß wir die Forderung einbrachten, die Zellen des Gefängnisses während der „Freizeit" offen zu lassen. Aber als ob es nicht schon mehr als genug ist, Menschen überhaupt hinter Mauern zu isolieren, bekamen wir zynisch imaginäre Sicherheits- und Ordnungsgründe als Ablehnungsbegründung zu hören.

In einem Gefängnis wie Diez, das hermetisch mit Schießtürmen, einer 6 m hohen Betonmauer mit nochmals 3 Rollen rasiermesserscharfem „Natodraht" darauf und allen anderen Sicherheitsmaßnahmen, die zur Sicherheitsstufe 1 gehören, abgeriegelt ist wie Fort Knox, gibt es keine sachliche Rechtfertigung, den Zellenverschluß überhaupt, geschweige denn 24 Std. täglich, aufrecht zu halten.

Genausowenig gibt es eine sachlich begründete Rechtfertigung für die Ablehnung bzw. Verhinderung einer von uns vorgeschlagenen Schlichtungsstelle, mit der wir beabsichtigten, das aus der Zuchthauszeit stammende Hausstrafverfahren abzulösen. Dies hätte bedeutet, daß Gefangene und Bedienstete die Möglichkeit erhalten hätten, ihre Konflikte verbal auf einer vernünftigen Basis zu lösen. Stattdessen bleibt es bei dem Strafvollzug im Strafvollzug, bei dem Gefangene, deren Namen den Bediensteten nicht gefallen, wegen jeder Geringfügigkeit zusätzlich isoliert werden und mit einer Freizeitsperre belegt werden, deren Länge sich nach Lust und Laune des Gefängnisleiters richtet.

Wir verstehen unter Gefangenenmitverantwortung eine gewerkschaftsähnliche Institution mit allen rechtlichen Mitteln, die solche Vereinigungen besitzen. Das einzige Recht, das die Justiz jedoch den Gefangenen in den Interessenvertretungen gibt, ist es, Vorschläge zu unterbreiten oder als verlängerter Ordnungsarm der Anstalten zu fungieren. Eine Gefangenenvertretung, die keinerlei Rechtsmittel zur Durchsetzung ihrer Forderungen besitzt, ist nichts weiter als eine pseudodemokratische Einrichtung zur Verschleierung der Totalität der Gefängnisse.

Einer Totalität, die sich in Form von sogenannten Beruhigungszellen artikuliert, – also Zellen, in denen eine Matratze, der gekachelte Fußboden und Betonwände die einzige Einrichtung ist und in denen Menschen tagelang, manchmal noch auf ein Brett gefesselt ohne auch nur eine eigenen Kleidung, ohne ein Kreuz, vegetieren müssen, ohne auch nur einen Gegenstand oder ein Buch zur Beschäftigung zu bekommen. Eine Totalität, die es auch zuläßt, daß Menschen für Monate totalisoliert werden, weil sie mal betrunken waren oder im berechtigten Zorn eine Drohung ausstoßen, ohne diese Drohung je wirklich zu wollen.

Die Totalität hat sich uns auch in der Form gezeigt, wie hier das Recht auf Meinungsfreiheit ad absurdum geführt wird. Wir hatten in der Gefangenenvertretung zweimal Nachrichtensendungen zur Übermittlung im Hausfunk der JVA vorbereitet und bekamen beide Male das Verbot, die Nachrichten, die nichts weiter vermittelten als Information an die Mitgefangenen, in welchen Bereichen wir arbeiteten und welche Arbeiten in Vorbereitung waren, zu senden.

Unter diesen Bedingungen ist es einer Gefangenenvertretung, die sich auch als solche begreift, nicht möglich weiterzuarbeiten. Unser gemeinsamer Rücktritt war notwendig, damit wir uns nicht als demokratisches Spielzeug der Justiz, vertreten durch die liberalen Herrn mit den legeren Umgangsformen, hergeben und an der Verdeckung des realen Gefängnisses und seiner Strukturen, des Inbegriffs staatlicher Kontrolle und Gewalt, die durch nichts und niemals zu humanisieren ist solange sie besteht, mitarbeiten.



kvz. Die Gutachter, die über den Tod von Sigurd Debus während des Hungerstreiks der RAF am 16. April des vergangenen Jahres und über seine Ursache gutachten sollen, reden offensichtlich um den heißen Brei. Der eine Gutachter, Seifert, stellte fest: „Die Hauptveränderung liegt somit in der Hirnblutung ... Zur Ursache der Hirnblutung lassen sich aus den übrigen Organen keine weiteren Angaben machen." Und der Neuropathologe Prof. Colmat erklärt: „Die große Blutung in Mittelhirn und Brücke stellt die eigentliche Todesursache des intravitalen Hirntodes dar." Aber worin liegt die Ursache dieser Gehirnblutung, wenn es keine weiteren organischen Anhaltspunkte oder Gründe für ihr Auftreten gibt? Wie die taz vom 8.4. darlegt, sprechen gute Gründe dafür, als Ursache die Gewaltanwendung bei der Zwangsernährung während des Hungerstreiks anzunehmen. Die Hamburger Staatsanwaltschaft und die Justizpressestelle weisen dies (noch) weit von sich. „Richtig ist vielmehr, daß sowohl die Obduktion, der auch der Anwalt des Verstorbenen beigewohnt hat, wie ein Gutachten ausschließen, daß äußere Gewaltanwendung ... ursächlich für die Blutung gewesen sein können." (Pressebericht vom 5.4.) Aber die Behauptung, er sei infolge des Hungerns gestorben, wird nicht mehr aufrecht erhalten.

Veranstaltungen

Arbeitsgruppen:
Gesundheitswesen
Achtung: Terminänderung!
Der Termin der Arbeitsgruppe am 17./18. April fällt aus. Voraussichtlicher neuer Termin am 8./9. Mai. Er wird aber noch einmal speziell angekündigt.

Kapitalistische Entwicklung in der BRD
Thema: Die Positionen und Vorschläge der Memorandum-Gruppe für eine Alternative Wirtschaftspolitik. Ein Vertreter der Memorandum-Gruppe soll an dem Termin teilnehmen.
Beginn: Samstag, 17.4.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 18.4.1982, nachmittag

Bildungswesen
Achtung: Terminänderung!
Der ursprünglich für den 24./25. April angekündigte Termin entfällt. Ein neuer Termin für die Arbeitsgruppe wird noch bekanntgegeben. Die Materialien für die Arbeitsgruppe werden z.Zt. fertiggestellt. Sie können schon bestellt werden bei der KVZ-Redaktion (M. Ackermann).

Imperialismus
Es wird der „Brandt-Report" der Nord-Süd-Kommission besprochen.

Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus
Beginn: Samstag, 24.4.1982, 13.00 Uhr
Ende: Sonntag, 25.4.1982, gegen 16.00 Uhr

Wohnungspolitik
Beginn: Samstag, 24.4.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 25.4.1982, gegen 16.00 Uhr

Anmeldungen zu allen Arbeitsgruppen bis spätestens eine Woche vorher

Arbeitsseminar Staat und Revolution
Themen:
1. Lenins Rekonstruktion der Staatsauffassung von Marx und Engels
2. Eurokommunismus und Staat
3. Staat und Revolution in der BRD. Positionen der Linken
Samstag, 29.5., bis Montag, 31.5.1982

Schulungen

Karl Marx: Das Kapital, Band I
Beginn: Samstag, 10. Juli 1982
Ende: Sonntag, 18. Juli 1982

Karl Marx: Das Kapital, Band II/III
Beginn: Montag, 19. Juli 1982
Ende: Sonntag, 1. August 1982

Anmeldungen zu den Schulungen bitte mindestens 3 Wochen vorher.

Baums Gesetzentwurf

Tätigkeit in der Gefangenenvertretung der Strafanstalt Diez und den Erfahrungswerten mit der Einrichtung „Gefangenenvertretung" überhaupt, können wir sagen, daß sie für die Gefangenen existenziell notwendige Umstrukturierung des althergebrachten Verwahrvollzuges zu einem „Leben im Vollzug, daß den allgemeinen Lebensverhältnissen soweit wie möglich angeglichen ist" und einem Vollzug der „schädlichen Folgen des Freiheitsentzuges entgegenwirkt", wie dies im Strafvollzugsgesetz so schön humanistisch klingend geschrieben steht, auf diesem Weg nicht möglich ist.

Was die Anstalten wollen, ist eine opportunistische Gefangenenvertretung, die, einem Capo-System ähnlich, durch ein paar Privilegien gekauft an der Perfektionierung der totalen Institution mitarbeitet. Eine solche Interessenvertretung ist natürlich immer erfolgreich, – allerdings nur für sich selbst und nicht für die Mehrzahl der Gefangenen.

Was wir wollten war nichts weiter als eine Situation zu schaffen, in der die für den Einzelnen oft katastrophalen Folgen der jahre- oder sogar jahrzehntelangen Haft gemildert werden.

Wir waren so naiv zu glauben, daß

daß sich die arbeitslosen Gefangenen in diesen Gruppen mit kreativen Arbeiten oder anderen sinnvollen Tätigkeiten beschäftigen. Damit zeigt sich erneut, was das „Vollzugsziel" in der Realität ist, – die Zerstörung der Identität des Gefangenen mit Methoden für die sich keiner verantwortlich fühlen muß, – Methoden der Persönlichkeitsdestruktion, die nur schwer sichtbar zu machen sind, weil ihre Effizienz lediglich im Nichtstun der Verantwortlichen begründet liegt. Kein Gefangener wird gefoltert, zur Zwangsarbeit in den Steinbruch geschickt oder vergast. Man schließt den Gefangenen nur in eine 8 qm große Zelle ein – Wochen, Monate, Jahre –, bis er irgendwann soweit ist, daß er sich draußen in der Gesellschaft nicht mehr zurecht finden kann und seinen Platz im Karussel „Gefangenschaft – Freiheit – Gefangenschaft" eingenommen hat.

Bedenkt man, daß im hiesigen Gefängnisgelände ein leerstehendes Gebäude steht, dessen Ausbau zu einem dringend erforderlichen Freizeitbereich durch sturen Bürokratismus auf eine nicht absehbare Zeitspanne verzögert wird, weil irgendwelche Vorschriften den Ausbau in Eigeninitiative der Gefangenen, die aus ihrer Mitte fast alle

Genausowenig gibt es eine sachlich begründete Rechtfertigung für die Ablehnung bzw. Verhinderung einer von uns vorgeschlagenen Schlichtungsstelle, mit der wir beabsichtigten, das aus der Zuchthauszeit stammende Hausstrafverfahren abzulösen. Dies hätte bedeutet, daß Gefangene und Bedienstete die Möglichkeit erhalten hätten, ihre Konflikte verbal auf einer vernünftigen Basis zu lösen. Stattdessen bleibt es bei dem Strafvollzug im Strafvollzug, bei dem Gefangene, deren Namen den Bediensteten nicht gefallen, wegen jeder Geringfügigkeit zusätzlich isoliert werden und mit einer Freizeitsperre belegt werden, deren Länge sich nach Lust und Laune des Gefängnisleiters richtet.

Wir verstehen unter Gefangenenmitverantwortung eine gewerkschaftsähnliche Institution mit allen rechtlichen Mitteln, die solche Vereinigungen besitzen. Das einzige Recht, das die Justiz jedoch den Gefangenen in den Interessenvertretungen gibt, ist es, Vorschläge zu unterbreiten oder als verlängerter Ordnungsarm der Anstalten zu fungieren. Eine Gefangenenvertretung, die keinerlei Rechtsmittel zur Durchsetzung ihrer Forderungen besitzt, ist nichts weiter als eine pseudodemokratische Einrichtung zur Verschleierung der Totalität der Gefängnisse.

Einer Totalität, die sich in Form von sogenannten Beruhigungszellen artiku-

vom 5.4.) Aber die Behauptung, er sei infolge des Hungerns gestorben, wird nicht mehr aufrecht erhalten.

Baums Gesetzentwurf

Politische Treuepflicht erneut im Streit

bil. Ein Gesetzentwurf zur Änderung des Beamtenrechtsrahmengesetzes ist auf dem Tisch. Die politische Treuepflicht der Beamten wird erneut in die Waagschale geworfen. Im Spätherbst schwappten bei Innenminister Baum und den sozialdemokratischen Bundesministern noch einmal die Wellen der Empörung hoch, als das Bundesverwaltungsgericht den Postbeamten Peter wegen seiner aktiven DKP-Mitgliedschaft aus dem Beamtenverhältnis entließ. Jetzt ist der Streit zwischen Bundesregierung und CDU-Opposition im Verein mit dem Beamtenbund erneut entbrannt.

Nach dem, was die Presse bis jetzt über den neuen Gesetzentwurf berichtet, sind Hoffnungen verfehlt. Das Maß an politischer Treuepflicht wird an die Funktion geknüpft, die der Beamte wahrnimmt, kurz gesagt, der berühmte Postbeamte soll weniger treu sein müssen als der Polizeipräsident. Der Gesetzestext unterscheidet zwischen inner- und außerdienstlichem Verhalten. Eine Dienstpflichtverletzung als festgestellte Verletzung der politischen Treuepflicht setzt nach dem Gesetzentwurf ein „Minimum an Gewicht und Evidenz" voraus. Mit dieser aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Mai 1975 entnommenen Verklausulierung läßt sich alles und nichts machen. Dem Spielchen der Gerichte nach dem, was Gewicht und Evidenz hat, wäre hiermit nur eine neue Runde eingeläutet. Bis jetzt war immer die entscheidende Frage, ob eine Partei als verfassungswidrig angesehen wird oder nicht. Es liegt auf der Hand, daß der *Einfluß* einer der freiheitlich demokratischen Grundordnung feindlich gesonnen Partei bei der Einschätzung solcher Fragen wie Evidenz und Gewicht mitspielen wird.

Dabei sind die Erfolgsaussichten dieses Gesetzentwurfs eher trübe. Zu Recht beruft sich die CDU/CSU auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1975, das damals erklärt hatte, die Treuepflicht sei einer „Differenzierung je nach Art der dienstlichen Obliegenheiten nicht zugänglich". Die von Baum angestrebte Unterscheidung zwischen Postschalterbeamten und Polizeipräsident fällt danach flach. Solange kein Gesetzentwurf vorliegt, der besagt: eine politische Überprüfung findet nicht statt, bis zum – sagen wir Ministerialdirigenten – wird den Beamten keine irgendwie geartete Treue zu Staat und Verfassung abgefordert, ist das Geklingel mit dem neuen Gesetzentwurf unerquicklich. Der Gang der CDU/CSU zum Bundesverfassungsgericht ist sicher, wenn der Bundestag den Gesetzentwurf verabschiedet. Ob Baum dagegen noch traurig bei einer negativen Entscheidung des Verfassungsgerichts mit den Schultern zucken kann, ist dafür ungewiß.

Veranstaltungen

Arbeitsgruppen:

Gesundheitswesen

Achtung: Terminänderung!

Der Termin der Arbeitsgruppe am 17./18. April fällt aus. Voraussichtlicher neuer Termin am 8./9. Mai. Er wird aber noch einmal speziell angekündigt.

Kapitalistische Entwicklung in der BRD

Thema: Die Positionen und Vorschläge der Memorandum-Gruppe für eine Alternative Wirtschaftspolitik. Ein Vertreter der Memorandum-Gruppe soll an dem Termin teilnehmen.
Beginn: Samstag, 17.4.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 18.4.1982, nachmittag

Bildungswesen

Achtung: Terminänderung!

Der ursprünglich für den 24./25. April angekündigte Termin entfällt. Ein neuer Termin für die Arbeitsgruppe wird noch bekanntgegeben. Die Materialien für die Arbeitsgruppe werden z.Zt. fertiggestellt. Sie können schon bestellt werden bei der KVZ-Redaktion (M. Ackermann).

Imperialismus

Es wird der „Brandt-Report" der Nord-Süd-Kommission besprochen.
Beginn: Samstag, 24.4.1982, 15.00 Uhr
Ende: Sonntag, 25.4.1982, gegen 13.00 Uhr

Ökologie

Beginn: Samstag, 24.4.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 25.4.1982, gegen 16.00 Uhr

Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus

Beginn: Samstag, 24.4.1982, 13.00 Uhr
Ende: Sonntag, 25.4.1982, gegen 16.00 Uhr

Wohnungspolitik

Beginn: Samstag, 24.4.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 25.4.1982, gegen 16.00 Uhr

Anmeldungen zu allen Arbeitsgruppen bis spätestens eine Woche vorher

Arbeitsseminar **Staat und Revolution**

Themen:
1. Lenins Rekonstruktion der Staatsauffassung von Marx und Engels
2. Eurokommunismus und Staat
3. Staat und Revolution in der BRD. Positionen der Linken

Samstag, 29.5., bis Montag, 31.5.1982

Schulungen

Karl Marx: Das Kapital, Band I
Beginn: Samstag, 10. Juli 1982
Ende: Sonntag, 18. Juli 1982

Karl Marx: Das Kapital, Band II/III
Beginn: Montag, 19. Juli 1982
Ende: Sonntag, 1. August 1982

Anmeldungen zu den Schulungen bitte mindestens 3 Wochen vorher.

Die Arbeitsgruppen und Schulungen finden jeweils statt im Schulungszentrum des KBW, 6000 Frankfurt 11, Mainzer Landstraße 147, Tel. 0611/730231. Weitere Informationen sind dort ebenfalls erhältlich.

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Friedemann Bleicher · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse · Ausland: Gerd Koenen, cof, chm, Theo Mehlen · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM, Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. ISSN 0720-8898

Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 501 900 00)

Startbahn West: Kein „militärisches Motiv"?

Kritische Anmerkungen zur Studie des HSFK. Teil I

Von Dieter Wismann

Die „Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung" hat einen neuen Forschungsbericht vorgelegt – und dabei eine Publizität geerntet, die die Bewegung gegen die Startbahn bestenfalls mit einigen zigtausend Menschen zustande bringt: Pressekonferenz, breite Berichterstattung in Nachrichtensendungen und Presse usw. Und das bei einem Thema, das die Betreiber des Startbahnbaus am liebsten totgeschwiegen hätten: „Startbahn für die Militärs? Zur sicherheitspolitischen Bedeutung des Frankfurter Flughafens." (1) Warum auf einmal eine solche Kulisse gerade für diese Studie?

Im vergangenen Jahr waren beträchtliche Fortschritte beim Aufdecken der ökonomischen Gründe für den Startbahnbau erzielt worden. Aber als einfach und durchsichtig stellten sich die Zusammenhänge ja gerade nicht dar. Die vermutete militärische Bedeutung war dabei reichlich unterbelichtet. Es mangelte nicht allein an militärischer Sachkenntnis. Verbreitet war in den BIs eine Scheu, dies „heiße Eisen" überhaupt anzupacken. Schließlich bezweifelt ein Großteil der Startbahngegner angesichts der sowjetischen Bedrohung die Notwendigkeit der NATO keineswegs. Kritik an der militärischen Nutzung des Flughafens, so wurde befürchtet, könne leicht nach hinten losgehen oder die Bewegung spalten. Zudem ließen diejenigen, die die militärische Bedeutung der Startbahn zur Sprache bringen wollten, nicht erkennen, daß sie sich dieses Problems bewußt wären.

Die Friedensbewegung gewann an Boden. Neben Zahlen über den weiterhin sinkenden zivilen Auslastungsgrad von Rhein-Main tauchten erste handgreifliche Indizien für die militärische Bedeutung der Startbahn auf. Auf diesem Hintergrund wuchsen Bestrebungen, die Bewegung gegen die Startbahn unmittelbar mit der Friedensbewegung zusammenzuführen. Dies hauptsächlich in Frankfurt und dort vor allem unter der Linken. Vorneweg DKP und KB. Sie witterten offenbar die Chance, diese breite Bewegung mit ihren vielfältigen Triebkräften jetzt gegen den kriegstreiberischen US-Imperialismus bzw. gegen die Komplizenschaft der BRD bei militärischen Abenteuern in der Dritten Welt führen zu können. Die



kriegstreiberischen US-Imperialismus bzw. gegen die Komplizenschaft der BRD bei militärischen Abenteuern in der Dritten Welt führen zu können. Die

– Wenn die geplanten maximalen Flugzahlen hingegen im Rahmen der gegebenen Kapazitäten verarbeitet werden können, ist ein solches militärisches



einer, wie da noch der Kampf gegen die Startbahn gewonnen werden soll!

Der KB fing sich als erster: „Eine Auftragsarbeit der hessischen Landesregierung! Ausschließen könne man das jedenfalls nicht – beweisen leider auch nicht. Sie hätte aber ebensogut von der Regierung sein können." (3)

Die Argumentation dieser Studie ist – wie noch zu zeigen ist – in der Tat unhaltbar; dennoch ist sie eine hervorragende Quelle von Enthüllungen, insbesondere über den Ausbau des militärischen Teils des Flughafens, unverzichtbar zur Begründung der Forderung „Weg mit der US-Air-Base!" Und was die ausdrücklichen politischen Absichten der Verfasser angeht, kann man sie schon selbst beim Wort nehmen. Sie schreiben in ihrer Einleitung: „Unser Ziel ist es, durch Information und Analyse so weit wie möglich zur Entwirrung der Gerüchte beizutragen, die sich um dieses Thema ranken, und so alle Bemühungen um einen rationalen Austrag des Konflikts zu unterstützen. Denn der Konflikt um die Startbahn West ist über das Maß einer normalen scharfen politischen Auseinandersetzung hinaus gesteigert worden, wobei zweifellos beide Seiten die ‚Verhältnismäßigkeit der Mittel' überschritten haben ... Angesichts der Tatsache, daß gewalttätige Provoka-

Flugfrequenzen bei einer Verstärkung der NATO durch Lufttransport

2. Kein Kampfflughafen?

Eine weitere Voraussetzung mit erheblichen Auswirkungen wird ganz kommentarlos gemacht: Die Rhein-Main Air Base „ist kein Kampfflughafen, sondern dient ausschließlich dem Personal- und Güterverkehr". Ist das nun eine empirische Feststellung oder eine bindende Vorschrift auch für Kriegszeiten? Die Frage ist so blöde nicht, denn die Studie schließt umstandslos eine mögliche Nutzung der Air Base für die taktische Luftwaffe aus. Das aber wäre eine höchst ungewöhnliche Praxis für Militärflughäfen unter Kriegsbedingungen. Siehe zuletzt Vietnam! Dazu sollte man wissen: Seit 1980 ist die US-Regierung eifrig bemüht, den Alliierten Lande- und Aufnahmerechte insbesondere für die taktische Luftwaffe auf 74 zusätzlichen europäischen Flugplätzen abzupressen. Es handelt sich, wohlgemerkt, um zivile Flugplätze. Die Einsatzflugplätze platzen auch ohne Verstärkung der Verbände bereits aus den Nähten. Ausserdem liegen sie noch vorzüglich tief gestaffelt im Hinterland – für offensive Operationen jedoch ein erhebliches Handicap.

wohl nicht abtun können, wenn man bedenkt, daß bereits eine 25%ige Erhöhung der Nutzungsrate der vom HSFK ausgeführten Maschinen eine um rund 22% größere Flugfrequenz ermöglicht. Statt 745 wären es dann 907 Flüge.

4. Und keine Kriegsfolgen?

Die größte Beruhigung geht jedoch von einer anderen Leerstelle der Studie aus: Es gibt keinen Krieg – wenigstens wird dann nicht scharf geschossen. Kein Flugplatz bombardiert, kein schlagartiges Zusammenziehen von Flugbewegungen auf den verbliebenen Plätzen; alles läuft, wie geplant: nach Hamburg soundsoviel Maschinen, nach Frankfurt soundsoviel – wie nach dem zuverlässigen Flugplan der Lufthansa. Dazu fällt mir nichts mehr ein.

Auch auf die Gefahr hin, als Nicht-Kriegsteilnehmer neunmalklug zu erscheinen: die Verfasser der Studie sind die Sache bestenfalls wie Betriebswirtschaftler angegangen; von militärischen Belangen haben sie offenbar keine Ahnung. Wer wollte ihnen daraus einen Vorwurf machen – hätten sie sich nicht selbst auf dieses Pflaster begeben? Oder aber paßten ihnen die hier

DKP zumeist auf ihre vorsichtige Tour, indem sie das Bild unserer allseitigen Bedrohung nun noch um das der Bedrohung durch den Krieg verfinstert. Vor linkem Publikum allerdings macht sie aus der Startbahn einen Baustein der US-amerikanischen Globalstrategie gegen die friedliebenden Völker. Für den KB ist es allemal ausgemacht, daß die Startbahn ein rein militärisches Projekt ist, ein Projekt der Vorbereitung des Dritten Weltkrieges. (2)

Die Erörterung ökonomischer Zusammenhänge scheint seitdem der Vergangenheit anzugehören; anstelle gründlicher Untersuchungen ein Zusammenklauben von Indizien, mit denen es sich gut raunen läßt.

In diese Situation drohender Entwaffnung der Bewegung platzt die Veröffentlichung der Studie des HSFK.

Um ihre Wirkung besser abschätzen zu können, ihre Pointe vorweg:
„Kernstück unserer Untersuchung ist die Frage nach den gegebenen und geplanten Lufttransportmöglichkeiten der amerikanischen Streitkräfte. Denn alle Spekulationen über die militärischen Motive für den Startbahnbau lassen sich in zwei einfache Hypothesen zusammenfassen, die wir zu prüfen versucht haben:

– Wenn die nach den vorliegenden militärischen Planungen anfallenden maximalen Flugzahlen die gegenwärtige Kapazität des Frankfurter Flughafens überschreiten, aber mit der Startbahn 18 West zu bewältigen wären, ist ein militärisches Motiv für den Ausbau wahrscheinlich.

– Wenn die geplanten maximalen Flugzahlen hingegen im Rahmen der gegebenen Kapazitäten verarbeitet werden können, ist ein solches militärisches Motiv unwahrscheinlich." (S. 6 f.)

Wie aber diese „geplanten maximalen Flugzahlen" ermitteln? „Um den militärischen Bedarf an einer Ausweitung des Frankfurter Flughafens zu erklären, muß man sich vor allem (!) eine Frage vorlegen: Wieviel Maschinen kann die NATO überhaupt pro Tag über den Atlantik bringen?" (S. 29) Alles weitere ist dann nur noch eine Kombination von Schätzungen und Berechnungen.

Das folgerichtige Ergebnis:
„Die militärische Nutzung des Frankfurter Flughafens zur Verlegung der REFORGER- und CONUS-Einheiten führt zu keinen voraussehbaren Kapazitätsengpässen, die den Bau einer weiteren Startbahn militärisch notwendig machen." (S. 35)

Noch einmal die Pointe: Diejenigen, die davon reden, die Startbahn West sei deshalb nötig, weil bei militärischer Nutzung der Flugplatz im „Ernstfall" aus den Nähten platzt, irren. Selbst bei großzügigster Berechnung werden die Flugzahlen nie so groß werden wie jetzt, in den Zeiten zivilen Luftverkehrs. Die Amis haben gar nicht so viele Flugzeuge, brauchen auch gar nicht so viele usw.

Die Schlichtheit der Argumentation ist beeindruckend, der wissenschaftliche Habitus wirkt seriös, die Rechnung plausibel: das wird seine Wirkung nicht verfehlen – was nun? Weder ein ökonomisches noch ein militärisches „Motiv" für die Startbahn!? Der Gegner mit all seiner Hartnäckigkeit: eine rätselhafte Chimäre. Nun erzähl' mal einer, wie da noch der Kampf gegen die Startbahn gewonnen werden soll!

Der KB fing sich als erster: „Eine Auftragsarbeit der hessischen Landesregierung! Ausschließen könne man das jedenfalls nicht – beweisen leider auch nicht. Sie hätte aber ebensogut von der Regierung sein können." (3)

Die Argumentation dieser Studie ist – wie noch zu zeigen ist – in der Tat unhaltbar; dennoch ist sie eine hervorragende Quelle von Enthüllungen, insbesondere über den Ausbau des militärischen Teils des Flughafens, unverzichtbar zur Begründung der Forderung „Weg mit der US-Air-Base!" Und was die ausdrücklichen politischen Absichten der Verfasser angeht, kann man sie schon selbst beim Wort nehmen. Sie schreiben in ihrer Einleitung: „Unser Ziel ist es, durch Information und Analyse so weit wie möglich zur Entwirrung der Gerüchte beizutragen, die sich um dieses Thema ranken, und so alle Bemühungen um einen rationalen Austrag des Konflikts zu unterstützen. Denn der Konflikt um die Startbahn West ist über das Maß einer normalen scharfen politischen Auseinandersetzung hinaus gesteigert worden, wobei zweifellos beide Seiten die ‚Verhältnismäßigkeit der Mittel' überschritten haben ... Angesichts der Tatsache, daß gewalttätige Provokationen, soweit sie überhaupt von den Startbahngegnern ausgingen, einer vergleichsweise kleinen Gruppe zuzurechnen sind, wirkt auch die Überhöhung des Konflikts zu einer Grundsatzfrage von Regierbarkeit, von prinzipieller Durchsetzbarkeit politischer Entscheidungen, überzogen ... Den Bürgerinitiativen kann nicht daran gelegen sein, politische Positionen auf Gerüchten aufzubauen, die sie u.U. leicht angreifbar und verwundbar machen. Außerdem besteht auch innerhalb der Bürgerinitiativbewegung durchaus Zweifel an der Rede von der NATO-Startbahn, so daß eine gründliche Aufklärung auch für deren inneren Verständigungsprozeß auf jeden Fall sinnvoll erscheint." (S. 1–4)

Ich lese daraus: Getroffen und isoliert werden soll diejenige politische Kraft, deren Aufgabe es ist, über die Bedingungen, den Gang und die Perspektiven der Bewegung gegen die Startbahn aufzuklären, die am stärksten vorantreibende Kraft der Bewegung, die Linke. Getroffen werden *kann* sie, weil sie sich damit begnügt, Gerüchte und Indizien auszuwalzen, anstatt zu untersuchen, welche Rolle der Frankfurter Flughafen und die Startbahn West in der Konfrontation der Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt in Mitteleuropa und an den Flanken Europas spielt. Und in welchem Verhältnis dabei „zivile" und militärische Gesichtspunkte tatsächlich zur Geltung kommen.

Können wir uns bei dieser Aufgabe auf die Studie stützen? Lassen wir vorerst ihre beiden zentralen Hypothesen unberührt und prüfen das, worüber man erfahrungsgemäß zuerst stolpert; die Voraussetzungen ihrer Rechnung.

1. Nur noch 20% nach Frankfurt?

Wie groß ist der Anteil Frankfurts am gesamten Lufttransportaufkommen nach Mitteleuropa? Erfahrunsgemäß, d.h. nach Maßgabe der REFORGER-Manöver, etwas über ein Drittel. Dabei wird es aber nicht bleiben, meint die Studie zu wissen. In Zukunft sollen es nur noch rund 20% sein. Begründung: Es müßte „für den zügigen Aufbau des neuen US-Corps im Nordabschnitt eine stärkere Dislozierung auf Flughäfen in diesem Abschnitt erfolgen ... Dort werden 3–4, im Mittel- und Südabschnitt nur 2 US-Divisionen eingeflogen." (S. 33)

Die Verstärkung für den Nordabschnitt ist seit 1977, seit dem Aufbau der Garnison Garlstedt, eine bekannte Planungsgröße. Die in der Studie genannten Zahlen jedoch müssen aus einer ganz frischen Quelle gezapft sein. Eine gewisse Skepsis sei gestattet, da sie meines Wissens noch nirgendwo anders publiziert wurden. Bislang jedenfalls ging man davon aus, es handele sich um 7 US-Divisionen: 4 davon vollständig in der BRD stationiert, 3 weitere in den USA, mit jeweils einer Brigade als „Vorauskommando" in der BRD. Nur eine davon im Norden, eben in Garlstedt. Das hieße: zwei Brigaden müßten nach Norddeutschland, aber vier oder gar sechs nach Mittel- und Süddeutschland eingeflogen werden. Wohin die drei neuen Divisionen sollen, deren Gerät ab 1985 vorauseingelagert wird, war meines Wissens noch nicht herausgelassen.

2. Kein Kampfflughafen?

Eine weitere Voraussetzung mit erheblichen Auswirkungen wird ganz kommentarlos gemacht: Die Rhein-Main Air Base „ist kein Kampfflughafen, sondern dient ausschließlich dem Personal- und Güterverkehr". Ist das nun eine empirische Feststellung oder eine bindende Vorschrift auch für Kriegszeiten? Die Frage ist so blöde nicht, denn die Studie schließt umstandslos eine mögliche Nutzung der Air Base für die taktische Luftwaffe aus. Das aber wäre eine höchst ungewöhnliche Praxis für Militärflughäfen unter Kriegsbedingungen. Siehe zuletzt Vietnam! Dazu sollte man wissen: Seit 1980 ist die US-Regierung eifrig bemüht, den Alliierten Lande- und Aufnahmerechte insbesondere für die taktische Luftwaffe auf 74 zusätzlichen europäischen Flugplätzen abzupressen. Es handelt sich, wohlgemerkt, um zivile Flugplätze. Die Einsatzflugplätze platzen auch ohne Verstärkung der Verbände bereits aus den Nähten. Ausserdem liegen sie noch vorzüglich tief gestaffelt im Hinterland – für offensive Operationen jedoch ein erhebliches Handicap.

Flugfrequenzen bei einer Verstärkung der NATO durch Lufttransport, gemessen an der zur Verfügung stehenden Kapazität

I Flugzeugtyp	II Zahl	II abz. 20% (3)	IV Zeit f. Hin- u. Rückflug (Std.)	V Nutzungsrate (Std./Tag)	VI Hin- u. Rückflug/Tag f. d. einz. Masch.	VII wie VI, alle Maschinen
C-5	120	96	16.54	12,5	0,76	73
C-141	234	187	17.39	12,5	0,72	135
C-130 (aktiv)	170	136	27.23	8,0	0,29	40
C-130 (Reserve) (1)	280	224	27.23	8,0	0,29	65
CRAF III (2) Passagier	231	185	15.91	10,0	0,66	122
Fracht	111	89	15.91	10,0	0,66	59
CRAF (2) Europa	380	380	15.91	10,0	0,66	251
Summe	1526	1297				745

(1) Reserve von Air Force und Nationalgarde – (2) CRAF (Civil Reserve Air Fleet): Unter diesem Kommando wird der Flugzeugpark der zivilen Fluggesellschaften in 3 Stufen konfisziert. Es wird angenommen, daß die Flotten zu 50% aus B-747 und vergleichbaren Typen, zu 50% aus B-707 und vergleichbaren Typen bestehen. Für die europäischen CRAF-Flugzeuge werden dieselben Charakteristika angenommen. – (3) für Versorgung und Verstärkung anderer Schauplätze und Reserve

Zur Veranschaulichung: „Auf dem Hauptstützpunkt der TACAIR (taktische Luftwaffe) in der BRD, in Ramstein Air Base gestartete Flugzeuge hätten auf ihrem Flug Richtung Osten auf dem Längengrad Frankfurts bereits über 110 km hinter sich. Nun kann z.B. die F-16 ohne Zusatztanks immerhin 2100 km weit fliegen, mit maximaler Waffenlast im Tiefflug aber nur 193 km. Und die zur Zeit auf britischen Flugplätzen stationierten ‚Panzerknacker' A-10 haben einen ‚Erdkampfunterstützungsradius' von 463 km. Selbst von Ramstein aus gestartet, würden sie nicht einmal bis Dresden vordringen, von Frankfurt aus aber Aufmarschräume von Panzerverbänden am Südostabschnitt der Grenzen DDR – Polen angreifen können." (4) Selbst wenn Rhein-Main zum größten Teil in Schutt und Asche liegen sollte, wäre jeder rund 1,5 km lange unversehrte Pistenabschnitt eine Einladung zum „Mißbrauch" des Personal- und Güterverkehrsflughafens durch die taktische Luftwaffe. In jedem dieser Fälle stürzt die sorgfältige Berechnung der Studie wie ein Kartenhaus ein.

3. Kriegsmäßige Nutzungsrate?

Die Studie rechnet mit den offiziellen Daten über die Nutzungsrate der diversen Flugzeugtypen (siehe V. in der Tabelle). Die Nutzungsrate der Kampfflugzeuge, ihre Einsatzdauer pro Tag, das ist eine der Zahlen, denen im Kriege das höchste Interesse wie auch der größte Ehrgeiz der Geschwaderkommodores gilt. Nicht anders bei den Transportverbänden. Kein Hahn kräht danach, wenn diesbezügliche Vorschriften ignoriert werden, solange es nur Erfolg hat. Die Berichte über die Berliner Luftbrücke lesen sich wie ein Dokument dieser Praxis. Improvisiert wurde auf Biegen und Brechen: Piloten 26 Stunden hinterm Knüppel, ohne Schlaf; die Maschinen bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit ausgereizt. Soll das mit einem Mal anders werden, wenn es dazu noch um mehr geht als während der Berlin-Blockade? Militärs werden sich jedenfalls hüten, die offiziellen Nutzungsraten in solche Rechnungen einfließen zu lassen, aus denen am Ende zu geringe Start- und Landekapazitäten für sie herauskommen.

Als kleinlich wird man diese Kritik wohl nicht abtun können, wenn man bedenkt, daß bereits eine 25%ige Erhöhung der Nutzungsrate der vom HSFK ausgeführten Maschinen eine um rund 22% größere Flugfrequenz ermöglicht. Statt 745 wären es dann 907 Flüge.

4. Und keine Kriegsfolgen?

Die größte Beruhigung geht jedoch von einer anderen Leerstelle der Studie aus: Es gibt keinen Krieg – wenigstens wird dann nicht scharf geschossen. Kein Flugplatz bombardiert, kein schlagartiges Zusammenziehen von Flugbewegungen auf den verbliebenen Plätzen; alles läuft, wie geplant: nach Hamburg soundsoviel Maschinen, nach Frankfurt soundsoviel – wie nach dem zuverlässigen Flugplan der Lufthansa. Dazu fällt mir nichts mehr ein.

Auch auf die Gefahr hin, als Nicht-Kriegsteilnehmer neunmalklug zu erscheinen: die Verfasser der Studie sind die Sache bestenfalls wie Betriebswirtschaftler angegangen; von militärischen Belangen haben sie offenbar keine Ahnung. Wer wollte ihnen daraus einen Vorwurf machen – hätten sie sich nicht selbst auf dieses Pflaster begeben? Oder aber paßten ihnen die hier gemachten Erwägungen nicht in den Kram?

Nach dem Verständnis ihrer Verfasser steht und fällt die Studie allererst mit einer Argumentation, die in der nächsten KVZ kritisch überprüft werden soll: das „Kernstück" ihrer Untersuchung, die Frage der Lufttransportmöglichkeiten der US-Streitkräfte.

(1) HSFK-Forschungsbericht 1/1982. Harald Müller / Hans-Joachim Schmidt. Titel s.o. März 1982, Frankfurt
(2) Siehe z.B. „Anti-Startbahn Info Nr. 5. Was hat die Startbahn mit dem 3. Weltkrieg zu tun?"
(3) Sinngemäß auf einer Veranstaltung einer Frankfurter Initiative, kurz nach Erscheinen der Studie
(4) „US-Verstärkung für Mitteleuropa"; in: „Revolutionäre Volksbildung" 9/81, S. 26

Verzicht auf Ersteinsatz von Atomwaffen durch USA?

gkr. Vier angesehene amerikanische Politiker stellen die Nato-Strategie der „flexible response“ in Frage. McGeorge Bundy (Sicherheitsberater) und Robert McNamara (Verteidigungsminister) gehörten zur ersten Garde unter Kennedy und Johnson, Georg Kennan, ehemals Botschafter in Moskau, wurde berühmt als Erfinder der „Eindämmungspolitik“ gegenüber der Sowjetunion in den 40er Jahren, Gerald C. Smith leitete die Delegation der USA bei den SALT-Verhandlungen. Sie fordern in einem Aufsatz der Zeitschrift „foreign affairs“ den Verzicht auf den Ersteinsatz nuklearer Waffen und damit die Aufgabe der Nato-Doktrin der „flexiblen Antwort“. Denn diese geht davon aus, daß jeweils, je nach Eskalationsstufe, die USA (bzw. die NATO) die passende Antwort bei einer Aggression der SU wählen werde. Und da die Nato davon ausgeht, daß sie in Europa konventionell unterlegen ist, heißt dies auf jeden Fall die Möglichkeit des Ersteinsatzes von Atomwaffen durch die USA. Diese Strategie hatte Haig fast zum selben Zeitpunkt nochmals bestätigt. Die 4 Politiker gehen davon aus, daß, im Gegensatz zur Auffassung der Reagan-Regierung, der Einsatz von Atomwaffen ein unkalkulierbares Risiko darstellt. Sie fordern aber in ihrem Vorschlag gleichzeitig eine drastische Erhöhung der konventionellen Rüstung vor allem der europäischen Nato-Staaten, um die konventionelle Überlegenheit der Sowjetunion auszugleichen.

Gewerkschaftskritik an französischen Sozialisten

kvz. Die staatseigene Renault-Gruppe, und damit letztendlich die Regierung, hat über Ostern beschlossen, fast 7000 Arbeiter auszusperren. Dies ist die Reaktion auf einen Lohn-Streik von 1200 vor allem ausländischen Montagearbeitern an den Renault 5- und Renault 18-Bändern. Die Gewerkschaften bereiten Gegenmaßnahmen vor. – Ebenfalls wird von den Gewerkschaften jetzt die Verordnung zur Verkürzung des Rentenalters auf 60 Jahre kritisiert. Hierbei soll ein Arbeiter ab dem 1.4.83 eine Rente in Höhe von 50% seines Einkommens während seiner 10 besten Gehaltsjahre bekommen, wenn er mit 60 in Rente geht. Dies bedeutet eine Verschlechterung gegenüber der jetzt gültigen Regelung zwischen Unternehmern und Gewerkschaften, wonach bei Renteneintritt mit 60 der Arbeiter bis zum Alter von 65 einen Anspruch auf 70% des Bruttogehalts der letzten drei Monate hat. Die Regierung will, daß der finanzielle Verlust durch ein tarifvertragliches System von Zusatzrenten aufgefangen wird. Bei Inkrafttreten der Verordnung ist nun evtl. mit Erhöhungen der Rentenbeiträge zu rechnen. Die Möglichkeiten, mit der neuen Verordnung neue Ar-

Nato-Staaten, um die konventionelle Überlegenheit der Sowjetunion auszugleichen.

Gewerkschaftskritik an französischen Sozialisten

kvz. Die staatseigene Renault-Gruppe, und damit letztendlich die Regierung, hat über Ostern beschlossen, fast 7000 Arbeiter auszusperren. Dies ist die Reaktion auf einen Lohn-Streik von 1200 vor allem ausländischen Montagearbeitern an den Renault 5- und Renault 18-Bändern. Die Gewerkschaften bereiten Gegenmaßnahmen vor. – Ebenfalls wird von den Gewerkschaften jetzt die Verordnung zur Verkürzung des Rentenalters auf 60 Jahre kritisiert. Hierbei soll ein Arbeiter ab dem 1.4.83 eine Rente in Höhe von 50% seines Einkommens während seiner 10 besten Gehaltsjahre bekommen, wenn er mit 60 in Rente geht. Dies bedeutet eine Verschlechterung gegenüber der jetzt gültigen Regelung zwischen Unternehmern und Gewerkschaften, wonach bei Renteneintritt mit 60 der Arbeiter bis zum Alter von 65 einen Anspruch auf 70% des Bruttogehalts der letzten drei Monate hat. Die Regierung will, daß der finanzielle Verlust durch ein tarifvertragliches System von Zusatzrenten aufgefangen wird. Bei Inkrafttreten der Verordnung ist nun evtl. mit Erhöhungen der Rentenbeiträge zu rechnen. Die Möglichkeiten, mit der neuen Verordnung neue Ar-
beitsplätze zu schaffen, werden auch von den Gewerkschaften skeptisch beurteilt.

Vorsitzender der FDR richtet Appell an Duarte

kvz. Der Vorsitzende der Revolutionären Demokratischen Front El Salvadors, FDR, Ungo, hat in einer Rede auf einem „Forum zu El Salvador“, das in Rom stattgefunden hat, einen Appell an den salvadorianischen Staatspräsidenten Duarte gerichtet. Er forderte ihn auf, zu einer „umfassenden pluralistischen Verhandlungslösung“ beizutragen, indem er mit der FDR in Verhandlungen tritt. Ungo meinte, die Christdemokraten in El Salvador stünden vor der Entscheidung, sich entweder der Rechten zu unterwerfen oder im Interesse des Volkes von El Salvador mit der Linken Verbindung aufzunehmen. Ungo kritisierte zugleich den Aufruf des Erzbischofs von San Salvador an die Guerilla, die Waffen niederzulegen, es sei eine Aufforderung, sich in die Hände der Todesschwadronen zu begeben und entspreche nicht der komplizierten Lage, die nach den Wahlen im Lande entstanden sei. – Die USA haben die Sozialistische Internationale kritisiert, daß sie „mit zweierlei Maß“ die Lage in Zentralamerika messe. Das Präsidium der SI hatte die Wahlen in El Salvador verurteilt.

Konferenz der Außenminister der Blockfreien beendet

kvz. Die Konferenz der Außenminister der Blockfreien Staaten hat ihre Beratungen am vergangenen Donnerstag in Kuweit abgeschlossen. Wichtigstes Thema war die Lage im Krieg zwischen Iran und Irak. Die Konferenz appellierte an beide Staaten, die Kriegshandlungen zu beenden. Die Auseinandersetzung um dieses Problem bedroht die Einheit der Blockfreien, da die nächste Gipfelkonferenz in Bagdad, Irak, stattfinden soll und Iran und mit ihm eine Reihe weiterer Mitglieder die irakische Hauptstadt als Tagungsort ablehnen. – Die Außenministerkonferenz verurteilte Israels Politik in den besetzten Gebieten und betonte ihre Unterstützung der PLO. Die Teilnahme Ägyptens an der Konferenz, nachdem im Anschluß an die Camp David Verträge versucht worden ist, seine Mitgliedschaft einzufrieren, wurde begrüßt. Ägypten ist Gründungsmitglied der Blockfreienbewegung.

Fortsetzung im Madrider Putschprozeß

kvz. Das oberste spanische Militärgericht verhandelt seit 7 Wochen über die Verantwortlichen für den letztjährigen Putschversuch. Die Verhandlungen sind jetzt in die Zeugenvernehmung eingetreten. Da bei der Zeugenvernehmung zumindest etwas offener die Hintergründe des Putsches zur Sprache kamen, provozierten 4 der Angeklagten sofort einen Skandal. Weil ein Zeuge die Angeklagten mit Flugzeugentführern verglich, verließen 4 der

tungen am vergangenen Donnerstag in Kuweit abgeschlossen. Wichtigstes Thema war die Lage im Krieg zwischen Iran und Irak. Die Konferenz appellierte an beide Staaten, die Kriegshandlungen zu beenden. Die Auseinandersetzung um dieses Problem bedroht die Einheit der Blockfreien, da die nächste Gipfelkonferenz in Bagdad, Irak, stattfinden soll und Iran und mit ihm eine Reihe weiterer Mitglieder die irakische Hauptstadt als Tagungsort ablehnen. – Die Außenministerkonferenz verurteilte Israels Politik in den besetzten Gebieten und betonte ihre Unterstützung der PLO. Die Teilnahme Ägyptens an der Konferenz, nachdem im Anschluß an die Camp David Verträge versucht worden ist, seine Mitgliedschaft einzufrieren, wurde begrüßt. Ägypten ist Gründungsmitglied der Blockfreienbewegung.

Fortsetzung im Madrider Putschprozeß

kvz. Das oberste spanische Militärgericht verhandelt seit 7 Wochen über die Verantwortlichen für den letztjährigen Putschversuch. Die Verhandlungen sind jetzt in die Zeugenvernehmung eingetreten. Da bei der Zeugenvernehmung zumindest etwas offener die Hintergründe des Putsches zur Sprache kamen, provozierten 4 der Angeklagten sofort einen Skandal. Weil ein Zeuge die Angeklagten mit Flugzeugentführern verglich, verließen 4 der
Putschisten aus Protest den Saal, obwohl der Gerichtspräsident ihnen dies verboten hatte.

Kampuchea: Der Krieg wird sich noch lange hinziehen

cof. Seit Dezember letzten Jahres und verstärkt in den letzten Wochen versuchen die vietnamesischen Besatzungstruppen in der bisher größten Offensive ihre Kontrolle des Demokratischen Kampuchea so weit auszudehnen, daß sie ihre vorgeschobenen Stellungen auch in der Regenzeit halten können. Daß sie nicht wie in den vergangenen Jahren seit dem Überfall im Januar 1979 in ihre Garnisonen zurückkehren wollen, sieht man an den Vorbereitungen für Hubschrauberlandeflächen und Blockhäuser. Noch etwa sechs Wochen bleiben ihnen zum Ausbau dieser Stellungen, danach – möglichst bald, so hoffen Armee und Guerilla des Demokratischen Kampuchea – wird der Monsun den Dschungel für das schwere Gerät der Vietnamesen, für Panzer und Kanonen unpassierbar machen. Ihre Taktik, damit fertigzuwerden, birgt aber auch Gefahren.

Schon in der gegenwärtigen Trokkenzeit hat sich gezeigt, daß sie nicht mehr hauptsächlich im Schützengraben vorstoßen, sondern beweglicher kämpfen, was ihnen einige Eroberungen eingebracht hat, wovon wieder vermehrte Flüchtlingsströme zeugen. Auf der anderen Seiten setzen sie sich damit aber gerade den Angriffen der Guerilla aus, und in einigen Monaten könnten sie in ihren befestigten Stellungen leicht eingekesselt werden.

Betrachtet man die Karte, so scheint es keiner der beiden Seiten gelungen zu sein, eine qualitative Änderung der militärischen Lage erreicht zu haben. Die Vietnamesen haben nach thailändischen Schätzungen ein Drittel ihrer Operationskapazitäten verloren, haben aber mit dem Nachschub von immer besser ausgerüstetem Material aus der Sowjetunion keine Probleme, eher mit den Menschen. Die Desertionsrate liegt über allen bekannten Zahlen anderer Armeen. Vor allem junge Soldaten aus dem südlichen Vietnam können sich mit dem Kriegsziel nicht identifizieren und versuchen, nach Hause zu kommen, wo ihnen die Rückkehr an die Front oder Arbeitslager droht, wenn sie entdeckt werden. Andere laufen zu den Khmer über, nachdem sie sich zu zweit oder zu dritt, das Gewehr in die Luft gerichtet, den feindlichen Linien genähert haben. Die Angriffe der Besatzerarmee werden gerade wegen ihrer Bedrängnis – zwischen Oktober und Dezember letzten Jahres rückte die Guerilla weiträumig vor – um so heftiger.

Zynisch, daß sie dabei nicht nur die alten Khmer-Tempelkomplexe von Preah Vihear im Norden des Landes verwüstet, wo doch die Propaganda gegen die „Leute Pol Pots“ gerade vor kurzem sich an der angeblichen Schändung der Angkor-Monumente hochzog, die Ende 1978 noch als gepflegt besichtigt werden konnten. Zynisch vor allem der gewaltig verstärkte Einsatz chemischer Waffen in verschiedensten Formen, denen nach Belagerung und Hungerkatastrophen nun immer mehr Menschen zum Opfer fallen. Vor allem Kinder sterben nach wenigen Tagen unter unvorstellbaren Schmerzen.

Auf zahllose Anfragen des amerikanischen Kongresses hin hat die US-Administration jetzt eine 32 Seiten umfassende Zusammenfassung über den Einsatz chemischer Kampfstoffe, die meist von Flugzeugen aus als gelber, roter oder weißer Regen versprüht aber auch als Granaten verschossen werden, erstellt. Die Studie, die sich auf Berichte des Pentagon sowie des CIA – in solchen Angelegenheiten meist recht zuverlässig – stützt, spricht von mindestens 432 chemischen Angriffen seitens der Sowjetunion und ihrer Verbündeten in Afghanistan und Indochina, denen seit 1975 mehr als 10000 Menschen zum Opfer gefallen seien. Die verwendeten Gifte, teils altbekannt, teils noch nicht ganz analysiert, haben unterschiedliche Wirkung. Der tödliche Regen zerstört die Zellen im Knochenmark, der Lymphknoten und anderer Organe und läßt die Blutgefäße platzen. Das Blut gerinnt nicht mehr. Pflanzen, Tiere und Menschen sterben wahnsinnig schnell.

Andere Gifte wirken nicht ganz so heftig, führen erst zu Augen- und Nasenbrennen, Atemnot, leichten inneren Blutungen und, falls nicht mit Opium behandelt werden kann, nach 10 oder 12 Tagen zum Tod. Der chemische Krieg zwecks Befreiung des Landes von seinen Bewohnern erstreckt sich aber auch auf die Verseuchung der Wasserreservoire und der Lebensmittel, ausgeführt von männlichen und weiblichen Agenten, die sich unter Flüchtlinge mischen oder zwischen den Marktständen tätig werden. Das schüchtert natürlich ein, nährt aber auch den Haß, weshalb so viele Kampucheaner immer wieder in die bewohnten Dörfer nahe der Grenze auf kampucheanischem Territorium zurückkehren, trotz des Mangels an Versorgungsmitteln.

Nachdem vor drei Wochen ein bedeutender Stützpunkt der Nationalen Befreiungsfront Son Sanns massiv beschossen und auch mit gelbem Regen bedacht worden ist, wird in den USA spekuliert, der eine Emigrant könne inzwischen vielleicht eher bereit sein, in Koalitionsverhandlungen mit den Kräften des Demokratischen Kampuchea und Sihanouks einzutreten. Daß die Vereinigung der Khmer-Gruppen vorankommt, ist vor allem politisch wichtig, um zu verhindern, daß Vietnam und seine Marionetten in Phnom Penh einfach durch die Gewöhnung der Weltöffentlichkeit an einmal geschaffene Tatsachen Arrangements mit westeuropäischen Mächten erreichen, wie sie sich von Seiten Frankreichs, Großbritanniens und Belgiens schon andeuten.



Khieu Samphan, Premierminister des Demokratischen Kampuchea bei Dorfbewohnern. – In diesen Dörfern längs der Grenze sind die Leiden und Opfer der Landbevölkerung besonders groß. Oft schon zur Flucht gezwungen, kehren sie doch immer wieder zurück. – Anläßlich des 13. April, des Neujahrstages der

mehrte Flüchtlingsströme zeugen. Auf der anderen Seiten setzen sie sich damit aber gerade den Angriffen der Guerilla aus, und in einigen Monaten könnten sie in ihren befestigten Stellungen leicht eingekesselt werden.

Betrachtet man die Karte, so scheint es keiner der beiden Seiten gelungen zu sein, eine qualitative Änderung der militärischen Lage erreicht zu haben. Die Vietnamesen haben nach thailändischen Schätzungen ein Drittel ihrer Operationskapazitäten verloren, haben aber mit dem Nachschub von immer besser ausgerüstetem Material aus der Sowjetunion keine Probleme, eher mit den Menschen. Die Desertionsrate liegt über allen bekannten Zahlen anderer Armeen. Vor allem junge Soldaten aus dem südlichen Vietnam können sich mit dem Kriegsziel nicht identifizieren und versuchen, nach Hause zu kommen, wo ihnen die Rückkehr an die Front oder Arbeitslager droht, wenn sie entdeckt werden. Andere laufen zu den Khmer über, nachdem sie sich zu zweit oder zu dritt, das Gewehr in die Luft gerichtet, den feindlichen Linien genähert haben. Die Angriffe der Besatzerarmee werden gerade wegen ihrer Bedrängnis – zwischen Oktober und Dezember letzten Jahres rückte die Guerilla weiträumig vor – um so heftiger.

Zynisch, daß sie dabei nicht nur die alten Khmer-Tempelkomplexe von Preah Vihear im Norden des Landes verwüstet, wo doch die Propaganda gegen die „Leute Pol Pots“ gerade vor

deten Gifte, teils altbekannt, teils noch nicht ganz analysiert, haben unterschiedliche Wirkung. Der tödliche Regen zerstört die Zellen im Knochenmark, der Lymphknoten und anderer Organe und läßt die Blutgefäße platzen. Das Blut gerinnt nicht mehr. Pflanzen, Tiere und Menschen sterben wahnsinnig schnell.

Andere Gifte wirken nicht ganz so heftig, führen erst zu Augen- und Na-

die Vereinigung der Khmer-Gruppen vorankommt, ist vor allem politisch wichtig, um zu verhindern, daß Vietnam und seine Marionetten in Phnom Penh einfach durch die Gewöhnung der Weltöffentlichkeit an einmal geschaffene Tatsachen Arrangements mit westeuropäischen Mächten erreichen, wie sie sich von Seiten Frankreichs, Großbritanniens und Belgiens schon andeuten.



Khieu Samphan, Premierminister des Demokratischen Kampuchea bei Dorfbewohnern. – In diesen Dörfern längs der Grenze sind die Leiden und Opfer der Landbevölkerung besonders groß. Oft schon zur Flucht gezwungen, kehren sie doch immer wieder zurück. – Anläßlich des 13. April, des Neujahrstages der
Khmer, hat die Vertretung des Demokratischen Kampuchea bei der UNESCO in Paris erneut um die Fortsetzung unserer materiellen und finanziellen Unterstützung gebeten.

Programmdiskussion in der KP Niederlande

Aufheben will die Kommunistische Partei der Niederlande (CPN) ihr Parteiprogramm von 1946. Seit Ende letzten Jahres wird ein Programmentwurf diskutiert. Die folgenden Auszüge können natürlich nur einen allgemeinen oberflächlichen Eindruck über bestimmte Positionen vermitteln. Die CPN hat sowohl den Einmarsch in der CSSR wie auch die Verhängung des Kriegsrechts in Polen verurteilt.

Auszüge aus: „Zielsetzung und Zukunftsvorstellungen der Niederländischen Kommunisten“, Programmentwurf der CPN.

„Im Laufe der Jahre ist deutlich geworden, daß viele nicht vorhersehbare Entwicklungen nicht erklärt werden können, indem alte Begriffe und Denkvorstellungen benutzt werden. Solche dogmatische Verkrampfung hat zu Krisenerscheinungen in der internationalen kommunistischen Bewegung geführt ... Es geht um Fragen wie die der Umwelt, der Atomenergie, der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und der Infrastruktur sowie der modernen Formen der Teilung der Arbeit. Alle diese Fragen sind auch in unserem Land ohne große, kampfstarke Massenbewegungen aufgeworfen worden. Daraus folgen neue Dimensionen für das Eintreten für gesellschaftliche Veränderungen ...

Forderung des Friedens ist: die Herstellung von Unabhängigkeit, Souveränität, Sicherheit, eigene Landesverteidigung ... auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz und Nichteinmischung muß ein Weg eingeschlagen werden zur Abschaffung der militärischen Blöcke, wobei eigene Schritte von Ländern der NATO und des Warschauer Paktes von großer Bedeutung sein werden ... Zusammen mit der politischen und militärischen Unterordnung im NATO-Rahmen werden die Niederlande auch ökonomisch an die Fesseln gelegt ... verfestigt sich der Zugriff der Monopole und multinationalen Unternehmungen auf die Ökonomie und die gesamten nationalen Belange. Die Errichtung der EG dient den Zielen der Multis. Obendrein werden die kleinen europäischen Länder dem Kommando der größeren unterworfen ... Betriebe und Betriebszweige, die für die nationale Ökonomie von vitaler Bedeutung waren, verwahrlosten und wurden beseitigt. Im letzten Jahrzehnt sind die Positionen der mächtigsten monopolistischen Unternehmungen in der Industrie, im Handel und im Bankwesen in breitem Maße verstärkt. Sie bauten in unserem Land eine bislang nicht bekannte Macht, ein eigenes Imperium auf.

Im Kampf für den Fortschritt haben die verschiedenen Schichten der Arbeiterklasse einander nötig. Es sollen keine abstufenden Prioritäten gelten. Die CPN strebt nach der Einheit der gesamten Arbeiterklasse und nach Koordination im Kampf für progressive, demokratische und sozialistische Ziele ...

Die CPN stellt in ihrem Eintreten für gesellschaftliche Veränderungen und für den Sozialismus den parlamentarisch-demokratischen Weg voran. Sie will die parlamentarische Demokratie von den Ketten befreien, die durch das große Kapital angelegt worden sind ...

In ihrem Eintreten für demokratische Erneuerungen geht die CPN vom niederländischen Grundgesetz aus, die Gleichheit aller Bürger anerkennt, Diskriminierung, in welcher Form auch immer, abweist, wichtige Grundrechte garantiert, wie Gewissens- und Religionsfreiheit, Recht auf Bildung, Briefgeheimnis, Freiheit der Meinungsäußerung, der Beratung und Vereinigung ...

Die durch tiefe Krisen gekennzeichnete kapitalistische Gesellschaft stellt die Arbeiterbewegung vor die entscheidende Aufgabe, in Punkten wie Arbeitslosigkeit, Lebensqualität, neue Technologie und Reformierung und Wiederherstellung der Wirtschaft eigene Ziele zu formulieren ... Der Übergang zu einer sozialistischen Ökonomie wird eine phasenweise Veränderung der sozial-ökonomischen Beziehungen, Verhältnisse und Produktionsweisen beinhalten. Von fundamentaler Bedeutung dabei ist das Auftreten gegen undemokratische Verhältnisse und das Aufwerfen neuer Machtpositionen und Beschlußrechte der arbeitenden Bevölkerung. Dies bahnt den Weg für die Veränderung des sozial-ökonomischen Terrains ...

Vollständige und vollwertige Arbeitsplätze, Gleichstellung von Mann und Frau ... Einkommensverteilung, die Privilegien beseitigt und auf Bedürfnisbefriedigung zielt ... Verbesserung der sozialen Sicherheit und Rechte ... Verkürzung des Arbeitstages ... sauberer und mäßiger Gebrauch der natürlichen Ressourcen ... Änderung der Militärproduktion in Friedensproduktion, Verzicht auf Kernenergie.

Der Sozialismus muß als ein fortdauernder, in Bewegung befindlicher Prozeß der Gesellschaft verstanden werden, mit eigener Dynamik, geöffnet für Erneuerung, für die Ideen der Menschen, in Bewegung und als Einzelne. Die Garantie dafür ist die parlamentarisch-sozialistische Staatsform ...

Eine erstarrte und hohle Auffassung des demokratischen Zentralismus muß überwunden werden ... In diesem Geist wird nach Entfaltung der Demokratie in der Partei gestrebt, wobei ohne Intoleranz gegenüber Minderheitsmeinungen, Mehrheitsbeschlüsse Gültigkeit haben ... Die Beschlußfassung soll sich in der Hauptseite auf Hauptorientierungspunkte richten, die von Bedeutung sind für das Auftreten der Partei ... Solcherlei Beschlußfassung dient nicht dazu, Auffassungen zu negieren und Gedankenaustausch zu behindern, sondern um in Einheit handeln zu können ...“

Sozialismus und der Nord-Süd-Konflikt

Die Forderungen für eine neue Weltwirtschaftsordnung sind keine Zauberformel

Von Theo Mehlen

Faßt man die Forderungen der Dritten Welt für eine neue Weltwirtschaftsordnung zusammen, so können sie grob in folgende Kategorien eingeteilt werden: 1. Forderungen, die eine neue internationale Arbeitsteilung herbeiwünschen, vor allem Forderungen zugunsten der Industrialisierung der Länder der Dritten Welt einschließlich der internationalen Unterstützung des Aufbaus von Infrastruktur und Erschließung von Energiequellen. Technologietransfer soll die Produktion effektiver machen. Die Warenexporte sollen durch Öffnung der Märkte der Industrieländer gefördert werden. 2. Garantien der Souveränität über die Ausbeutung der eigenen Ressourcen. In diesem Sinne Entwicklung von international gültigen Verhaltensrichtlinien für multinationale Konzerne. 3. Beseitigung der Machtlosigkeit der Entwicklungsländer in internationalen Gremien. 4. Stabilisierung der Exporteinnahmen, vor allem durch Etablierung eines integrierten Rohstoffprogramms. 5. Allgemeine finanzielle Hilfen in der Verfügung der Dritten Welt. Verbesserung der Kreditbedingungen. Reform des Währungssystems.

Alle Forderungen sollen nach den Worten der Vertreter der Dritten Welt zu einer gerechten internationalen Arbeitsteilung und zur Entwicklung dieser Länder führen. Skepsis ist jedoch angebracht.

Zunächst sollte man sich keine falschen Vorstellungen über den Charakter der Ökonomien der Entwicklungsländer machen. Falsch ist z.B. die Auffassung, daß sich die Entwicklungsländer in einem Zustand befinden, wie er für die heutigen Industrieländer zu einem früheren Zeitpunkt kennzeichnend war. Daraus könnte gefolgert werden, daß ihre Aufgabe nun ein Nachholen eben der Entwicklung sei, die die Industrieländer schon durchgemacht haben. Demnach wäre die Beschaffung von Kapital und Technologie das Entscheidende, um mit diesen Mitteln die Industrie allseitig zu entwickeln. Frei verfügbare Arbeitskräfte wären genügend vorhanden. Demnach wäre die Forderungen für eine neue Weltwirtschaftsordnung auch direkt auf Entwicklung gezielt, weil es ja hierbei zum großen Teil um Bereitstellung von Ressourcen geht.

Bedingung für die Entwicklung des Kapitalismus in den europäischen Ländern war aber nicht einfach nur Akkumulation von Kapital und Freisetzung von Arbeitskraft. Wesentlich ist zusätzlich, daß die Ökonomie zu einer sich gegenseitig nach vorne treibenden Beziehung zwischen der Produktion von Massenkonsumgütern und Produktionsmitteln fand. Eben das und weniger Geldkapital und freie Arbeitskraft ist für die heutige Dritte Welt das

länder machen. Falsch ist z.B. die Auffassung, daß sich die Entwicklungsländer in einem Zustand befinden, wie er für die heutigen Industrieländer zu einem früheren Zeitpunkt kennzeichnend war. Daraus könnte gefolgert werden, daß ihre Aufgabe nun ein Nachholen eben der Entwicklung sei, die die Industrieländer schon durchgemacht haben. Demnach wäre die Beschaffung von Kapital und Technologie das Entscheidende, um mit diesen Mitteln die Industrie allseitig zu entwickeln. Frei verfügbare Arbeitskräfte wären genügend vorhanden. Demnach wäre die Forderungen für eine neue Weltwirtschaftsordnung auch direkt auf Entwicklung gezielt, weil es ja hierbei zum großen Teil um Bereitstellung von Ressourcen geht.

Bedingung für die Entwicklung des Kapitalismus in den europäischen Ländern war aber nicht einfach nur Akkumulation von Kapital und Freisetzung von Arbeitskraft. Wesentlich ist zusätzlich, daß die Ökonomie zu einer sich gegenseitig nach vorne treibenden Beziehung zwischen der Produktion von Massenkonsumgütern und Produktionsmitteln fand. Eben das und weniger Geldkapital und freie Arbeitskraft ist für die heutige Dritte Welt das eigentliche Problem.

Tendenzen der internationalen Arbeitsteilung

Ein kurzer Blick in die Geschichte der internationalen Arbeitsteilung und der Gesellschaften der Dritten Welt ist angebracht. In der Herstellung des Weltmarktes dringt der Kapitalismus in fremde Gesellschaften ein, zerstört deren gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß, der zwar auf niedriger Stufenleiter stand, aber in sich funktionierte. Das Handwerk wurde durch die billigen Fertigwaren ruiniert, eine internationale Arbeitsteilung zwischen den kapitalistischen Ländern und den Kolonien etabliert, die im wesentlichen auf dem Austausch von Fertigwaren gegen Rohstoffe beruhte. In den Kolonien stagnierte die Subsistenzwirtschaft, während der Exportsektor expandierte: sowohl landwirtschaftliche wie auch bergbauliche Rohstoffe wurden produziert, die exportiert den herrschenden Klassen Mittel in die Hand gaben, um Luxusgüter aus den Industrieländern zu importieren. Sobald diese Kolonien unabhängig wurden, konnten sie mehr und mehr versuchen, nun eine eigene Industrie aufzubauen. Die Strategie, die dabei zunächst vor allem von den südamerikanischen Ländern ab den 30er Jahren verfolgt wurde, war die sogenannte Importsubstitution. D.h. diese Länder gingen dazu über, die bisher importierten Waren selber zu prodzieren und diese Produktion durch Schutzzölle abzusichern. In einer zweiten Phase dieser Strategie gingen sie auch dazu über, langlebige Verbrauchsgüter wie Autos, Fernseher (in der Dritten Welt tatsächlich Luxusgüter) zu produzieren. In beiden Fällen mußte für diese Produktion aber die Maschinerie aus den Industrieländern importiert werden, oder es mußten multinationale Konzerne zum Kapitalexport eingeladen werden, weil diese Länder selber überhaupt nicht über eine entsprechende Produktionsmittelindustrie verfügen. Somit trat an die Stelle der alten Arbeitsteilung zunehmend eine neue, die aber nichts an der Unterentwicklung änderte. Vor allem für die zweite Phase wurden für die multinationalen Konzerne freie Produktionszonen errichtet, in denen sie sich frei bewegen konnten.

In der letzten Zeit entwickelt sich nun Schritt für Schritt eine dritte Phase der internationalen Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwickungsländern. Vermehrt gehen Länder der Dritten Welt dazu über, Fertigwarenproduktionen aufzuziehen, die nicht für die Befriedigung der eigenen Luxusbedürfnisse oder zur Importsubstitution bestimmt sind, sondern für den Weltmarkt. An die Seite des Rohstoffexports soll also mehr und mehr auch der Fertigwarenexport treten. Konkurrenzfähig können sie aber nur in rohstoff- und arbeitsintensiven Produktionen werden. D.h. Nahrung und Genuß, Leder- und Holzbearbeitung, Nichteisenmetallindustrien, Textil-, Schuh- und Elektroindustrie, Musikinstrumente, Spiel- und Sportwaren. Auch dies wird zunächst von Konzernen der Industrieländer durchgeführt, vor allem in den deshalb sogenannten Schwellenländern. Tendenziell wird die Entwicklung aber wohl dazu führen, daß diese Produktionen mehr und mehr auch von diesen Ländern selber durchgeführt werden. Diese Umstruk-

für die zweite Phase wurden für die multinationalen Konzerne freie Produktionszonen errichtet, in denen sie sich frei bewegen konnten.

In der letzten Zeit entwickelt sich nun Schritt für Schritt eine dritte Phase der internationalen Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwickungsländern. Vermehrt gehen Länder der Dritten Welt dazu über, Fertigwarenproduktionen aufzuziehen, die nicht für die Befriedigung der eigenen Luxusbedürfnisse oder zur Importsubstitution bestimmt sind, sondern für den Weltmarkt. An die Seite des Rohstoffexports soll also mehr und mehr auch der Fertigwarenexport treten. Konkurrenzfähig können sie aber nur in rohstoff- und arbeitsintensiven Produktionen werden. D.h. Nahrung und Genuß, Leder- und Holzbearbeitung, Nichteisenmetallindustrien, Textil-, Schuh- und Elektroindustrie, Musikinstrumente, Spiel- und Sportwaren. Auch dies wird zunächst von Konzernen der Industrieländer durchgeführt, vor allem in den deshalb sogenannten Schwellenländern. Tendenziell wird die Entwicklung aber wohl dazu führen, daß diese Produktionen mehr und mehr auch von diesen Ländern selber durchgeführt werden. Diese Umstruk-turierung der internationalen Arbeitsteilung wird auch in den Industrieländern immer mehr gefordert. Für die Industrieländer ist die maximale Entwicklung dann möglich, wenn sie sich auf die Entwicklung der Schlüsselindustrien verlegen, also der Industrien, die die Voraussetzungen schaffen für die Revolutionierung der Produktion. Dies ist z.B. die gesamte Technologie für die Ausbeutung der Tiefsee, Biochemie, Genetik, Industrieroboter usw. usf. Diese Entwicklung ist aber jetzt nicht das Fenster für die endliche Entwicklung der Dritten Welt, sondern nur ein qualitativ weiterer Schritt in einer ungleichen internationalen Arbeitsteilung. Zum Verständnis dessen muß auf die Ökonomie der unterentwickelten Länder eingegangen werden.

Ökonomie der Unterentwicklung

Diese Ökonomien sind vor allem durch folgende Umstände gekennzeichnet:

1. stagnierende Produktivität der Landwirtschaft. Tatsächlich hat hier nie eine Agrarrevolution stattgefunden. Da immer mehr Bauern das Land verlassen müssen, und zwar nicht wegen gestiegener Produktivität, sondern wegen Stagnation oder gar rückläufiger Entwicklung, die Landwirtschaft gleichzeitig aber kaum mehr als die Bebauer des Bodens ernährt, entwickeln sich Ernährungskrisen. Andererseits wird somit die Landwirtschaft nicht zur Grundlage der Entwicklung eines inneren Marktes.
2. Stagnation in der Produktion anderer Massenkonsumgüter, nicht verwunderlich, weil hierfür sowohl die Nachfrage wegen elender Bedingungen fehlt, als auch fast ausschließlich in die Export- und Luxusindustrien investiert wird.
3. Kaum eigenständiger Produktionsmittelsektor, es sei denn teilweise eben für die Exportindutrie.
4. Als Summe: Es findet kein organischer Umsatz zwischen Massenkonsumgüter- und Produktionsmittelsektor statt, sondern die Exportindustrie schafft die Mittel für den Import von Maschinerie für die Export- und Luxusproduktion. Der Binnenmarkt selber ist *hauptsächlich* durch den Luxuskonsum bestimmt.

Es gibt Theorien, die das Problem der Unterentwicklung vor allem durch eine irgendwie geartete Ausbeutung der Dritten Welt, die diesen Ländern die notwendigen Ressourcen abschöpft, erklären wollen. Nur muß erstens bedacht werden, daß gewisse Beteiligung an Ausbeutung auch zwischen den Industrieländern stattfindet. Z.B. transferieren die USA dauernd Profit aus Kapitalexporten aus der BRD nach den USA, und dennoch hat dies in der BRD keineswegs irgendeine Unterentwicklung zur Folge. Zweitens könnte schon logisch eine Ausbeutung der Dritten Welt allenfalls ein Weniger an Entwicklung, nicht aber das Phänomen der Unterentwicklung selber erklären. Es ist schon dargestellt worden,

xusproduktion. Der Binnenmarkt selber ist *hauptsächlich* durch den Luxuskonsum bestimmt.

Es gibt Theorien, die das Problem der Unterentwicklung vor allem durch eine irgendwie geartete Ausbeutung der Dritten Welt, die diesen Ländern die notwendigen Ressourcen abschöpft, erklären wollen. Nur muß erstens bedacht werden, daß gewisse Beteiligung an Ausbeutung auch zwischen den Industrieländern stattfindet. Z.B. transferieren die USA dauernd Profit aus Kapitalexporten aus der BRD nach den USA, und dennoch hat dies in der BRD keineswegs irgendeine Unterentwicklung zur Folge. Zweitens könnte schon logisch eine Ausbeutung der Dritten Welt allenfalls ein Weniger an Entwicklung, nicht aber das Phänomen der Unterentwicklung selber erklären. Es ist schon dargestellt worden,



daß das eigentliche Problem für die Entwicklung der Dritten Welt die Entwicklung von „gesunden" Reproduktionsmodellen für die gesamte Gesellschaft ist. Die Bereicherung der Industrieländer scheint mir somit auch weniger auf dem Gebiet der direkten Profitaneignung zu liegen, als vielmehr in einer „strukturellen" Bereicherung. Denn der Kapitalismus hat diese Länder in eine zutiefst ungerechte und ungleiche internationale Arbeitsteilung eingebunden. Dies hat einerseits zu ökonomisch verkrüppelten und abhängigen Ökonomien in den ehemaligen Kolonien geführt. Andererseits löst der entwickelte Kapitalismus auf ihre Kosten seine strukturellen Probleme, indem er tendenziell die unproduktivsten Bereiche seiner Produktion diesen Ländern zuschiebt und seinerseits den Löwenanteil an natürlichen Ressourcen und der attraktiven Produktionsbereiche für sich in Anspruch nimmt.

Sieht man sich daraufhin noch einmal die Forderungen für eine neue Weltwirtschaftsordnung an, so kann folgendes gesagt werden: Zum einen verlangen die Ausbeuterklassen in der Dritten Welt einen größeren Gewinnanteil auf dem Weltmarkt. Höhere Preise für Rohstoffe, direkte Finanzhilfen usw. Dies tritt zwar durchaus berechtigt als nationaler Widerspruch auf, und es ist auch im Interesse der Massen dort, daß diese Forderungen erfüllt werden. Aber diese umverteilten Gewinne und Ressourcen gehen letztendlich nicht an die Nation, sondern an die Ausbeuterklasse, die damit ihr System der abhängigen Ökonomie ausbaut. Weiterhin wird die Entwicklung der eigenen Industrie verlangt sowie die Öffnung der Märkte, also ein gleichberechtigter Platz in der internationalen Arbeitsteilung. Da, wie wir beschrieben haben, die naturwüchsige Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung weiterhin zutiefst ungerecht ist und nichts an der Unterentwicklung ändert, sind diese Forderungen nichts anderes als Reformforderungen *innerhalb* des bestehenden Systems. Daraus soll nicht gefolgert werden, daß diese Forderungen unwichtig wären. Sie ziehen den sowieso bestehenden Ungerechtigkeiten gewisse Schranken und behindern zusammen mit den politischen Forderungen der blockfreien Bewegung das Hegemoniebestreben der beiden Supermächte, sind also ein wichtiger Beitrag für den Weltfrieden.

Strategie gegen die Unterentwicklung

Gleichzeitig wird deutlich, daß eine wirkliche Entwicklung und damit eine wirklich gerechte internationale Arbeitsteilung nur zustande kommen kann durch Umwälzung der Klassenverhältnisse in den Ländern der Dritten Welt selber, weil der Träger für die Entwicklung einer „alternativen Wirtschaftspolitik" in diesen Ländern nie die lokalen Ausbeuterklassen sein können. Denn diese Wirtschaftspolitik müßte von den grundlegenden Bedürfnissen der Bauern sowie der Entwicklung einer Massenkonsumgüterproduktion ausgehen. Das Land müßte sich aus der bestehenden Arbeitsteilung mit den Industrieländern herauslösen, was die Machtstellung und Privilegien wie überhaupt die ökonomi-

die Unterentwicklung

Gleichzeitig wird deutlich, daß eine wirkliche Entwicklung und damit eine wirklich gerechte internationale Arbeitsteilung nur zustande kommen kann durch Umwälzung der Klassenverhältnisse in den Ländern der Dritten Welt selber, weil der Träger für die Entwicklung einer „alternativen Wirtschaftspolitik" in diesen Ländern nie die lokalen Ausbeuterklassen sein können. Denn diese Wirtschaftspolitik müßte von den grundlegenden Bedürfnissen der Bauern sowie der Entwicklung einer Massenkonsumgüterproduktion ausgehen. Das Land müßte sich aus der bestehenden Arbeitsteilung mit den Industrieländern herauslösen, was die Machtstellung und Privilegien wie überhaupt die ökonomi-sche Stellung der Ausbeuterklassen eliminieren würde. Die Träger für einen solchen Prozeß können nur die ausgebeuteten Massen sein. Diese sind aber z.B. über den Produktionsprozeß nicht objektiv organisiert noch sind sie in der Lage, die gewaltigen theoretischen Aufgaben einer solchen Umstrukturierung zu bewältigen. Der einzig gangbare Weg aus diesem Dilemma scheint die Organisierung von Teilen der Intelligenz und der bewußtesten Teile der Arbeiter und Bauern in einer Partei zu sein, wobei diese Partei dann zum Träger der Umwälzung wird. Die beständige Gefahr ist dabei entweder, daß sich die Ausbeuterklassen dieser Partei bemächtigen, eine Gefahr vor allem in der antikolonialen Phase. Oder daß sich über die Partei selber und den Staat eine neue Ausbeuterklasse herausbildet. Dies kann nur durch Selbstorganisation der Massen gelöst werden, wofür die objektiven Bedingungen der Produktion aber noch nicht gereift sind. Das sind aktuelle Probleme, mit denen sich z.B. die VR China herumschlagen muß. Der Einwand, dann sei halt der kapitalistische Weg zu gehen, um diese objektiven Bedingungen erst einmal zu schaffen und damit die Voraussetzung für den Sozialismus, ist unhistorisch, weil dieser Weg wiederum nicht gangbar ist, ohne daß diese Gesellschaften in dem verkrüppelten und abhängigen Zustand verbleiben oder sich in ihn durch Einbindung in die bestehende ungleiche Arbeitsteilung begeben. Eine Einbindung in den Weltmarkt muß dann vorsichtig entwickelt und gleichzeitig müssen sich die ausländischen Technologien angeeignet werden. Hierfür wäre wiederum eine neue Weltwirtschaftsordnung sehr nützlich.

Aufgaben alternativer Wirtschaftspolitik

Würde der Großteil der Dritten Welt diesen Entwicklungsweg gehen, so entstünden unvermeidlich größere Probleme für die kapitalistischen entwickelten Länder. Ein Abbau der ungleichen internationalen Arbeitsteilung würde unweigerlich zur Eindämmung der Rohstoffimporte wie überhaupt des Imports der ganzen schönen billigen Sachen aus diesen Ländern führen. Ein wesentlicher Teil der kapitalistischen Strukturkrise wäre gar nicht mehr auf die Dritte Welt abwälzbar. Hier steht eine sozialistische Wirtschaftspolitik dann vor einem schwierigen Problem. Eine alternative Wirtschaftspolitik müßte sich von *dieser* Sorte internationaler Arbeitsteilung abkoppeln. Eine Aufhebung dieser Arbeitsteilung ist aber über eine neue Weltwirtschaftsordnung nicht zu erzielen, sondern würde sie allenfalls reformieren. Sie würde auch nicht zur Entwicklung der Dritten Welt führen. Abkoppelung würde gleichzeitig relativ starke Einbrüche in die gesamte Bedürfnisbefriedigung in den Industrieländern führen. Alternative Wirtschaftspolitik hätte also aufzuzeigen, wie die Produktivkräfte in der Lage sind, diese Probleme zu lösen. Und zwar erstens nicht auf dem Rücken der Dritten Welt und zweitens besser, als es der Kapitalismus bisher mit seiner ungleichen internationalen Arbeitsteilung vermocht hat. Diese Probleme sind recht umfassend. Man überlege sich nur die Folgen für den Individualverkehr, wenn die Ölimporte erheblich geringer und zudem teurer würden.

Alternative Energieproduktionen, Stärkung der landwirtschaftlichen Rohstoffproduktion, Beibehaltung relativ arbeitsintensiver Produktionen wie Textilindustrie wären gewisse Elemente einer Lösung. Weiterhin müßte die regionale Arbeitsteilung z.B. innerhalb der EG ausgebaut werden, die

Eine alternative Wirtschaftspolitik müßte sich von *dieser* Sorte internationaler Arbeitsteilung abkoppeln. Eine Aufhebung dieser Arbeitsteilung ist aber über eine neue Weltwirtschaftsordnung nicht zu erzielen, sondern würde sie allenfalls reformieren. Sie würde auch nicht zur Entwicklung der Dritten Welt führen. Abkoppelung würde gleichzeitig relativ starke Einbrüche in die gesamte Bedürfnisbefriedigung in den Industrieländern führen. Alternative Wirtschaftspolitik hätte also aufzuzeigen, wie die Produktivkräfte in der Lage sind, diese Probleme zu lösen. Und zwar erstens nicht auf dem Rücken der Dritten Welt und zweitens besser, als es der Kapitalismus bisher mit seiner ungleichen internationalen Arbeitsteilung vermocht hat. Diese Probleme sind recht umfassend. Man überlege sich nur die Folgen für den Individualverkehr, wenn die Ölimporte erheblich geringer und zudem teurer würden.

Alternative Energieproduktionen, Stärkung der landwirtschaftlichen Rohstoffproduktion, Beibehaltung relativ arbeitsintensiver Produktionen wie Textilindustrie wären gewisse Elemente einer Lösung. Weiterhin müßte die regionale Arbeitsteilung z.B. innerhalb der EG ausgebaut werden, die sich ja grundlegend von der Arbeitsteilung mit der Dritten Welt unterscheidet. Eine Abkoppelung von dieser Arbeitsteilung wäre natürlich Humbug. Für die Dritte Welt selber wäre die einseitige Aufkündigung der internationalen Arbeitsteilung durch z.B. ein sozialistisches Westeuropa das Chaos. Diese Ökonomien sind überhaupt nur existenzfähig im Verbund mit den kapitalistischen Industrieländern. Hier würde sich also eine alternative Wirtschaftspolitik einer breiten Ablehnungsfront von Seiten der Dritten Welt gegenübersehen. Natürlich hätte alternative Wirtschaftspolitik viel eher die Möglichkeit, direkte Hilfe für Entwicklung zu geben. Aber der Profit der dortigen Ausbeutergesellschaften und damit die Reproduktion ihrer Ökonomien hängt ganz von dem Zustand der Exportindustrien und Rohstoffproduktionen ab. Dieser Widerspruch wäre also letztlich nur lösbar, wenn die Völker dort selber zur Revolution schreiten, ein eigenes Entwicklungsmodell durchführen und dann natürlich mit den neuen sozialistischen Ländern in eine gleiche und gerechte internationale Arbeitsteilung eintreten können. Mag sein, daß die einseitige Aufkündigung der bestehenden Arbeitsteilung der Anlaß zur Umwälzung der Verhältnisse in der Dritten Welt wird. Jedenfalls wird man sich auf Widersprüche der beschriebenen Art einstellen müssen. Sie sind theoretisch bisher kaum durchdrungen. Sicher ist soviel: Eine Fortführung der natur wüchsig entwickelten internationalen Arbeitsteilung, selbst wenn sie durch eine neue Weltwirtschaftsordnung moderater gemacht würde, kann nicht das Programm alternativer Wirtschaftspolitik sein.

Argentinien gegen Großbritannien – eine lange Geschichte

,,Wie schade, daß die Bewohner der Falkland-Inseln nicht vor Jahren ihre Unabhängigkeit erklären konnten – die aktuelle Waffenschau im Südatlantik hätte vielleicht niemals stattgefunden'', meinte eine Leserbriefschreiberin in der Financial Times. Schon die ,,Fischer-Weltgeschichte'' über die Kolonialreiche erkennt aber scharfsinnig: ,,Großbritannien sah sich ... dem anscheinend unlösbaren Problem gegenüber, über die Zukunft von zahlreichen kleineren Territorien entscheiden zu müssen, die von vornherein nicht in der Lage sind, als souveräne Staaten auftreten zu können''.

So kamen bislang auch weder die 1800 Schafzüchter britischer Abstammung, die neben 650000 Schafen, Pinguinen und Seehunden die einzigen Bewohner der allseits als öde beschriebenen Inseln im Südatlantik, noch die Vereinten Nationen und ihr Spezialkomitee zum Stand der Verwirklichung der Erklärung zur Unabhängigkeit der Kolonialländer und -völker im Hinblick auf die Falkland-Inseln (Malvinen) auf eine solche Idee – natürlich aus unterschiedlichen Motiven: Die Siedler sind die treuesten Untertanen Ihrer Majestät und sowieso nicht wirklich frei. Abhängig von einer britischen Wollfirma leben sie in ihren Holzhäusern meist nur zur Pacht und müssen, wenn sie zum Arbeiten zu alt sind, nach England oder Neuseeland auswandern. Ihre Zahl geht ständig zurück, junge Leute hält es kaum noch; vor 70 Jahren lebten noch 500 mehr dort.

Dagegen forderte die UNO-Vollversammlung 1973 mit 116 : 0 Stimmen bei 14 Enthaltungen (USA und westeuropäische Staaten außer Österreich, Italien, Irland, Island) mit Bezug auf ältere Entschließungen von 1960 (Dekolonisierung allgemein) und 1965 (Aufforderung an Argentinien und GB, unverzüglich Verhandlungen für eine friedliche Lösung des Falkland-Problems unter Berücksichtigung der Beendigung des kolonialen Status einerseits und der Interessen der Bewohner andererseits aufzunehmen) die Beschleunigung der Verhandlungen mit dem Ziel, sich über die Frage der Souveränität zu einigen und den Kolonialstatus zu beenden. – Die letzten Gespräche fanden am 3. März statt, honourable, versteht sich.

Faktisch, so bemerkt auch die FAZ, überließ das britische Mutterland den argentinischen Händlern den Ausbau und den Profit einer bescheidenen Infrastruktur. Im Gespräch soll eine ,,Hongkong-Lösung'' gewesen sein, d.h. Souveränität für Argentinien und befristeter Pachtvertrag des Territoriums für Großbritannien. Die Aussichten für eine solche Regelung scheinen jetzt schlechter, nicht so sehr wegen des argentinischen Gewaltaktes, sondern vor allem aufgrund der nationalen Schmach für Great Britannia und der Reaktion der Verbündeten in EG und Nato. Wem aber nützt Britanniens späte Rache? An Nostalgie gäb's da einiges zu pflegen, ist doch gerade Argentinien durch das Modell des britischen Imperialismus geprägt.

Was die umstrittenen Inseln selber angeht, ist die wechselvolle Besatzungsgeschichte der Malvinen (Malouinen, nach den ersten französischen Siedlern aus St. Malo von 1764) nun oft genug nachgezeichnet worden, wobei die Frage: Wem gehören sie nun? völkerrechtlich schwer zu klären scheint. Viel spricht dafür, daß sich Argentinien 1826 rechtmäßig herrenloses und nicht besiedeltes Land (terra nullius) aneignete, wo die Briten 52 Jahre zuvor eine Steinplatte mit ihrem Rechtsanspruch hinterlassen hatten und das 1811 vom letzten spanischen Gouverneur verlassen worden war. Und selbst nach den gewaltsam vorgetragenen Hoheitansprüchen Argentiniens soll den Siedlern insofern ein Selbstbestimmungsrecht gewährt werden, als Sprache und Kultur respektiert werden und eine doppelte Staatsbürgerschaft möglich sein soll – trotzdem würde sich natürlich und hat sich auch zu ihrer Verbitterung schon einiges geändert, z.B. die Währung oder die Amtssprache. Nur ist das so etwas Besonderes auch nicht angesichts von mindestens der zehnfachen Zahl britischer Bürger in Argentinien selbst, die dem Ruf der Mutter in London, sich der Gefahr, als Geisel gehalten zu werden, durch Heimkehr zu entziehen, bis jetzt noch nicht gefolgt sind, wenngleich sich eine Reihe ins benachbarte Uruguay abesetzt hat. Englische Interessen an den Reichtümern des heutigen Argentinien reichen bis in die Zeit der spanischen Kolonialherren zurück.

1535 von den Spaniern besetzt, gelangte das Mündungsgebiet des Rio de la Plata – Buenos Aires war Mitte des 17. Jh. nicht mehr als ein großes Dorf mit 400 Häusern – erst gegen Ende des 18. Jh. zu relativer Bedeutung als Kernland des Vizekönigreichs, das auch das spätere Paraguay, Bolivien und Uruguay umfaßte. Nach der Gewährung des Freihandels mit Spanien 1778 wurde Buenos Aires zum wichtigsten Schwerpunkt der spanischen Macht.

Zugleich wuchs aber das Bestreben der Kreolen nach Unabhängigkeit, die nach den von England unterstützten Unabhängigkeitskriegen zunächst seit 1810 in Übereinstimmung mit der spanischen liberalen Verfassung von Cadiz von 1812 einige antifeudale Reformen durchführten (Abschaffung der Kopfsteuer, der Zwangsarbeit, der hohen Abgaben, erste Schritte zur Aufhebung der Sklaverei) und 1816 gegen die Ansprüche der restaurierten absoluten spanischen Monarchie die Unabhängigkeit der ,,Vereinigten Provinzen am Rio de la Plata'' erklärten. Die Abhängigkeit von Europa und die Unterdrückung, Vertreibung und Ausrottung der verbliebenen Indios fing damit erst richtig an und fand zunächst ihren Ausdruck im Bürgerkrieg zwischen der entstehenden Oligarchie der Viehzüchter und Getreideanbauer der Pampa samt entstehendem Handwerk und Kleinindustrie gegen die rund um den Hafen (Buenos Aires) entstehende Handels- und Industriebourgeoisie im Bündnis oder identisch mit den britischen Freihändlern. Seitdem nicht mehr nur Felle, sondern Fleisch (gepökelt) und Weizen ausgeführt wurden, erhoben sich Gauchos, überhaupt die Bewohner der Provinz, Bauern der Berge, angeführt von national interessierten Gutsbesitzern, gegen Hafen und Freihandelsvertrag mit England von 1825.

Das 10 Jahre später von der Regierung de Rosas erlassene Zollgesetz, das die Einfuhr von Eisen- und Blechwaren, Pferdegeschirr, englischen ,,Ponchos'' und anderer Waren aus Schaf- oder Baumwolle verbot und den Import von Schuhen, Reitgeschirr und



alkoholischen Getränken mit hohen Abgaben belegte – und somit einen beachtlichen Aufschwung der einheimischen Gewerbe ermöglichte – fiel, als wiederum 10 Jahre später englische und französische Kriegsschiffe die quer durch den Parná gespannten Ketten mit Kanonenschüssen sprengten, um die Flüsse im Innern, die Rosas fest verschlossen hielt, für die Schiffahrt zu öffnen. Unter der folgenden Blockade – erzwungen von den Beschwerden der englischen Industriezentren gegen die argentinischen Handelsbeschränkungen – erwies sich jedoch die einheimische Industrie nicht imstande zu Deckung des Bedarfs; die Exportinteressen der Agraroligarchie taten ein übriges; 1852 wurde Rosas gestürzt. Sein Protektionismus war weder mit einer Bodenreform noch mit einer Nationalisierung des Handels noch mit dem Ausgleich zwischen Hafen und Provinz verbunden gewesen.

In der Folgezeit beschritt die Oligarchie in aller Konsequenz den Weg des nationalen Ausverkaufs – und tut es, von technischen und politischen Modifikationen aufgrund neuer Kräfteverhältnisse in der Welt und von Unterbrechungen populistischer Herrschaft abgesehen, bis heute. Hauptinstrument der ökonomischen Kontrolle war der Eisenbahnbau, der 1857 begonnen wurde und seit 1870 immer mehr unter britische Kontrolle geriet. Mit dem Zentrum Buenos Aires war es ganz darauf ausgerichtet, die Reichtümer des Landes nach Europa und europäische Industrieerzeugnisse nach Argentinien zu schaffen. Gegen Ende des vorigen Jahrhunderts setzte verstärkte Einwanderung verarmter Bauern vor allem aus Südeuropa, an der Spitze Italien (womit das italienische Abstimmungsverhalten auch heute noch zusammenhängt) ein.

Das britische Monopol erstreckte sich auch auf die Schiffahrtslinien und vor allem auf die fleischverarbeitende Industrie. 1882 wurde die erste Gefrierfleischfabrik gegründet, 1905 kontrollierte GB ⅔ der gesamten Gefrierfleischkapazität des Landes. Die Nahrungsmittelverarbeitung machte 60% des gesamten Industrieumsatzes vor dem ersten Weltkrieg aus. Seit Kriegsende aber magerte der britische Löwe ab, zunächst aufgrund der technologischen Überlegenheit der USA, mit deren Hilfe das minderwertige Gefrierfleisch durch besseres Kühlfleisch und somit die englischen Gefrierfleischfabriken ersetzt wurden. Schon 1919 hielten die US-Imperialisten 67% der fleischverarbeitenden Industrie. US-Kapital finanzierte den Ausbau des Straßennetzes und brach so auch das englische Transportmonopol. Ein Markt für Autos, Elektrizitätsanlagen und nordamerikanische Bankanlagen war geschaffen, und 1918 führten die USA mehr Waren nach Argentinien aus als England. Immer noch ging aber der größte Teil der argentinischen Exporte über 8000 Meilen nach GB.

So richtig verblaßte der britische Stern erst nach der Weltwirtschaftskrise. Ein halbes Jahrhundert vorher hatten die Briten aber – das ist noch anzumerken – an dem arg grausamen Krieg des ,,Dreibundes'' Brasilien, Argentinien und Uruguay (entstanden sowieso von Londons Gnaden als Pufferstaat zwischen Argentinien und Brasilien) zwar nicht direkten, so doch finanziellen Anteil und auch Nutzen: Wucherzinsen der Bank of London, der Baring Brothers und der Bank Rothschild machten die Siegerländer über Jahrzehnte erpreßbar.

Heute ist die Lage wieder anders. England verhängt Sanktionen: Sperrung der argentinischen Konten in England und das Risiko, daß Argentinien mit gleicher Münze zurückzahlt: Wer ist da angeschmiert? Und selbst von einem koordinierten Handelsboykott der EG würden nur die Größten profitieren, in erster Linie die Sowjetunion, schon jetzt größter Handelspartner und Abnehmer von Getreide, die nur darauf wartet, auch über die Lieferung von Industriegütern in Südamerika einzusteigen. Militärjunta, Galtieri, 2000 Verhaftete nach der jüngsten Widerstandsdemonstration hin oder her – die Sowjetunion und Fidel, der kubanische Vasall, zeigen große Begeisterung für den anti-imperialistischen Coup auf den südlichen Inseln. Die Junta hat *bis jetzt* den größten Nutzen: innere Einheit und außenpolitische Teile der Verbündeten wie östliche Sozialimperialisten auf ihrer Seite. Man kann daran ganz gut sehen, in welche verzwickte Lage Nationen aufgrund solcher Bündnisse wie Konflikte der Vergangenheit geraten (man denke nur an die westdeutsche Solidaritätsbegründung für GB: die Lage Westberlins!) – ganz zu schweigen vom Streit, durch die jüngsten Ereignisse erst richtig ins Bewußtsein gerufen – um Packeis und was darunter liegt in der Antarktis.

cf

Irakische Niederlage – aber kein Ende des Golfkrieges in Sicht

chm. Achtzehn Monate dauerte der irakisch-iranische Krieg schon, als es den iranischen Truppen gelang, eine entscheidende Wende herbeizuführen: die irakischen Truppen wurden hinter den Karunfluß zurückgetrieben; sie mußten die Stadt Desful aufgeben, auch aus Bostan sind sie vertrieben worden, was zugleich für sie den Verlust der von ihnen erbauten strategischen Straße zwischen Amara und Ahwaz, der Hauptstadt der Provinz Khuzistan, bedeutet (s. Karte). Die große Operation unter der Bezeichnung ,,fath-ol-mobin'', eindeutiger Sieg, war die erfolgreichste und vorläufig letzte einer Serie von Operationen, die im vergangenen September begonnen haben. Zum 1. Jahrestag des irakisch-iranischen Krieges überquerten iranische Armeeinheiten, massiv verstärkt durch Revolutionsgarden, Pasdaran, die z.T. im Alter zwischen 12 und 18 Jahren sind, den Karunfluß. Zugleich wurden die irakischen Truppen im Norden angegriffen und mußten sich von Kermanshah bis Gilan Gharb und dann bis Soumar zurückziehen.

Der erste große Erfolg dieser Septemberoffensive war die Aufhebung des Belagerungsrings um die Stadt Abadan, dem Zentrum der iranischen Ölförderung. Obwohl es den irakischen Truppen im Februar vorübergehend gelang, z.B. die Straße Amara/-Ahwaz für kurze Zeit zurückzuerobern, zeichnete sich schon damals das jetzige Fiasko ab: die Armee ist regelrecht auseinandergerissen worden, der westliche Teil hält noch kleinere Ortschaften in der Nähe von Soumar und der östliche Teil ist in der Provinz Khuzistan von den iranischen Verbänden eingeschlossen. Der irakische Präsident, Saddam Hussein, mußte die Niederlage eingestehen und von einer ,,Modifizierung der Verteidigungslinien'' sprechen. 12–15000 Kriegsgefangene und 8000 Tote neben 12000 Verletzten lassen sich vor der eigenen Bevölkerung nicht mehr so gut mit Siegesgeklapper retuschieren.

Schon seit September machen sich Desertionen in den Reihen der irakischen Armee breit. Die einfachen Soldaten müssen teilweise mit dem Gewehr im Rücken in die Schlacht getrieben werden. Nach den ersten Rückschlägen ließ Saddam Hussein einen Teil des Offizierskorps hinrichten. Das konnte weder die Niederlage aufhalten, noch die immer stärker auch im Innern des Landes spürbaren Kriegsfolgen verringern. 30000 Tote haben die irakischen Familien bisher zu beklagen. Die Inflationsrate ist auf 25% geklettert. An Gütern des täglichen Lebens fehlt es zwar nicht, aber das Verteilungsnetz funktioniert zunehmend schlechter, weil die dazu notwendigen Luftverbindungen nicht aufrechterhalten werden können.

Die irakischen Erdölanlagen, fast die gesamte dazugehörige petrochemische Industrie sowohl in Kirkuk im Norden als auch in Basra (auf der Karte Bassorah) sind zerstört worden. Bei manchen Anlagen ist es sogar fraglich, ob sie überhaupt noch wiederaufgebaut werden können. Iraks Schulden allein bei den arabischen Staaten belaufen sich inzwischen auf 20 Mrd. $. Der Krieg kostet das Land 10–12 Mrd. $ jährlich.

Dieser Krieg hat die Bündnisse in der gesamten Region verschoben: Rechnete sich der Irak seit dem Juni-Krieg von 1967, bei dem Israel in einer Blitzaktion das restliche Palästina, die syrischen Golanhöhen und die ägyptische Sinaihalbinsel besetzte, zu den ,,fortschrittlichen'' arabischen Staaten und lancierte einen Umsturzappell nach dem anderen z.B. gegen die herrschenden Saudischen Könige, so ist es seit Kriegsbeginn engster Verbündeter Saudiarabiens. Wäre Saudiarabien nicht gewesen, hätte der Irak wahrscheinlich gar nicht so lange kämpfen können: Es ist Saudiarabien, das die Kriegskasse füllt und den Ölbedarf deckt, zusammen mit den anderen arabischen Golfstaaten. Das Waffenarsenal ist hauptsächlich französisch, aber auch britisch und amerikanisch mit russischen Einsprengseln aus den alten Beständen der ägyptischen Armee. Jordanien entsendet sogar ,,Freiwillige''. Auf der anderen Seite des Zaunes ist eine Allianz entstanden aus Syrien, Libyen, Südjemen und Nordkorea (!), gesponsort von der Sowjetunion.

Die Triebfeder der ersten Allianz ist leicht zu erklären: Khomeiny und die islamische Republik Iran haben nie einen Hehl aus ihren Expansionsabsichten unter islamischer Flagge gerade im Golfgebiet gemacht. Die Revolutionsgarden sagen es offen: ,,Khomeiny muß es uns nur erlauben, dann schlagen wir jede Armee der Welt''. Mehrere Umsturzversuche, von Iran unterstützt, wurden in verschiedenen Golfstaaten aufgedeckt, der letzte in Bahrein im vergangenen Februar. Es handelt sich sicherlich um reaktionäre Staaten, von feudalen Cliquen beherrscht, aber das erlaubt es trotzdem nicht, daß eine fremde Regierung sich in ihre inneren Angelegenheiten einmischt, mit der wohlwollenden Zustimmung der Sowjetunion, die sich inzwischen einige Schlüsselstellungen im Iran gesichert haben.

Hartnäckiger denn je lehnt die iranische Regierung jegliches Verhandlungsangebot ab, solange der Irak nicht bedingungslos kapituliert hat und sämtliche irakische Truppen das iranische Territorium verlassen haben. Das sind berechtigte Forderungen, zumal von Anfang an, kriegstechnisch gesehen, der Irak der Aggressor war. Aber über die iranischen Siege will sich die rechte Freude nicht einstellen: Sie führen nur zur Stärkung der blutigen Diktatur, die Verlängerung des Kriegs hilft den Mullahs, ,,die innere Front'' fester zu schmieden und hält die Armee beschäftigt. Sie wäre im Moment die einzige Kraft im Iran, die die Mullahs stürzen könnte.

Der irakische Staatspräsident hat einen sofortigen Abzug der irakischen Truppen angeboten, wenn die Kriegshandlungen sofort unterbrochen würden. Es wäre gut für die Entwicklung in der gesamten Region, vor allem angesichts der israelischen Kriegspläne, wenn die iranische Regierung das Angebot annehmen würde.

Renten nochmal um 1% runter

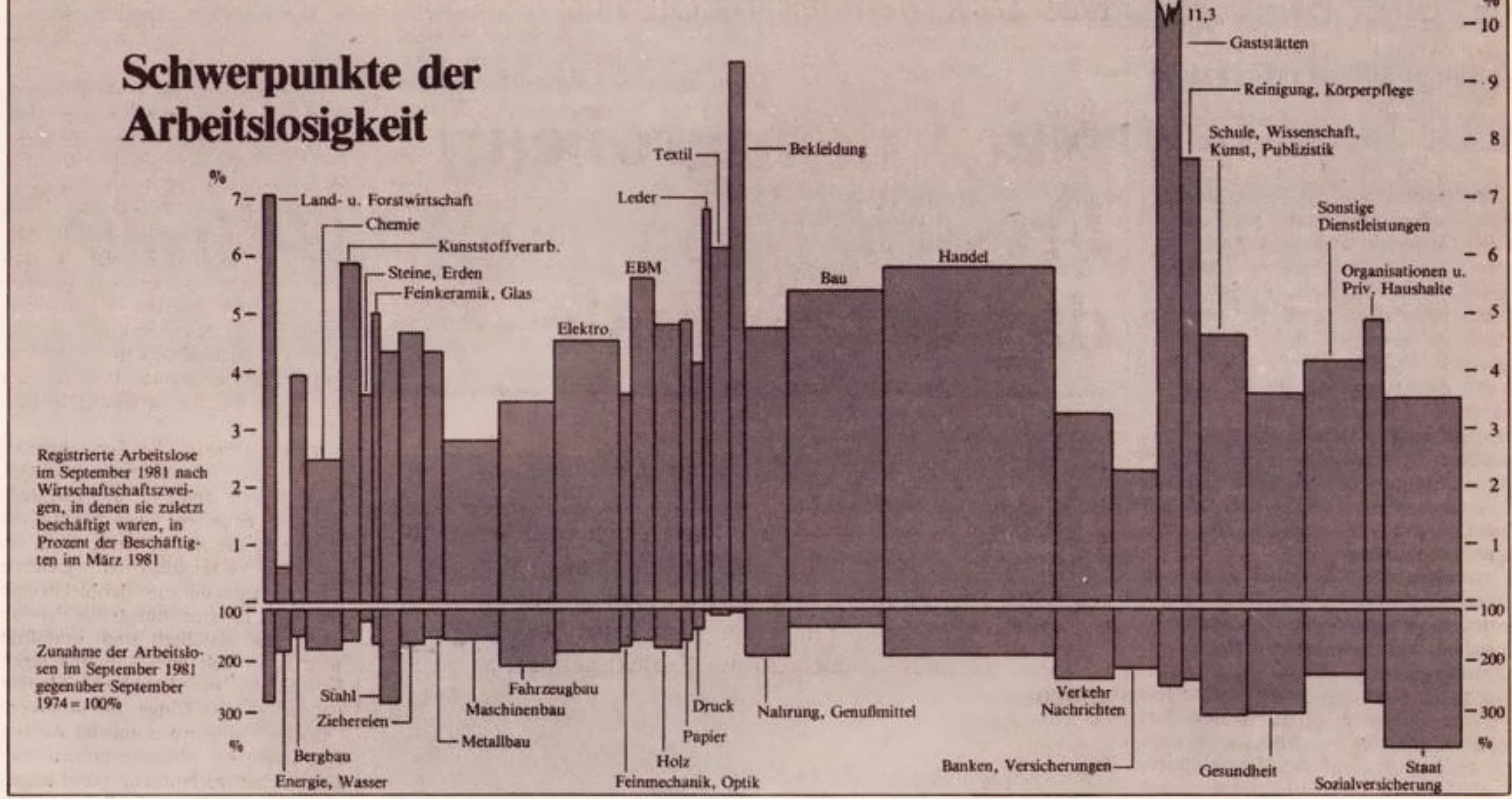
frb. Noch befindet sich das „Beschäftigungsförderungsgesetz" in der Gesetzgebungsmaschine von Bundestag und Bundesrat. Kaum bekannt ist, daß es dabei – sozusagen im Vorbeigehen – auch um eine Senkung der Renten geht. Das Zauberwort hierzu heißt „Beteiligung der Rentner an den Kosten ihrer Krankenversicherung".

Vor einem Jahr erst war überhaupt eingeführt worden, daß jeder einzelne Rentner individuell einen Beitrag zur Krankenversicherung zahlen muß. Zuvor hatte die Rentenversicherung eine Pauschale an die Krankenversicherungen überwiesen. Damals war hoch und heilig versprochen worden, finanziell würde sich für die meisten Rentner überhaupt nichts ändern. Mit der Neuregelung wurde ihnen nämlich ein Zuschuß zu ihrer gesetzlichen Rente in Höhe von 11,8% gezahlt – genausoviel wie ihnen andererseits für den Beitrag zur Krankenversicherung wieder abgezogen wurde.

Finanziell hat sich damals bei den Betriebsrenten, Zusatzversorgungen usw. etwas geändert. Auch für sie mußte Krankenversicherung gezahlt werden, während die gesetzliche Rentenversicherung dafür natürlich keinen Zuschuß gewährte.

Doch dabei ist es nicht geblieben. Die Versprechungen von vor einem Jahr sind heute bereits Schall und Rauch. Einerseits wird von allen Rentnern weiterhin ein Beitrag zur Krankenkasse abgezogen, andererseits sieht das „Beschäftigungsförderungsgesetz" vor, daß der zum Ausgleich gewährte Zuschuß ab 1984 von 11,8% der Rente auf 10,8% gekürzt wird. Das bedeutet, daß die gesetzliche Rente um ein volles Prozent gesenkt wird. Dies obwohl die Renten in den letzten beiden Jahren schon real um rund 3% gesunken sind.

Die Haushaltssanierer versprechen sich für 1984 Minderausgaben bei der Rentenversicherung von 1,3 Mrd. DM. Im für die Rentenversicherung vorgeschriebenen 15jährigen Vorausberechnungszeitraum bis 1996 würden sich diese Minderausgaben auf rund 32 Mrd. DM kumulieren.



Trotz insgesamt zunehmender Tendenz zeigt sich das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Wirtschaftszweigen unterschiedlich. Verschärft seit der Krise 74/75 hat sich vor allem die Lage im Handel und in den ganzen Dienstleistungen. In der Industrie weisen die Metallerzeugung (Stahl), der Fahrzeugbau und das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe die größte *Zunahme der Arbeitslosigkeit* auf. Bei der branchenspezifischen *Arbeitslosenquote* steht das Gaststättengewerbe vor der Bekleidungsindustrie an der Spitze, gefolgt von den unter dem Begriff Reinigung, Körperpflege (z.B. Friseure) zusammengefaßten Dienstleistungen, der Land- und Forstwirtschaft und der Leder- und Schuhindustrie. Nicht berücksichtigt sind dabei jene Arbeitslosen, die aus der Ausbildung kommen oder zuletzt nicht berufstätig waren. – Die Breite der Säulen steht für die Zahl der Beschäftigten in den Wirtschaftszweigen. *Quelle: Bundesanstalt f. Arbeit.*

Die OPEC hat eine für Ende des Monats geplante Sondersitzung wieder abgesetzt. Zur Begründung hieß es, die Ölkonzerne hätten „ihre Absichten aufgegeben, Nigeria in die Zange zu nehmen", um das Wiener Abkommen zu zerbrechen. In Wien hatten sich die ölproduzierenden Länder kürzlich auf eine gemeinsame Einschränkung ihrer Produktion geeinigt, um die Überfüllung des Ölmarktes zu vermindern und den OPEC-Preis zu halten. Daraufhin verweigerten die Ölkonzerne die Abnahme nigerianischen Öls, weil sie davon ausgingen, dieses Land am ehesten aus der Organisation der ölexportierenden Länder herausbrechen zu können. Denn Nigeria ist zur Finanzierung seines Entwicklungsprogramms besonders auf die Öleinnahmen angewiesen. Nachdem Saudi-Arabien und Kuweit Nigeria ihre volle Unterstützung zugesagt hatten, haben nun offenbar die Ölkonzerne ihre Erpressungsaktion ausgesetzt.

Die Woche im Rückblick

Syrien hat die aus dem Irak durch sein Gebiet führende Öl-Pipeline geschlossen. Syrien hatte bisher selbst einen großen Teil seines Öls aus Irak erhalten, der Rest des irakischen Öls wurde im Mittelmeerhafen Bania verschifft. Nun liefert Iran an Syrien. Irak kann nur noch durch eine Leitung über türkisches Gebiet exportieren und kommt damit unter erheblichen wirtschaftlichen Druck. Syrien hat sich im iranisch-irakischen Krieg auf die Seite Irans gestellt.

Einem Proteststurm ausländischer Konzerne sieht sich die griechische Regierung ausgesetzt. Sie will nämlich die Stellung der in Griechenland beschäftigten Ausländer dieser Firmen neu regeln. Insbesondere sollen die Firmen künftig für ihr ausländisches Personal auch Beiträge zur griechischen Kranken- und Rentenversicherung zahlen. Außerdem sollen sie in derselben Weise zur Einkommensteuer herangezogen werden wie Griechen. Ihre Büroeinrichtungen sollen sie nicht mehr zollfrei einführen können. All diese Sonderrechte waren den Konzernen einst von der Militärjunta eingeräumt worden und rund 400 internationale Banken und Konzerne hatten daraufhin in Athen und Piräus ihre Nahost-Filialen aufgemacht. – Tief betroffen zeigen sich auch die in Griechenland agierenden Pharma-Unternehmen, darunter Hoechst und Boehringer Ingelheim. Sie sollen einer Nationalen Arzneimittel-Organisation einverleibt werden oder nicht mehr an Krankenhäuser und Krankenkassen liefern dürfen. Die betroffenen Unternehmen reklamieren nun einen Bruch der EG-Bestimmungen, denen sich Griechenland unterworfen hat.

Kommunen wird der Geldhahn zugedreht
Gemeindefinanzbericht wirbt für die kommunale Selbstverwaltung
frb. Ob es um Fahrpreise, Kindergärten, Wasserversorgung oder um Lärmschutzmaßnahmen geht, schon immer mußten lokale Bewegungen erfahren, wie eng der Spielraum der Kommunen ist. Sofern nicht sowieso die Staatsaufsicht einen Riegel vorschiebt, fehlt
Zunahme aller Steuern um 5,4%, jener der Gemeinden dagegen um nur 4,0%. Daß die Steuereinnahmen der Gemeinden hinter den Gesamteinnahmen zurückbleiben, hängt einmal mit der unterschiedlichen Zusammensetzung der Steuereinnahmen zusammen. Im-
Gemeindesteuern immer mehr von einigen Großbetrieben abhängig und liegen heute unter dem Niveau von 1977. Der Gemeindefinanzbericht stellt daher fest: „Pläne, etwa zur Stimulierung der Wirtschaft nun auch die Gewerbekapitalsteuer zu ‚opfern', dür-
Lage dadurch, daß die Bundesländer ihre eigene Finanzkrise zu einem gehörigen Teil zu Lasten der Gemeinden zu lösen versuchen. Und immerhin knapp 30% aller kommunalen Einnahmen hängen von den Zuweisungen aus Bund- und Länderhaushalten ab. Mit zwei Ausnahmen haben alle Länder ihre Finanzzuweisungen an die Gemeinden 1981 erheblich reduziert. Sei es, daß der kommunale Finanzausgleich pauschal gekürzt wurde, sei es, die Reduzierung der zweckgebundenen Zuweisungen
Gebührenerhöhungen von zum Teil über 20% geplant. Als Hauptansatzpunkte für die Streichung auf der Ausgabenseite wird folgendes genannt: – Streichungen und/oder Streckungen von Investitionen (z.B. Schulen, Sportstätten, Bädern und Straßen); – Einsparungen bei der laufenden Unterhaltung und Instandsetzung von städtischen Bauten und Straßen; – Schließung von Einrichtungen (z.B. Kindergärten, Bädern, oder Stadtteil-
Doch dabei ist es nicht geblieben. Die Versprechungen von vor einem Jahr sind heute bereits Schall und Rauch. Einerseits wird von allen Rentnern weiterhin ein Beitrag zur Krankenkasse abgezogen, andererseits sieht das „Beschäftigungsförderungsgesetz" vor, daß der zum Ausgleich gewährte Zuschuß ab 1984 von 11,8% der Rente auf 10,8% gekürzt wird. Das bedeutet, daß die gesetzliche Rente um ein volles Prozent gesenkt wird. Dies obwohl die Renten in den letzten beiden Jahren schon real um rund 3% gesunken sind.
Die Haushaltssanierer versprechen sich für 1984 Minderausgaben bei der Rentenversicherung von 1,3 Mrd. DM. Im für die Rentenversicherung vorgeschriebenen 15jährigen Vorausberechnungszeitraum bis 1996 würden sich diese Minderausgaben auf rund 32 Mrd. DM kumulieren.
Krise 74/75 hat sich vor allem die Lage im Handel und in den ganzen Dienstleistungen. In der Industrie weisen die Metallerzeugung (Stahl), der Fahrzeugbau und das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe die größte Zunahme der Arbeitslosigkeit auf. Bei der branchenspezifischen Arbeitslosenquote steht das Gaststät- leistungen, der Land- und Forstwirtschaft und der Leder- und Schuhindustrie. Nicht berücksichtigt sind dabei jene Arbeitslosen, die aus der Ausbildung kommen oder zuletzt nicht berufstätig waren. – Die Breite der Säulen steht für die Zahl der Beschäftigten in den Wirtschaftszweigen. Quelle: Bundesanstalt f. Arbeit.
Die OPEC hat eine für Ende des Monats geplante Sondersitzung wieder abgesetzt. Zur Begründung hieß es, die Ölkonzerne hätten „ihre Absichten aufgegeben, Nigeria in die Zange zu nehmen", um das Wiener Abkommen zu zerbrechen. In Wien hatten sich die ölproduzierenden Länder kürzlich auf eine gemeinsame Einschränkung ihrer Produktion geeinigt, um die Überfüllung des Ölmarktes zu vermindern und den OPEC-Preis zu halten. Daraufhin verweigerten die Ölkonzerne die Abnahme nigerianischen Öls, weil sie davon ausgingen, dieses Land am ehesten aus der Organisation der ölexportierenden Länder herausbrechen zu können. Denn Nigeria ist zur Finanzierung seines Entwicklungsprogramms besonders auf die Öleinnahmen angewiesen. Nachdem Saudi-Arabien und Kuweit Nigeria ihre volle Unterstützung zugesagt hatten, haben nun offenbar die Ölkonzerne ihre Erpressungsaktion ausgesetzt.
Die Woche im Rückblick
Syrien hat die aus dem Irak durch sein Gebiet führende Öl-Pipeline geschlossen. Syrien hatte bisher selbst einen großen Teil seines Öls aus Irak erhalten, der Rest des irakischen Öls wurde im Mittelmeerhafen Bania verschifft. Nun liefert Iran an Syrien. Irak kann nur noch durch eine Leitung über türkisches Gebiet exportieren und kommt damit unter erheblichen wirtschaftlichen Druck. Syrien hat sich im iranisch-irakischen Krieg auf die Seite Irans gestellt.
Einem Proteststurm ausländischer Konzerne sieht sich die griechische Regierung ausgesetzt. Sie will nämlich die Stellung der in Griechenland beschäftigten Ausländer dieser Firmen neu regeln. Insbesondere sollen die Firmen künftig für ihr ausländisches Personal auch Beiträge zur griechischen Kranken- und Rentenversicherung zahlen. Außerdem sollen sie in derselben Weise zur Einkommensteuer herangezogen werden wie Griechen. Ihre Büroeinrichtungen sollen sie nicht mehr zollfrei einführen können. All diese Sonderrechte waren den Konzernen einst von der Militärjunta eingeräumt worden und rund 400 internationale Banken und Konzerne hatten daraufhin in Athen und Piräus ihre Nahost-Filialen aufgemacht. – Tief betroffen zeigen sich auch die in Griechenland agierenden Pharma-Unternehmen, darunter Hoechst und Boehringer Ingelheim. Sie sollen einer Nationalen Arzneimittel-Organisation einverleibt werden oder nicht mehr an Krankenhäuser und Krankenkassen liefern dürfen. Die betroffenen Unternehmen reklamieren nun einen Bruch der EG-Bestimmungen, denen sich Griechenland unterworfen hat.

Kommunen wird der Geldhahn zugedreht

Gemeindefinanzbericht wirbt für die kommunale Selbstverwaltung

frb. Ob es um Fahrpreise, Kindergärten, Wasserversorgung oder um Lärmschutzmaßnahmen geht, schon immer mußten lokale Bewegungen erfahren, wie eng der Spielraum der Kommunen ist. Sofern nicht sowieso die Staatsaufsicht einen Riegel vorschiebt, fehlt dann meistens das Geld. Gerade jetzt wird dies besonders brennend, denn ob dem Gerangel um den Bundeshaushalt, ist weitgehend untergegangen, daß die Finanzkrise bei den Gemeindehaushalten noch weit mehr durchschlägt.

Davon liegt der neue *Gemeindefinanzbericht* beredtes Zeugnis ab. Nicht daß sich daraus schon positive Lösungsansätze ergeben, dazu ist die Sichtweise zu beschränkt. Aber er vermittelt wichtige Rahmenbedingungen gegenwärtiger Kommunalpolitik.

Verfall der kommunalen Steuereinnahmen

Seitens der Bundesregierung wird die finanzielle Lage der Gemeinden und Städte durchweg verniedlicht, insbesondere was die „Operation '82" den Kommunen an *Mehr*belastungen bringt.

Die wichtigsten Elemente der kommunalen Finanzkrise sind: Erstens die Steuerausfälle infolge der Steuerreformen seit Mitte der 70er Jahre; zweitens die Kürzung der Finanzzuweisungen an die Gemeinden; drittens die Kürzung sozialer Ausgaben in den zentralen Haushalten und deren Abwälzung auf die kommunalen Haushalte.

Der Verfall der *kommunalen Steuereinnahmen* hat sich bereits im letzten Jahr drastisch ausgewirkt. Während die Steuereinnahmen aller Gebietskörperschaften 1981 noch um etwa 1,5% gestiegen sind, verminderten sich die Steuereinnahmen der Gemeinden um ca. 3,4%. Die genauen Ergebnisse liegen noch nicht vor. Für 1982 rechnet der Arbeitskreis „Steuerschätzung" nach seiner Sitzung im März mit einer Zunahme aller Steuern um 5,4%, jener der Gemeinden dagegen um nur 4,0%.

Daß die Steuereinnahmen der Gemeinden hinter den Gesamteinnahmen zurückbleiben, hängt einmal mit der unterschiedlichen Zusammensetzung der Steuereinnahmen zusammen. Immer noch machte die *Gewerbesteuer* knapp 40% der kommunalen Steuereinnahmen aus; diese Steuer reagiert aber viel stärker auf den wirtschaftlichen Einbruch, als dies etwa bei der Umsatzsteuer der Fall ist, die sich Bund und Länder unter sich aufteilen.

Mehr noch aber hat sich die Politik der Steuerpakete der letzten Jahre zuungunsten der Gemeinden ausgewirkt. Dabei handelt es sich auch nicht um Schwankungen im Verlauf des Krisenzyklus der Wirtschaft, sondern um langfristige Struktureffekte.

An erster Stelle ist dabei die Abschaffung der Lohnsummensteuer mit dem Jahre 1980 und die wiederholten Beschneidungen der Gewerbesteuer nach Ertrag (Gewinn) und Kapital bedeutsam. Darüber haben Bund und Länder beschlossen, die Folgen aber haben die Gemeinden auszubaden.

Die *Lohnsummensteuer* war abgeschafft worden, weil sie angeblich beschäftigungsfeindlich sei. Der Städtetag weist darauf hin, daß jene Städte, in denen einst die Lohnsummensteuer erhoben worden ist, nach wie vor die höchsten Arbeitslosenquoten aufweisen. Zur Dämpfung des Steuerausfalls war jenen Städten zunächst ein „Spitzenausgleich" gewährt worden; dieser wird aber im kommenden Jahr wegfallen. Vor allem Städte in Nordrhein-Westfalen sind hiervon betroffen.

Bei der *Gewerbesteuer* wurden am Jahresanfang 1980 die Freibeträge kräftig angehoben. Dies hatte zur Folge, daß 1980 gerade noch 36% aller Betriebe überhaupt Gewerbesteuer nach Ertrag und nur noch 17% der Betriebe Gewerbesteuer nach Kapital zu zahlen hatten. Damit wurden die eigentlichen Gemeindesteuern immer mehr von einigen Großbetrieben abhängig und liegen heute unter dem Niveau von 1977.

Der Gemeindefinanzbericht stellt daher fest: „Pläne, etwa zur Stimulierung der Wirtschaft nun auch die Gewerbekapitalsteuer zu ‚opfern', dürfen, insbesondere nach den mißlichen Erfahrungen mit der Abschaffung der Lohnsummensteuer, überhaupt nicht zur Diskussion stehen, zumal diesen steuerpolitischen Eingriffen eine beschäftigungspolitische Effizienz abgesprochen werden muß."

Weiter haben die ganzen Steuerpakete bewirkt, daß die direkten Steuern *relativ* gesenkt wurden, während die indirekten Steuern – sei es die Mehrwertsteuer, sei es Tabak-, Branntwein- oder Schaumweinsteuer – erhöht wurden. Von den indirekten Steuern bekommen aber die Gemeinden überhaupt nichts, an den direkten Steuern sind sie wenigstens beteiligt. So bekommen sie seit 1980 15% des Einkommen- und Lohnsteueraufkommens.

Zusammen ergibt sich also folgendes Bild: Die reinen Gemeindesteuern wurden kräftig beschnitten oder sogar beseitigt; die Steuern, an denen die Gemeinden beteiligt sind, wurden im Anstieg gebremst; die Steuern, die sich Bund und Länder teilen, wurden durchweg erhöht.

So schlägt allein die Verbesserung der Abschreibung, die den Kapitalisten mit der „Operation '82" beschert wurde, infolge verminderter Einnahmen bei der Einkommen- und Gewerbesteuer bei den Gemeinden in den Jahren 1982 bis 1985 mit einem Minus von 2,5 Mrd. DM zu Buche. Dagegen fallen die erhöhten Verbrauchsteuern allein bei Bund und Ländern an.

Weniger Zuweisungen aber mehr Aufgaben

Weiter verschärft wird die finanzielle Lage dadurch, daß die Bundesländer ihre eigene Finanzkrise zu einem gehörigen Teil zu Lasten der Gemeinden zu lösen versuchen. Und immerhin knapp 30% aller kommunalen Einnahmen hängen von den Zuweisungen aus Bund- und Länderhaushalten ab. Mit zwei Ausnahmen haben alle Länder ihre Finanzzuweisungen an die Gemeinden 1981 erheblich reduziert. Sei es, daß der kommunale Finanzausgleich pauschal gekürzt wurde, sei es, die Reduzierung der zweckgebundenen Zuweisungen – wie etwa in Baden-Württemberg für die kommunalen Kindergärten.

Andererseits rechnen die Gemeinden mit *Mehrbelastungen* von jährlich 600 bis 800 Mio. DM infolge der Kürzungen im Sozialbereich bei den zentralen Haushalten. Als da sind: Einschränkungen der Bezieher originärer Arbeitslosenhilfe; Verlängerung der Sperrzeiten in der Arbeitslosenversicherung von 4 auf 8 Wochen; Verlängerung der Anwartschaft für Arbeitslosengeld auf 12 Monate; Reduzierung des Kindergeldes für das zweite und dritte Kind um jeweils 20 DM; Kürzung des Wohngeldes, was vor allem Rentner trifft.

All dies wird zu zusätzlichen Ausgaben bei der Sozialhilfe führen, was von der Bundesregierung geflissentlich „übersehen" wird. Freilich haben sich die für die Gemeinden sprechenden Politiker zum Ausgleich die bekannten Kürzungen bei Sozialhilfe – ebenfalls Bundesgesetz, das die Gemeinden ausführen und finanzieren dürfen – eingesetzt.

Die Auswirkungen

Wie eine Ende 1981 durchgeführte Umfrage des Deutschen Städtetages ergibt, werden die Gemeinden durchweg ihre *Gebühren erhöhen*. Wenig zu holen sei in den klassischen Gebührenhaushalten wie Straßenreinigung, Abwasser- und Abfallbeseitigung, da diese schon weitgehend kostendeckend arbeiten. Dagegen sind 1982 in den Defizitbereichen wie Volkshochschulen, Musikschulen, Bädern oder Museen Gebührenerhöhungen von zum Teil über 20% geplant.

Als Hauptansatzpunkte für die Streichung auf der Ausgabenseite wird folgendes genannt:
– Streichungen und/oder Streckungen von Investitionen (z.B. Schulen, Sportstätten, Bädern und Straßen);
– Einsparungen bei der laufenden Unterhaltung und Instandsetzung von städtischen Bauten und Straßen;
– Schließung von Einrichtungen (z.B. Kindergärten, Bädern, oder Stadtteilbibliotheken);
– Reduzierung des Leistungsangebots (z.B. bei Theatern, Opern, Volkshochschulen);
– Überprüfung und Kürzung der freiwilligen Zuschüsse (z.B. im Sozialbereich, an Sportvereine, zu Schulveranstaltungen);
– Einsparungen bei den Ausgaben des engeren Verwaltungsbereichs (Kürzung der Personal- und Sachausgaben).

Unter die Räder kommt also alles, was nicht staatliche Auftragsarbeit, sondern „freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben" betrifft. Am deutlichsten wird dies bei den Investitionen.

Trotz fehlender Gelder wurden die Investitionsausgaben im vergangenen Jahr nur um 3% reduziert. Begonnene Bauten sollten noch fertiggestellt werden. Für dieses Jahr rechnet der Gemeindefinanzbericht mit einem Rückgang um über 12%. Damit könnten die Gemeinden weniger investieren als im schlechtesten Jahr der 70er Jahre. Erstens bleibt nach Finanzierung der laufenden Ausgaben (im Verwaltungshaushalt) ohnehin kaum noch etwas übrig, und was übrig bleibt, geht fast vollständig für die Tilgung früherer Kredite drauf. D.h. aus eigenen Mitteln können die Gemeinden praktisch überhaupt nichts mehr investieren.

Angesichts dieser Lage, heißt es in dem Bericht in Anspielung auf das Gerede um ein Konjunkturprogramm, sollte vorrangig den Kommunen die Durchführung ihrer „normalen" Investitionen ermöglicht werden.

Gemeindefinanzbericht 1980, in: der städtetag 2/82, Verlag W. Kohlhammer

Das Unternehmen AEG:

Nach dem großen Fressen das bittere Ende

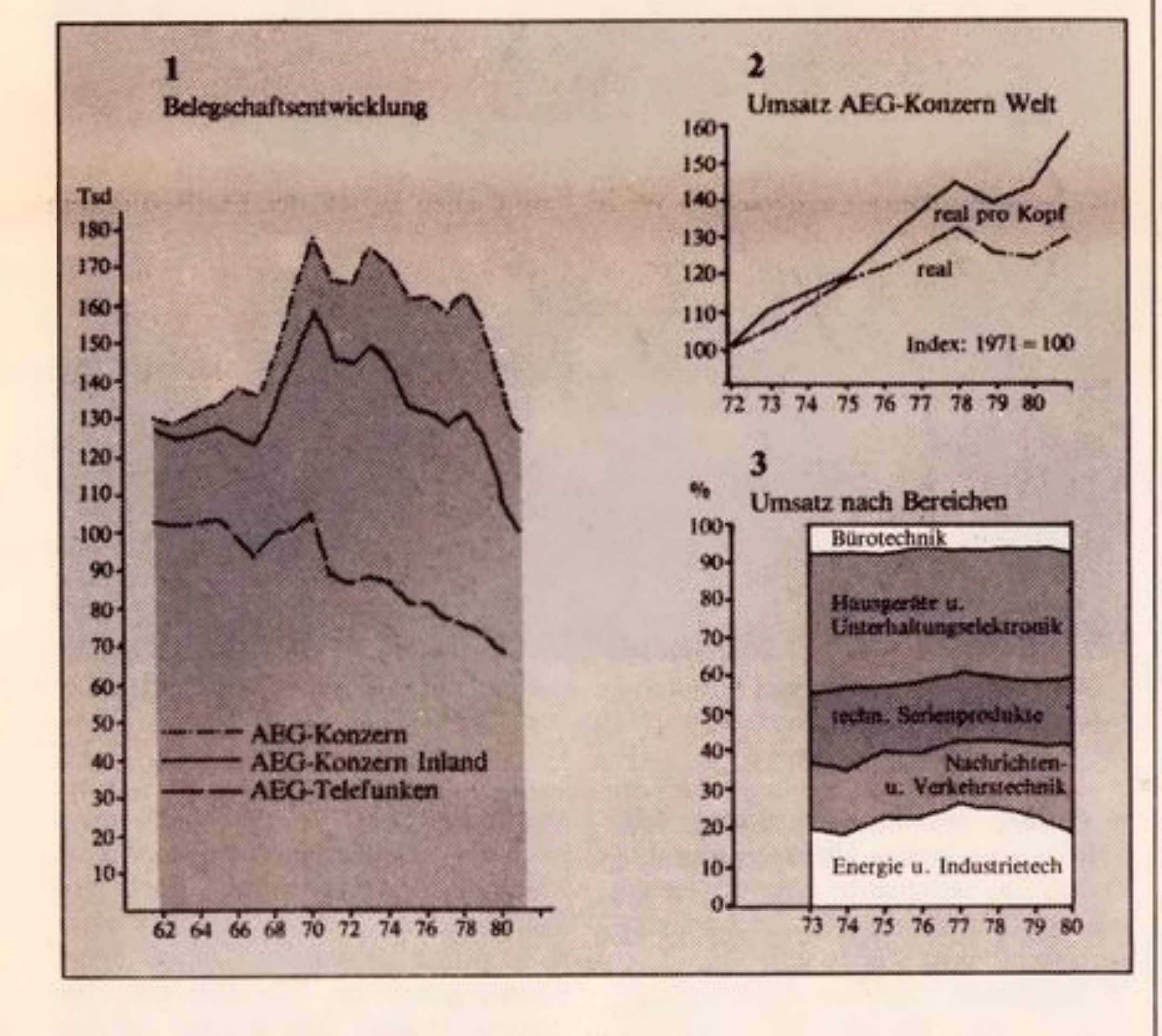
Jahrelang hat AEG ein Unternehmen nach dem anderen aufgekauft. AEG ist dadurch zwar immer fetter, aber nicht auch schlagkräftiger geworden. Die Herren vom Vorstand haben falsch gewettet. Ihnen hat das zwar nicht viel geschadet, der Konzern aber liegt darnieder. Aus seinen Resten hat die Konkurrenz einen ganz neuen Zweig gebildet: Telematik. Doch ob das Projekt gelingt, ist unsicher.

Die Firma AEG ist hoch verschuldet bei den Banken. 1981 wurde wegen Zinszahlungen von 650 Millionen DM bei einem Umsatz von ca. 15 Milliarden DM mit einem negativen Saldo abgeschlossen. Im Vergleich zu 1980 wurde ein um 5% gesteigerter Umsatz mit 7% weniger Beschäftigten erzielt. Die Wertschöpfung pro Mitarbeiter im Inland wurde erneut, wie schon 1980, um 9% gesteigert. Die vor 10 Jahren sich ankündigende und seit 5 Jahren offen ausgebrochene Dauerkrise des AEG-Konzerns ist nicht beendet. Firmenkäufe und -verkäufe von Konzernteilen oder Anteilen an Konzernteilen in atemberaubendem Tempo und Durcheinander prägen das Erscheinungsbild des Konzerns.

Die in jüngster Zeit spektakulärste Operation bestand in der Gründung eines sogenannten Telematik-Bereiches. Ausgangspunkt dieser Operation war der Verkauf des überwiegenden Anteils der AEG-Beteiligung an der Telefon und Normalzeit, die bisher mit Gewinn gearbeitet hatte. Um auf dem Gebiet der modernen Kommunikationstechnologie eine starke Stellung zu erzielen, wurde durch komplizierte Verflechtung der Kapitale von Bosch, Mannesmann und AEG ein sogenanntes Kooperationsmodell Telematik zusammengebracht. In diesem Jahr gründete AEG zudem zusammen mit der französischen Werkzeugmaschinengesellschaft Acier Outillages Peugeot die European Power Tools Corporation. In diese Kooperationen wurden jeweils einigermaßen funktionierende AEG-Bereiche eingebracht. Im Zusammenhang damit, daß die Kapitaltransaktionen nur durch Verkauf florierender Beteiligungen (neben TN vorher schon Hartmann & Braun) stattfanden, wurde nicht zu unrecht von einem Ausverkauf des Konzerns gesprochen.

Diese Kapitaltransaktionen liegen dennoch auf absehbare Zeit notwendig werdende Änderungen der Produktionsstruktur der Elektroindustrie zugrunde. Wenn man sich eine Auffassung bilden will, welche Politik gegenüber dem AEG-Konzern vernünftig wäre, ist es sinnvoll, die inneren Ursachen der Krise von AEG zu skizzieren und einige Charakteristika der Produktionsstruktur der Elektroindustrie zu erfassen.

diese Kooperationen wurden jeweils einigermaßen funktionierende AEG-Bereiche eingebracht. Im Zusammenhang damit, daß die Kapitaltransaktionen nur durch Verkauf florierender Beteiligungen (neben TN vorher schon Hartmann & Braun) stattfanden, wurde nicht zu unrecht von einem Ausverkauf des Konzerns gesprochen.
Diese Kapitaltransaktionen liegen dennoch auf absehbare Zeit notwendig werdende Änderungen der Produk-



Über mehrere Jahre hinweg hat zum Beispiel der AEG-Vorstand versucht, die schlechte Geschäftslage des Konzerns mit der zunehmenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu erklären. Sicher ist die Anarchie auf dem Weltmarkt und die so möglicherweise entstehende Überkapazität an Produktionsanlagen ein Faktor, der auf die krisenhafte Entwicklung von AEG wirkt. Denn solche äußeren Gründe können zum Beispiel nicht erklären, daß das Management von AEG den miserabelsten Ruf genießt, den man sich vorstellen kann. Und das nicht nur in der Gewerkschaftspresse.

„If you can't beat them, join them“, das war eine der Begründungen, mit denen Heinz Dürr in der AEG-eigenen Zeitung AEG-Telefunken Report den AEG-Beschäftigten seine verschiedenen Verkaufs- und Kooperationspläne nahebringen wollte. Dieser Spruch enthält nicht nur die Motive für die heutigen Kapitalverschiebungen, er enthält auch den hauptsächlichen Grund für die miserable Lage des Konzerns heute. Nach dem II. Weltkrieg wurde der AEG-Konzern relativ rasch wieder der zweitgrößte Elektrokonzern der BRD, hinter Siemens. Relativ bald hatte sich in Westdeutschland eine Gruppe von drei führenden Elektrokonzernen herausgebildet. Neben Siemens und AEG war das Bosch.

Die Position von AEG war durch diese beiden bedroht. Ausländische Konkurrenten drängten auf den deutschen Markt. Positionen auf dem Weltmarkt wurden bedroht. Größere Schwierigkeiten der Kapitalverwertung zeigten sich erstmals in der Krise 1966/67. Nachdem auch schon vor 1966 der Konzern durch Zentralisation verschiedener kleinerer Kapitale vergrößert worden war, galt die nach 1966, insbesondere im Aufschwung 1968 einsetzende Konzentrationswelle dem Aufbau einer vorherrschenden Stellung des Konzerns auf dem deutschen Markt und Festigung der Stellung auf dem Weltmarkt.

Konzern relativ rasch wieder der zweitgrößte Elektrokonzern der BRD, hinter Siemens. Relativ bald hatte sich in Westdeutschland eine Gruppe von drei führenden Elektrokonzernen herausgebildet. Neben Siemens und AEG war das Bosch.
Die Position von AEG war durch diese beiden bedroht. Ausländische Konkurrenten drängten auf den deutschen Markt. Positionen auf dem Weltmarkt wurden bedroht. Größere

Mit der Beteiligung an der Telefonbau und Normalzeit 1968 sicherte sich AEG 80% der damaligen Produktion auf dem Gebiet der Fernsprechvermittelungstechnik. Mit dem Erwerb von Hartmann & Braun wurde die Marktposition auf dem Gebiet der Meß- und Regeltechnik verbessert. Eine ganze Reihe von Käufen galt Firmen, die dieselben Hausgeräte produzierten wie AEG. Linde, Neff, Zanker, Witte, BBC-Hausgeräte wurden aufgekauft. Damit sollte der Hausgerätemarkt erweitert und abgesichert werden. In groben Umrissen kann man erkennen, daß alle diese Käufe nicht einer Verbesserung der Produktionsstruktur des Konzerns dienten, sondern der Absicherung von Märkten und der Eroberung einer Spitzenposition in Westdeutschland. Das ganze konnte man auch als Angriff auf die führende Position von Siemens verstehen. Betrug der Umsatz von AEG 1965 noch 69% von dem von Siemens, so verbesserte sich das Verhältnis für AEG bis 1972 auf 80%.

Doch 1976 waren alle Hoffnungen zerfahren. Das Verhältnis des AEG-Umsatzes zum Siemens-Umsatz sank auf 62%. Siemens hatte von AEG die Kraftwerksunion übernommen. Die Expansion von AEG zerplatzte wie eine Seifenblase, nachdem AEG schon 1974 aus dem EDV-Geschäft ausgebootet worden war.

Durch ein Hasardspiel sollten alte Märkte (Hausgeräte, Elektroanlagen) abgesichert werden und durch große Investitionen in neue Märkte vorgedrungen werden. Zunehmend mußte dafür die Substanz des Unternehmens angegriffen werden. Betrug 1968 das Verhältnis zwischen Eigenkapital und Verbindlichkeiten 100:130 so stiegen bis 1971 die Verbindlichkeiten auf das 2,34fache des Eigenkapitals. Entsprechend haben die Zinszahlungen immer mehr zugenommen.

Das Ergebnis sind dann überalterte Produktionsanlagen, die noch bis zum letzten ausgenutzt und dann stillgelegt werden. Dieser Prozeß setzte unter dem neuen Vorstandsvorsitzenden Cipa 1976 ein. Stillgelegt wurden ab Mitte der 70er Jahre zum Beispiel AEG Ackerstraße in Westberlin (Kleinstmotorenwerk), das Olympia-Werk in Braunschweig, ein Hausgerätewerk (Neff) in Bruchsal, ein Telefunkenwerk in Hannover, eines in Kassel-Waldau, eines in Wolfenbüttel (Imperial Unterhaltungselektronik) u.v.a. (s.a. Abb. Belegschaftsentwicklung) Dieser Prozeß scheint überhaupt noch nicht abgeschlossen zu sein. Und unter Heinz Dürr wird wie unter Cipa, wenn nicht in stärkerem Umfang, Personal abgebaut. Der einzige Unterschied besteht darin, daß Dürr sich auf die Fehler seiner Vorgänger beruft und den Personalabbau mit besseren Zeiten schmackhaft zu machen versucht. „Bessere Zeiten“ sind auch schon eingetreten: Der Pro-Kopf-Umsatz des Konzerns entwickelte 1980 eine Steigerungsrate real wie nie zuvor. (s. Abb. 2) „Die Personalaufwendungen sind im Inlandkonzern auf 39,8% (Vorjahr 41,4%) der Leistungen zurückgegangen.' (AEG-Geschäftsbericht 1980)

Die Rationalisierungsmaßnahmen bestanden und bestehen nicht nur in Überzähligmachen von Arbeitern, sondern auch in einer Veränderung der Produktionsstruktur des Konzerns. Die Frage ist zunächst, was charakterisiert den Arbeitsprozeß der Elektrobranche und speziell im AEG-Konzern.

Das Kapital in der Elektroindustrie ist hoch konzentriert. In ein Prozent der Konzerne sind 51% aller in der Elektroindustrie Arbeitenden beschäftigt. Dieser hohen Zentralisation widerspricht die umfangreiche Produktpalette dieser Konzerne. Die AEG-Produktionsstätten sind über das ganze Land verteilt. Bei im Inland insgesamt 70000 Beschäftigten ergibt sich eine mittlere Betriebsgröße von etwa 1000 bis 1500 Beschäftigten. Das ist auch etwa die optimale Betriebsgröße, wie sie sich für die ganze Branche ergibt, nimmt man den Umsatz pro Beschäftigten der selbständigen Unternehmen. In etwa kann man für AEG sagen, daß pro Betrieb ein Produkt hergestellt wird (oder das zumindest) angestrebt wird.

80%.
Doch 1976 waren alle Hoffnungen zerfahren. Das Verhältnis des AEG-Umsatzes zum Siemens-Umsatz sank auf 62%. Siemens hatte von AEG die Kraftwerksunion übernommen. Die Expansion von AEG zerplatzte wie eine Seifenblase, nachdem AEG schon 1974 aus dem EDV-Geschäft ausgebootet worden war.
Durch ein Hasardspiel sollten alte Märkte (Hausgeräte, Elektroanlagen) abgesichert werden und durch große Investitionen in neue Märkte vorgedrungen werden. Zunehmend mußte dafür die Substanz des Unternehmens angegriffen werden. Betrug 1968 das Verhältnis zwischen Eigenkapital und Verbindlichkeiten 100:130 so stiegen bis 1971 die Verbindlichkeiten auf das 2,34fache des Eigenkapitals. Entsprechend haben die Zinszahlungen immer mehr zugenommen.
Das Ergebnis sind dann überalterte Produktionsanlagen, die noch bis zum letzten ausgenutzt und dann stillgelegt werden. Dieser Prozeß setzte unter dem neuen Vorstandsvorsitzenden Cipa 1976 ein. Stillgelegt wurden ab Mitte der 70er Jahre zum Beispiel AEG Ackerstraße in Westberlin (Kleinstmotorenwerk), das Olympia-Werk in Braunschweig, ein Hausgerätewerk (Neff) in Bruchsal, ein Telefunkenwerk in Hannover, eines in Kassel-Waldau, eines in Wolfenbüttel (Impe-

Betrachtet man die Produktion vom Endprodukt aus, so sieht man keinen sachlichen Grund für günstige Bedingungen der Zentralisation des Kapitals. Eher würde man Dezentralisationstendenzen vermuten. In der ihm eigenen Form teilt der Geschäftsbericht AEG 1980 auch mit, daß es solche Tendenzen gibt. „Wir wissen, daß in einem stark dezentralisierten Unternehmen der Blick für das Gesamtinteresse bisweilen verlorengehen kann.“ Der Vielfalt der produzierenten Produkte entspricht die örtliche Verteilung des Konzerns.

Was begünstigt die Zentralisierung des Kapitals? Betrachtet man nicht das Endprodukt, sondern die Elemente, die darin eingehen, so sieht man, daß sich diese sowohl im Anlagenbau wie bei den Verbrauchsgütern gleichen. Die Elemente, die zum Beispiel in einer Leitwarte für eine industrielle Produktionsstraße installiert sind, sind Bildschirme, Telefone, Funkanlagen, Schaubilder mit Leuchten, Magnetbänder – alles Dinge, die in anderer Qualität und in etwas anderer Ausführung auch im Massengebrauch sind. Die zukünftige Nutzung von Lichtleiterkabeln zum Beispiel soll sich auf Kabelfernsehen wie auf neue elektronische Steuereinheiten wie auf kommerziellen Datenaustausch erstrecken.

Sicher sind die hohen Kapitalvorschüsse und die lange Auftragsabwicklung im Anlagenbau ein Grund dafür, daß letztlich hauptsächlich starke Kapitale im Anlagenbau überdauern. Betrachtet man den Maschinenbau, wo die mittleren Unternehmen vorherrschen, so erkennt man, daß das nicht der einzige Grund sein kann. Ausschlaggebend scheint zu sein, daß in der Elektroindustrie relativ häufig neue Produkte entwickelt werden. AEG gibt z.B. für Forschung und Entwicklung 6% seines Umsatzes aus. Worauf kommt es nun an?

Erstens, daß sich die Neuentwicklungen in möglichst hoher Stückzahl später wiederfindet. Deswegen ist in der Elektroindustrie der Anlagenbau fast immer mit einem großen Massengüterbereich kombiniert. Bei AEG wie es in Abbildung 3 gezeigt wird, bei Siemens weniger (nur ca. 10 bis 15%) mit Massenkonsumgütern, dafür aber mit einem ziemlichen Monopol auf dem Fernsprechsektor.

Zweitens kann ein neues Produkt nur überleben, wenn es sich in Nachbarschaft von mit ihm kombinierten Produkten befindet. Das Glasfaserkabel als Lichtleiter kann nur mit optisch-elektronischen Bauelementen und entsprechenden Schnittstellen zu anderen bisher schon gebräuchlichen Geräten überleben. Kooperation verschiedenster Tätigkeiten ist also schon bei der Geburt eines neuen Produkts nötig. Diese Kooperation kann sich im Kapitalismus nicht einfach als Kooperation verschiedener Abteilungen der Produzenten verwirklichen, sondern sie kann sich überhaupt nur unter einem Kapital oder dadurch entwickeln, daß mehrere Kapitale zusammenfinden.

zielen Datenaustausch erstrecken.
Sicher sind die hohen Kapitalvorschüsse und die lange Auftragsabwicklung im Anlagenbau ein Grund dafür, daß letztlich hauptsächlich starke Kapitale im Anlagenbau überdauern. Betrachtet man den Maschinenbau, wo die mittleren Unternehmen vorherrschen, so erkennt man, daß das nicht der einzige Grund sein kann. Ausschlaggebend scheint zu sein, daß in der Elektroindustrie relativ häufig neue Produkte entwickelt werden. AEG gibt z.B. für Forschung und Entwicklung 6% seines Umsatzes aus. Worauf kommt es nun an?
Erstens, daß sich die Neuentwicklungen in möglichst hoher Stückzahl später wiederfindet. Deswegen ist in der Elektroindustrie der Anlagenbau fast immer mit einem großen Massengüterbereich kombiniert. Bei AEG wie es in Abbildung 3 gezeigt wird, bei Siemens weniger (nur ca. 10 bis 15%) mit Massenkonsumgütern, dafür aber mit einem ziemlichen Monopol auf dem Fernsprechsektor.
Zweitens kann ein neues Produkt nur überleben, wenn es sich in Nachbarschaft von mit ihm kombinierten Produkten befindet. Das Glasfaserkabel als Lichtleiter kann nur mit optisch-elektronischen Bauelementen und entsprechenden Schnittstellen zu anderen bisher schon gebräuchlichen

Die Dürrschen Kapitaltransaktionen und die „Partnerschaft“ mit Bosch und Mannesmann scheinen eine Lösung in dieser Richtung darzustellen. Nur was für eine! Der neue AEG-Partner Bosch stellt führend Autoelektronik her. AEG will verstärkt mit Bosch auf diesem Makrt konkurrieren. Die Kienzle-Produkte – Mannesmann besitzt 50% der Anteile – konkurrieren mit AEG-Rechnern und Olympia-Textsystemen.

Man kann Gift darauf nehmen, daß die Kooperation zunächst darin besteht, die jeweils eigene Position zu verbessern. Eines der besten Beispiele der Vergangenheit ist die „Zusammenarbeit“ von Siemens und AEG in der KWU. Die von AEG vertretene Reaktorlinie (Siedewasserreaktor) wurde nach der Fusion vom AEG-Teil der KWU weitergebaut und vertrieben. Bis AEG am Siedewasserreaktorgeschäft fast erstickt wäre und die KWU an Siemens verkaufen mußte.

„Wie weiter mit dem Konzern?“, ist die Frage, die H. Bierbaum im „Gewerkschafter“ stellt. Bierbaum verlangt, daß das Eigenkapital des Konzerns um 2 Milliarden DM erhöht wird, den Betrag, den Banken seit 1974 bis 1980 an Zinsen aus AEG gezogen haben. Sollte das nicht möglich sein, verlangt er eine gesellschaftliche Lösung unter Beteiligung der AEG-Belegschaft. Grundlage dieser Lösung müsse die Streichung der Altlasten sein. In der Allgemeinheit kann man das unterstützen. Ob man allerdings eine gesellschaftliche Lösung jetzt ins Auge fassen kann, die ja nicht einfach in Verstaatlichung bestehen soll, ist mehr als fraglich. Innerhalb des Konzerns selbst wäre schon eine der Arbeiterselbstverwaltung ähnliche Lösung möglich. Aber, ohne daß eine politische Änderung der ganzen Gesellschaft stattgefunden hat, muß jede notwendig werdende Neuorganisation des Arbeitsprozesses in der Elektrobranche als Kapitalverflechtung vor sich gehen. Nicht zuletzt, auch das würde die Verwertung des Kapitals von AEG als Zweck des Unternehmens in den Vordergrund rücken. Die Formel die der Kapitalismus für diese Vorgänge gefunden hat, ist die Verflechtung der Bänken mit den Konzernen in der Elektrobranche, konkret der Dresdner Bank und der Deutschen Bank jeweils mit AEG und Siemens und kreuzweise. *aml*

werkschafter“ stellt. Bierbaum verlangt, daß das Eigenkapital des Konzerns um 2 Milliarden DM erhöht wird, den Betrag, den Banken seit 1974 bis 1980 an Zinsen aus AEG gezogen haben. Sollte das nicht möglich sein, verlangt er eine gesellschaftliche Lösung unter Beteiligung der AEG-Belegschaft. Grundlage dieser Lösung müsse die Streichung der Altlasten sein. In der Allgemeinheit kann man das unterstützen. Ob man allerdings eine gesellschaftliche Lösung jetzt ins Auge fassen kann, die ja nicht einfach in Verstaatlichung bestehen soll, ist mehr als fraglich. Innerhalb des Konzerns selbst wäre schon eine der Arbeiterselbstverwaltung ähnliche Lösung möglich. Aber, ohne daß eine politische Änderung der ganzen Gesellschaft stattgefunden hat, muß jede notwendig werdende Neuorganisation des Arbeitsprozesses in der Elektrobranche als Kapitalverflechtung vor sich gehen. Nicht zuletzt, auch das würde die Verwertung des Kapitals von AEG als Zweck des Unternehmens in den Vordergrund rücken. Die Formel die der Kapitalismus für diese Vorgänge gefunden hat, ist die Verflechtung der Bänken mit den Konzernen in der Elektrobranche, konkret der Dresdner Bank und der Deutschen Bank jeweils mit AEG und Siemens und kreuzweise. aml



Bei General Motors 52% für Lohnverzicht

kvz. Nur knapp also stimmten vor Ostern die UAW-Arbeiter dem ausgehandelten Lohnverzichtsvertrag zu, der in weiten Teilen identisch ist mit dem Vertrag, den die UAW auch schon mit Ford abgeschlossen hatte (siehe KVZ 10 und 12/1982, Gewerkschaftsseiten). Besonderheiten in dem Vertrag bilden noch folgende ,,Kleinigkeiten'': Neueingestellte Arbeiter erhalten nur 80% der Löhne und Sozialleistungen, einer Maßregelung für häufige Abwesenheit von der Arbeit wurde zugestimmt, auch langjährig Beschäftigte können bei GM entlassen werden (bei Fortzahlung von 50% des Lohnes). ,,Die knappe Mehrheit läßt klar erkennen, daß unsere GM-Mitglieder einen schwierigen und schmerzvollen Schritt unternommen haben in dem Versuch, unsere Probleme in diesen bewegten wirtschaftlichen Zeiten in den Griff zu bekommen'', erklärte der Präsident der UAW, Douglas Fraser, und hat damit vornehm die Spaltung der Arbeiter bezüglich der Verabschiedung dieses Vertragswerks umschrieben. Konflikte dürften damit vorprogrammiert sein. – Nach dem Ford und GM-Abkommen will die UAW jetzt noch mit American Motors Corporation zum Abschluß kommen. Die Verhandlungen laufen.

Mexiko: Generalstreikdrohung macht Kapitalisten williger

kvz. Nachdem die Gewerkschaften unter der Führung ihres Dachverbandes CTM den Kapitalisten den Generalstreik, die Besetzung der Betriebe und die Selbstbetreibung der Geschäfte angedroht hatten, falls diese nicht die vorgesehene Erhöhung der Mindestlöhne um 30 Prozent zahlen, gaben die meisten Kapitalisten vorläufig bei. So brauchten die Gewerkschaften nur an 400 Betriebe Streikandrohungen verschicken. Der Konflikt war entstanden, als die Kapitalisten die gesetzlich festgelegte Erhöhung der Mindestlöhne, als für sich freiwillig auszulegende ansahen und der Großteil höchstens 8 bis 9% zahlen wollte. Erneute Auseinandersetzungen sind jedoch zu erwarten, wenn Ende April die dreimonatige Preiskontrolle ausläuft.

Fortsetzung der Verhandlungen über Tarifrente

kvz. Am 16.4.1982 verhandeln die IG Chemie und der Arbeitsring Chemie über die ,,beschäftigungspolitische Initiative'' der IG Chemie. Bei den letzten Verhandlungen war nichts herausgekommen. Die Kapitalisten hatten auf die ,,überdimensionalen Kostenbelastungen'' hingewiesen und erklärt, daß die beschäftigungspolitischen Wirkungen nicht zu erreichen seien. Das Programm sei nicht finanzierbar und sie seien nicht bereit die Beschäftungsgarantie zu realisieren. Zusätzlich stünden gesetzliche Hindernisse im Wege. Die beste Beschäftigungspolitik sei eine ,,maßvolle Tarifpolitik''. Die IG Chemie hat sich in der Zwischenzeit mit der Bitte um Gespräche an die Bundestagsfraktionen gewandt, um so die notwendigen gesetzlichen Änderungen sowie die Grundlage für zweckentsprechende Leistungen der Bundesanstalt zu erreichen.

7000 Arbeiter bei Renault ausgesperrt wegen Streiks

kvz. Im Werk Flins (insgesamt 18000 Beschäftigte) hat die Werkleitung von Renault 7000 Arbeiter ausgesperrt, weil nach den Arbeitsniederlegungen der Transportarbeiter auch einige hundert Beschäftigte der Sattlerei und der mechanischen Fertigung für Lohnerhöhung gestreikt hatten. Die Produktion von R5 und R18 wurde somit blockiert. Da es sich bei den Streikenden zu 90% um ausländische Arbeiter handelt, versucht die Werkleitung mit dem Mittel der Aussperrung ein Disziplinierungs- und Spaltungsmittel gegen diese Abteilungen einzusetzen.

Nach ein wenig Zieren auch bei den Versicherungen 4,2%-Kopie

kvz. Nachdem vor den letzten Verhandlungen am 6.4.1982 der Verhandlungsführer der HBV ein deutlich besseres als das 4%-Angebot forderte, mußte er nach dem Abschluß zugestehen, daß der 4,2%-Abschluß nicht im erforderlichen Umfang der überdurchschnittlichen Wirtschaftskraft des Versicherungsgewerbes und dem unverändertem Nachholbedarf der Versicherungesangestellten Rechnung trage. Zusätzlich zur Lohnerhöhung wurde ein zusätzlicher Urlaubstag vereinbart für alle Angestellten, die noch nicht einen 6wöchigen Jahresurlaub haben. Versicherungsangestellte im Zwei-Schicht-Betrieb haben Anspruch auf eine, Angestellte im Drei-Schicht-Betrieb auf 2 zusätzliche Freischichten im Jahr. Die Schichtzulagen wurden um 30 DM (Zwei-Schicht-Betrieb) und 60 DM (Drei-Schicht-Betrieb) auf 230 bzw. 460 DM erhöht. Vereinbart wurde, Verhandlungen aufzunehmen über Möglichkeiten einer vorzeitigen Pensionierung älterer Beschäftigter.

Engels statt Marx

Im Artikel ,,Selbstverwaltung – eine Aufgabe der Arbeiterbewegung!'' (aus KVZ Nr. 14/1982, S. 10/11) kommt Karl Marx gegenüber Friedrich Engels zu unverhofften Ehren. Denn die zitierten Briefe stammen nicht von Marx sondern von Engels. In dem einen Fall ein Brief von Engels an Bebel, in dem anderen von Engels an Marx. An der Darstellung selbst ändert sich durch den Fehler allerdings nichts. *acm*

Die britischen Gewerkschaften wollen den Kampf gegen das neue Arbeitsgesetz aufnehmen

mam. Am 5.4. begann der Kongreß des TUC, des Dachverbandes der 108 britischen Fachgewerkschaften gegen das neue Arbeitsgesetz der Thatcher-Regierung, nach dem Arbeitsminister auch ,,Tabbit-Gesetz'' genannt. Die wirtschaftliche Lage in Großbritannien, wie auch die besondere Struktur der britischen Gewerkschaften, erschweren den Kampf gegen die neuen Gesetze, darauf spekuliert die Regierung.

Das Hauptziel der Regierung ist, die closed shops-Vereinbarung aus dem alten Arbeitsgesetz zu brechen und die Aktionsmöglichkeiten der Gewerkschaften einzuschränken. Closed shops bedeuten, daß in Betrieben, in denen diese Regelung gilt, nur Arbeiter und Angestellte beschäftigt sein dürfen, die den entsprechenden Fachgewerkschaften angehören. Sie sind infolge der besonderen historischen Entwicklung der britischen Gewerkschaften entstanden. Statt eines positiven Streikrechts gibt es in Großbritannien eine Immunität der Gewerkschaften, d.h., daß die Gewerkschaften als Organisationen immun sind, z.B. nicht strafrechtlich verfolgt werden können – was aber gegenüber Einzelmitgliedern möglich ist. Andererseits hat aber diese Immunität die Gewerkschaften *bisher* in die Lage versetzt, jederzeit Solidaritätsaktionen oder Solidaritätsstreiks, z.B. auf örtlicher Ebene auszurufen, wenn eine bestimmte Belegschaft für ihre Forderungen in den Streik getreten ist. Dies zu beseitigen, ist das zweite große Ziel der britischen Regierung.

Zu den einzelnen Gesetzesmaßnahmen: Mit den Argumenten der Organisationsfreiheit des einzelnen und der Effektivität des Arbeitsmarktes läuft der Angriff auf die closed shops. Dem neuen Gesetz nach soll in allen Betrieben mit der closed-shop-Vereinbarung alle 5 Jahre eine geheime Abstimmung stattfinden, bei der sich 80% der Belegschaft dafür aussprechen müssen, damit sie nicht aufgehoben wird. Für die Entschädigung von Leuten, die entlassen wurden, weil sie keiner Gewerkschaft beitreten wollten, wird ein Fonds von 2 Mio. Pfund eingerichtet. Von 1974 bis 1980 waren das 364. Das alte Gesetz sah eine Entschädigung dafür bis höchstens 600 Pfund vor, jetzt sollen es bis zu 35000 Pfund sein, je nach Verdienst. Um die Sache auf die Spitze zu treiben, sollen je nach Entscheidung eines Schiedsgerichts die Kapitalisten oder die Gewerkschaften diese Entschädigung zahlen.

Der nächste Pfeiler, der fallen soll, ist das sogenannte picketing-Recht von 1906. Es handelt sich um das Recht, Streikposten aufzustellen und im ganzen Betrieb, eingeschlossen Filialen des Betriebs oder auch andere Betriebe am Ort, für die Teilnahme am Streik zu agitieren. Das soll eingeschränkt werden auf die eigene Abteilung. Passend dazu sollen die Sympathiestreiks anderer Betriebe eingeschränkt bis verboten werden. Nur noch Betriebe die in direktem Lieferzusammenhang mit dem bestreikten Bereich stehen, sollen den Streik unterstützen können. Das bedeutet die praktische Aufhebung der Immunität der britischen Gewerkschaften, die per Zivilklage dazu gezwungen werden sollen, Strafen bis zu 250000 Pfund (eine Million DM) zu zahlen, wenn sie zu Sympathiestreiks aufrufen, die nicht im ,,Konfliktbereich'' liegen. In Bereichen, die von der Regierung zur ,,lebenswichtigen Industrie'' ernannt werden, sollen Streiks ganz verboten werden, ebenfalls, wenn sie zu einem ,,nationalen Notstand'' führen würden.

Letzte Woche hat Norman Tabbit, der Arbeitsminister, angekündigt, daß er noch vor den Neuwahlen in zwei Jahren aufs Ganze gehen will. Vielleicht fühlt er sich durch die mehrheitliche Zustimmung der SDP zu diesem Gesetz im Unterhaus beflügelt. Er will erreichen, daß in den nächsten zwei Jahren gesetzlich festgeschrieben wird, daß die Kapitalisten Arbeiter vorübergehend ohne Lohnausgleich entlassen können, wenn die normale Produktion aus wirtschaftlichen Gründen anderer industrieller Produktionsbereiche, eingeschränkt wird. Die Wahl von Gewerkschaftsfunktionären in den Betrieben und die Abstimmung über nationale Streiks soll in Zukunft geheim sein, was in Großbritannien vollkommen unüblich ist. Die Gewerkschaften sollen nicht mehr berechtigt sein, Mitgliedsbeiträge für die Labour Party einzuziehen von Mitgliedern die gleichzeitig bei der Labour Party Mitglied sind. Bei allen diesen Maßnahmen handelt es sich um eine direkte Einmischung der Regierung in innere Angelegenheiten der Gewerkschaften, also um eine Verletzung der Autonomie.

Auf dem Kongreß des TUC nannte Len Murray, der Generalsekretär, den Gesetzentwurf ein ,,Manifest für die gewerkschaftsfreie Gesellschaft''. Aber die Gewerkschaften tun sich trotzdem schwer. Durch die hohe Arbeitslosigkeit (12%) haben die Gewerkschaften an Mitgliedern verloren, insbesondere die großen bis zu 20%. Arbeitslosigkeit und die Tatsache, daß nur etwa ein Viertel aller Lohnabhängigen in closed shops arbeiten, führt zu Widersprüchen, die keinen einheitlichen Kampf für dieses System ermöglichen. Die Immunität der Gewerkschaften, die jetzt angetastet werden soll, streicht die Bedeutung der Erkämpfung des Streik*rechts* erneut hervor. Der TUC-Kongreß hat jetzt ein 8-Punkte-Programm beschlossen, im wesentlichen enthält es: Ablehnung und Nichtteilnahme an den regelmäßigen Abstimmungen in den closed shops. Rückzug der Gewerkschaften aus allen bisherigen Schiedsstellen für Arbeitsrecht, an denen sie beteiligt waren, und keine Teilnahme an den von der Regierung geplanten Einrichtung einer ,,Kriegskasse'' von einer Million Pfund Sterling durch 10 pence von jedem Mitglied, um den Kampf gegen das neue Arbeitsgesetz zu finanzieren.



Lastwagenfahrer werden von Streikposten gestoppt: In Zukunft will man gegen die Streikposten vorgehen.

Hauptfront, Nebenfront – was bedeutet die

Mexiko: Generalstreikdrohung macht Kapitalisten williger

kvz. Nachdem die Gewerkschaften unter der Führung ihres Dachverbandes CTM den Kapitalisten den Generalstreik, die Besetzung der Betriebe und die Selbstbetreibung der Geschäfte angedroht hatten, falls diese nicht die vorgesehene Erhöhung der Mindestlöhne um 30 Prozent zahlen, gaben die meisten Kapitalisten vorläufig bei. So brauchten die Gewerkschaften nur an 400 Betriebe Streikandrohungen verschicken. Der Konflikt war entstanden, als die Kapitalisten die gesetzlich festgelegte Erhöhung der Mindestlöhne, als für sich freiwillig auszulegende ansahen und der Großteil höchstens 8 bis 9% zahlen wollte. Erneute Auseinandersetzungen sind jedoch zu erwarten, wenn Ende April die dreimonatige Preiskontrolle ausläuft.

Fortsetzung der Verhandlungen über Tarifrente

kvz. Am 16.4.1982 verhandeln die IG Chemie und der Arbeitsring Chemie über die ,,beschäftigungspolitische Initiative'' der IG Chemie. Bei den letzten Verhandlungen war nichts herausgekommen. Die Kapitalisten hatten auf die ,,überdimensionalen Kostenbelastungen'' hingewiesen und erklärt, daß die beschäftigungspolitischen Wirkungen nicht zu erreichen seien. Das Programm sei nicht finanzierbar und sie

lungsführer der HBV ein deutlich besseres als das 4%-Angebot forderte, mußte er nach dem Abschluß zugestehen, daß der 4,2%-Abschluß nicht im erforderlichen Umfang der überdurchschnittlichen Wirtschaftskraft des Versicherungsgewerbes und dem unverändertem Nachholbedarf der Versicherungesangestellten Rechnung trage. Zusätzlich zur Lohnerhöhung wurde ein zusätzlicher Urlaubstag vereinbart für alle Angestellten, die noch nicht einen 6wöchigen Jahresurlaub haben. Versicherungsangestellte im Zwei-Schicht-Betrieb haben Anspruch auf eine, Angestellte im Drei-Schicht-Betrieb auf 2 zusätzliche Freischichten im Jahr. Die Schichtzulagen wurden um 30 DM (Zwei-Schicht-Betrieb) und 60 DM (Drei-Schicht-Betrieb) auf 230 bzw. 460 DM erhöht. Vereinbart wurde, Verhandlungen aufzunehmen über Möglichkeiten einer vorzeitigen Pensionierung älterer Beschäftigter.

Engels statt Marx

Im Artikel ,,Selbstverwaltung – eine Aufgabe der Arbeiterbewegung!'' (aus KVZ Nr. 14/1982, S. 10/11) kommt Karl Marx gegenüber Friedrich Engels zu unverhofften Ehren. Denn die zitierten Briefe stammen nicht von Marx sondern von Engels. In dem einen Fall ein Brief von Engels an Bebel, in dem anderen von Engels an Marx. An der Darstellung selbst ändert sich durch den Fehler allerdings nichts. acm

genüber Einzelmitgliedern möglich ist. Andererseits hat aber diese Immunität die Gewerkschaften bisher in die Lage versetzt, jederzeit Solidaritätsaktionen oder Solidaritätsstreiks, z.B. auf örtlicher Ebene auszurufen, wenn eine bestimmte Belegschaft für ihre Forderungen in den Streik getreten ist. Dies zu beseitigen, ist das zweite große Ziel der britischen Regierung.

Zu den einzelnen Gesetzesmaßnahmen: Mit den Argumenten der Organisationsfreiheit des einzelnen und der Effektivität des Arbeitsmarktes läuft der Angriff auf die closed shops. Dem neuen Gesetz nach soll in allen Betrieben mit der closed-shop-Vereinbarung alle 5 Jahre eine geheime Abstimmung stattfinden, bei der sich 80% der Belegschaft dafür aussprechen müssen, damit sie nicht aufgehoben wird. Für die Entschädigung von Leuten, die entlassen wurden, weil sie keiner Gewerkschaft beitreten wollten, wird ein Fonds von 2 Mio. Pfund eingerichtet. Von 1974 bis 1980 waren das 364. Das alte Gesetz sah eine Entschädigung dafür bis höchstens 600 Pfund vor, jetzt sollen es bis zu 35000 Pfund sein, je nach Verdienst. Um die Sache auf die Spitze zu treiben, sollen je nach Entscheidung eines Schiedsgerichts die Kapitalisten oder die Gewerkschaften diese Entschädigung zahlen.

Der nächste Pfeiler, der fallen soll, ist das sogenannte picketing-Recht von 1906. Es handelt sich um das Recht,

• In den Hilfsarbeitergruppen wird häufig sehr wenig Übertarif gezahlt.

liche Zustimmung der SDP zu diesem Gesetz im Unterhaus beflügelt. Er will erreichen, daß in den nächsten zwei Jahren gesetzlich festgeschrieben wird, daß die Kapitalisten Arbeiter vorübergehend ohne Lohnausgleich entlassen können, wenn die normale Produktion aus wirtschaftlichen Gründen anderer industrieller Produktionsbereiche, eingeschränkt wird. Die Wahl von Gewerkschaftsfunktionären in den Betrieben und die Abstimmung über nationale Streiks soll in Zukunft geheim

Durchsetzbarkeit – schließlich gibts noch die Auseinandersetzungen um die

Punkte-Programm beschlossen, im wesentlichen enthält es: Ablehnung und Nichtteilnahme an den regelmäßigen Abstimmungen in den closed shops. Rückzug der Gewerkschaften aus allen bisherigen Schiedsstellen für Arbeitsrecht, an denen sie beteiligt waren, und keine Teilnahme an den von der Regierung geplanten Einrichtung einer ,,Kriegskasse'' von einer Million Pfund Sterling durch 10 pence von jedem Mitglied, um den Kampf gegen das neue Arbeitsgesetz zu finanzieren.



Lastwagenfahrer werden von Streikposten gestoppt: In Zukunft will man gegen die Streikposten vorgehen.

Hauptfront, Nebenfront – was bedeutet die neue Lohnstruktur für die Druckindustrie?

Zur Kritik an der Tarifpolitik der IG Druck und Papier

acm. Die Schlichtungsverhandlungen zwischen der Gewerkschaft IG Druck und Papier und dem Bundesvorstand Druck sind ohne Ergebnis auf den 21. April vertagt worden. Der Streit geht um die Lohnerhöhung – Angebot der Kapitalisten zwischen 4,0 und 4,2% – und die Lohnstruktur. Hier blockten die Kapitalisten bisher ganz, wollen nicht mal einen definitiven Termin für Verhandlungen vereinbaren, auf dem die IG Druck und Papier-Verhandlungs- und Tarifkommission besteht.

Im Zusammenhang mit dem festgefahrenen Kampf sollte man vermeiden falsche Frontstellungen aufzubauen. Dies macht m.E. *anm* im Artikel in der letzten KVZ (Nr. 14, S. 11), wenn sie sagt:

,,Von Anfang an war die Taktik des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier die, es sich in der Frage der Prozente oder der Lohnforderung nicht mit den anderen Gewerkschaften, insbesondere dem Lohnvorreiter IG Metall, zu verderben und dies durch die Eröffnung einer Nebenfront, nämlich der Verhandlung über eine neue Lohnstruktur, in der Mitgliedschaft durchzusetzen.'' Sie folgerte, ,,daß in Sachen Reallohnsicherung in diesem Jahr noch nicht mal ein Versuch unternommen wird, was die Forderung von 7,5% von Anfang an bedeutete''.

Daß es eine *Taktik* des Hauptvorstandes in Lohnfragen gibt, sich mit anderen Gewerkschaften nicht anzulegen, halte ich für falsch. Die ganzen letzten Monate drängt die Drupa schon auf Abstimmung in Lohnfragen zusammen mit anderen Gewerkschaften. die mangelnde Fähigkeit, unter den jetzigen Bedingungen (Abschluß Metall) einen höheren Abschluß als um die 4% durchzusetzen, zur *Taktik* zu erklären, geht an den wirklichen Problemen vorbei. Tatsache ist doch, daß die Führer der Drupa unter den bestehenden Bedingungen bezüglich wirtschaftliche Lage, Arbeitslosigkeit und dem gesetzten Rahmen der anderen Tarifabschlüsse, einen Kurs auf ,,volle Durchsetzung der 7,5%'' gar nicht fahren konnten. Da hätte es auch gar nichts genutzt, wenn die Forderung gleich höher gewesen wäre. Eine Politik der Reallohnsicherung hätte nur auf breiter Front und unter Einsatz aller Streikmethoden und Reserven durchgesetzt werden können. Nach dem Abschluß bei Metall war und ist der Zug abgefahren.

Abstrus wird es, wenn behauptet wird, die *Taktik* wurde vom Vorstand vermittels der *Nebenfront Lohnstruktur* in der Mitgliedschaft durchgesetzt.

Erstens ist das mit dem *Durchsetzen* so eine Sache. Ich gehe davon aus, daß die Stimmung *insgesamt* in der Druckindustrie etwa bei den 7,5% lag. Die meisten wollen natürlich einen höheren Abschluß, aber es war auch klar, daß dafür die politischen Voraussetzungen nur durch eine radikale Wende in der *gesamten* Arbeiterbewegung hätten geschaffen werden können. Daß das möglich sei, davon wurde zu Recht *nicht* ausgegangen.

Zweitens stellt sich die Frage, ob die Lohnstruktur (und der Kampf um die Verbesserung dieser) wirklich eine *Nebenfront* ist. Unter Bedingungen, wo ein Abschluß in einer bestimmten Höhe quasi schon diktiert ist und man sich vielleicht noch um Zehntel prügeln kann, wäre der Einstieg in die Lohnstruktur m.E. ein ziemlicher Erfolg.

Dafür gibt es gleich mehrere Gründe:

- Es ist eine Fehlannahme, daß die Lohnstruktur vollständig kostenneutral wäre, also nur die bestehenden Übertarife absichern würde. Die Durchschnittswerte ergeben sich nämlich aus Höchst- und Niedrigstwerten. Bekanntermaßen wird in einigen großen Städten viel Übertarif, dagegen in den meisten Großstädten und kleineren Städten geringer Übertarif gezahlt. Gerade da, wo also bislang wenig gezahlt wird, hätte die neue Lohnstruktur eine schnelle *lohnsteigernde* Wirkung.
- In den Hilfsarbeitergruppen wird häufig sehr wenig Übertarif gezahlt. Durch die verbesserte Eingruppierung wäre auch hier eine sofortige Lohnsteigerung in vielen Fällen gegeben.
- Allgemein wäre das Absicherungsproblem zum Teil beseitigt – im Hinblick auf die zunehmende Absicht der Kapitalisten Lohnerhöhungen anzurechnen ein wichtiger Stützpfeiler gegen Lohnsenkungen.

Unter diesem Blickwinkel ist es schräg, wenn man die laufende Tarifrunde als die *Hauptfront* und der Kampf um eine neue Lohnstruktur als *Nebenfront* kennzeichnet. Ich würde den Wert eher umgekehrt sehen, weil eine Änderung der Lohnstruktur *langfristig* vor allem zur Reallohnsicherung beitragen und verbesserte Ausgangsbedingungen für die Lohnkämpfe der einzelnen Jahre schaffen würde. Die Verteidigung des Werts der Ware Arbeitskraft wäre *grundlegend* verbessert – und das dürfte ja mit der Inhalt einer *Hauptfront* sein.

Allerdings gibt es einiges zu kritisieren in der Handlungsweise des Vorstandes der IG Drupa. Da wäre die Naivität bei der Aufstellung der Lohnstruktur zu benennen. Auf dem Gewerkschaftstag kontrovers diskutiert, wird locker von der Tarifkommission eine beschlossen und dann auch ein paar Wochen später in die Verhandlungen eingebracht. Von der vielgerühmten Diskussion in der Mitgliedschaft bleibt nichts übrig, als der Streit, der hernach um das Demokratieverständnis des Vorstandes geführt werden muß.

Die politischen Bedingungen der Durchsetzbarkeit – schließlich gibts noch die Auseinandersetzungen um die Manteltarife und die Aus-, Fort- und Weiterbildung – sind dann gleich gar nicht diskutiert worden. Darauf käme es aber gerade an. Wie sieht man den Zusammenhang zum Kampf um die 35-Stunden-Woche? Wie kann eine Abstimmung in Sachen Lohnpolitik zwischen den Gewerkschaften erreicht werden, die politisch verbesserte Ausgangspositionen sichert? Solche politischen Diskussionen, was die Bewegungs- und Erfolgsfähigkeit der Arbeiterbewegung angeht, wären allerdings notwendig. Vielleicht kann man dann auch mal von der müßigen Debatte ,,Forderung zu hoch / zu niedrig'' wegkommen, die zwar oft heftig und breit geführt wird, zumeist aber ohne Berücksichtigung des politischen Standes der Arbeiterbewegung und ihrer Aufgaben, die sich aus der Lage ergeben. Wird das aber voneinander getrennt, kann man sich in der jetzigen Lage die jährlichen Tarifkämpfe gleich in den Schornstein schreiben.

Wenn man eine Lehre aus der jüngsten Entwicklung bei der Drupa und der Auseinandersetzung um Lohn und Lohnstruktur ziehen kann, dann die, daß zu blauäugig an die Verwirklichung einer neuen Lohnstruktur rangegangen wurde, daß die Phase der Erörterung und Durchsetzung eigentlich erst begonnen hat. Man kann nur hoffen, daß die Drupa-Tarifkommission am 21. April auf keinen Fall ohne Termin für solche Verhandlungen nach Hause geht. Für dieses Ziel müßte man in den Betrieben eigentlich auch was mobilisieren können.

Die Gewerkschaft Nahrungs-, Genußmittel und Gaststätten (NGG) betreibt seit einigen Jahren eine Tarifpolitik, deren Spezifikum darin besteht, für ältere Lohnabhängige eine Verkürzung der Jahresarbeitszeit auszuhandeln. Gegenwärtig decken rund 110 tarifvertragliche Regelungen für 15% der Tarifverträge im Arbeitsbereich der Gewerkschaft solche Arbeitszeitverkürzungen ab. Für die mehr als 60jährigen werden zwischen 5 und 28 Tagen zusätzlicher Freizeit im Jahr gewährt.

Gliederung der Altersfreizeit nach Tarifverträgen und Beschäftigten

Altersfreizeit	Tarifverträge	Arbeitnehmer
5 Arbeitst.	5	51840
6 Arbeitst.	3	1420
10 Arbeitst.	1	2800
12 Arbeitst.	63	197390
13 Arbeitst.	1	370
15 Arbeitst.	3	6960
16 Arbeitst.	2	730
18 Arbeitst.	12	83320
20 Arbeitst.	3	5880
22 Arbeitst.	2	8810
24 Arbeitst.	1	1920
28 Arbeitst.	10	38380
35-Std.-W.	2	220
TV Zigarettenind. mit ca.		10000
Insgesamt	109	410040

Neben diesen ,,Altersfreizeit"-Regelungen gibt es noch Tarifverträge wie den in der Zigarettenindustrie vom 3.7. 1981: ,,Arbeitnehmer in Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten können nach mindestens 15jähriger Betriebszugehörigkeit in Übereinstimmung mit Arbeitgeber und Betriebsrat bis zu 24 Kalendermonaten vor Beginn des gesetzlichen Arbeitsruhegeldes wählen, ob sie bei einer herabgesetzten Wochenarbeitszeit von 20 Stunden mit vollem Arbeitsentgelt weiterbeschäftigt oder bei 75% ihrer Bezüge ganz von der Arbeit freigestellt werden. Das normale Arbeitsentgelt, Jahressonderzahlung und vermögenswirksame Leistungen werden bei herabgesetzter Arbeitszeit nicht, bei Freistellung von der Arbeit auf 75% gemindert. Eine betriebliche Altersversorgung wird auf der Basis des ungekürzten normalen Arbeitsentgelts berechnet ..." Er gilt für 10000 Arbeitnehmer, direkt werden weniger als 400 Arbeitnehmer davon begünstigt sein.

Das Döding-Modell

Alternative Tarifpolitik

Das Tarifrenten-Konzept der NGG

Der Zustimmung von Bundesregierung, Politikern aller Bundestagsparteien sowie auch der Kapitalisten rühmte sich unlängst der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrungs-, Genußmittel und Gaststätten für das Tarifrenten-Modell seiner Gewerkschaft. Einige sahen ihn dafür schon für den DGB-Vorsitzenden qualifiziert. Was ist dran am ,,Döding-Modell"? Vermeidet es die Nachteile des IG Chemie-Modells? Wieviel arbeiten noch zwischen 55 und 64? Wie hat in dieser Altersgruppe in den letzten Jahren die 59er-Regelung gewirkt? Das soll in diesem Artikel der Serie zur Alternativen Tarifpolitik geklärt werden. In der nächsten Folge dann die verschiedenen Konzepte der Arbeitszeitflexibilisierung.

Der Döding-Plan

Ausgehend von diesem Tarifkonzept hat die NGG ein weitergehendes Tarifkonzept erarbeitet. Hiermit sollen, wie der Vorsitzende der NGG erklärt, ,,flankierende Maßnahmen zur staatlichen Arbeitsmarktpolitik" vereinbart werden. So sehen die Überlegungen der NGG aus: Beteiligung der Betriebsräte bei der technisch-organisatorischen Gestaltung der Arbeitsplätze, Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei Veränderung der Arbeitsplätze und Mitbestimmung des Betriebsrates in der Personalplanung. Diese Punkte sollten tarifvertraglich geregelt werden, weil das Betriebsverfassungsgesetz hier unzureichend ist.

Zwar ist die NGG damit die bisher einzige Gewerkschaft, die diese richtigen Ergänzungen fordert, jedoch ist der Kern der Forderungen, der eigentliche ,,Döding-Plan" auf einem anderen Gebiet. Hauptpunkte dieses Plans sind:

– Alle Arbeitnehmer, die 60 Jahre und älter sind und vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden wollen, erhalten 75% ihres früheren Einkommens als Übergangsgeld weiter ausbezahlt.

– Diese Regelung soll nur begrenzt gelten, solange die wirtschaftlichen Verhältnisse es erforderlich machen (wenn z.B. der demographische Zugang zum Arbeitsmarkt oder sonst die Arbeitslosigkeit abnimmt).

– Finanziert werden soll das Einkommen dann so: ⅔ (50%-Anteil) soll einschließlich der Sozialabgaben von der Bundesanstalt für Arbeit finanziert werden, ⅓ (25%-Anteil) soll ebenfalls einschließlich der Sozialabgaben von den Kapitalisten finanziert werden. Das Einkommen soll von der Lohnsteuerzahlung gesetzlich befreit werden.

– Die Beiträge zu den Rentenversicherungsträgern und Krankenversicherungen sollen vom letzten Bruttoeinkommen vor Beginn der Übergangszahlung weiter entrichtet werden, so daß für die Arbeitnehmer später keine Renteneinbußen entstehen.

Der Nutzen ist noch geringer als beim Chemie-Tarifrenten-Modell

,,Mut zur Solidarität" rühmte sich der NGG-Vorsitzende Döding. Seit wann braucht man in den Gewerkschaften *Mut* zur Solidarität? Vielleicht weil der Nutzen dieses Konzepts nur gering ist, im Altersbereich von 60 bis 63 Jahren gibt es 341000 sozialversicherte Lohnabhängige (also ohne Beamte). Dem stehen 20 Millionen gegenüber, die mit einem teilweisen Lohnverzicht dafür zahlen sollen. Und man braucht in den Gewerkschaften auch ,,Mut", wenn man diese sicherlich notwendige Vorverlegung des Rentenalters abhängig machen will von den ,,Erfordernissen der Wirtschaft". ,,Damit aber nicht automatisch jüngere Jahrgänge in neue Ansprüche hineinwachsen, soll die neue Regelung nur solange gelten, wie die wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Situation dies erfordert!" (Döding) Nicht genug, daß die Arbeiter die Kosten dafür hauptsächlich über die Arbeitslosenversicherung und Lohnnachlaß aufbringen sollen, so sollen gerade sie sich einem ausdrücklichen Diktat der wirtschaftlichen Situation unterwerfen.

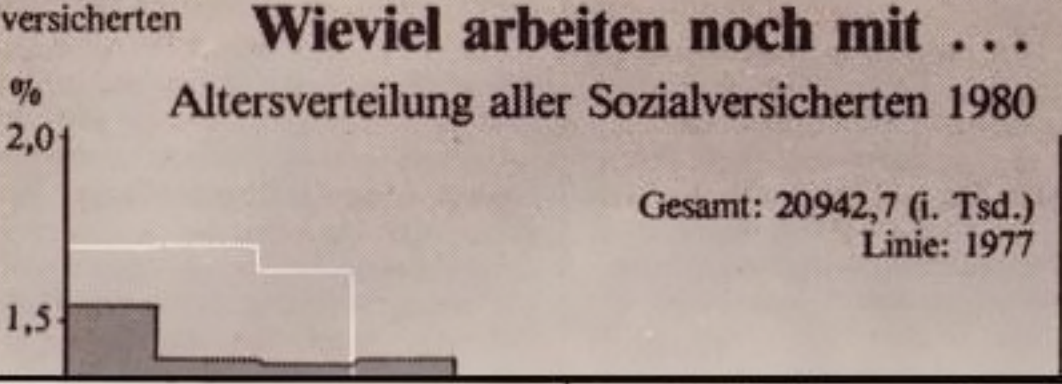
Die NGG rechnet zu den Vorteilen ihres Konzepts: ,,Unternehmer werden kostenmäßig nicht stark belastet." Nun gibt es aber auf dieser Welt nichts umsonst – einer muß zahlen. Wenn die NGG den Kapitalisten vorschlägt, dies aus der Produktivitätssteigerung zu zahlen, weil dies sich nicht kostensteigernd auf die Waren auswirke, so hat dieser Freundschaftsdienst für die Kapitalisten den Schönheitsfehler, daß der Produktivitätsfortschritt in Zeiten der Überkapazitäten immer relativ gering ausfällt und die Kapitalisten wert auf Kosten*senkung* legen. Da in den Gewerkschaften die Faustregel für Tarifforderungen Preissteigerungsrate + Produktivitätszuwachs lautet, bedeutet dies nicht auch bei geringen Produktivitätszuwächsen, daß schon beim Aufstellen der zukünftigen Forderungen sogar auf den Anspruch, einen Ausgleich der Preissteigerungen zu erreichen, verzichtet wird? Kein Wunder, daß Döding verkünden kann: ,,Bundesregierung, Politiker aus allen Bundestagsparteien haben inzwischen unsere Überlegungen gutgeheißen. Und selbst Unternehmer aus unserem Bereich meinten, dies sei ein Schritt in die richtige Richtung."

Obzwar die NGG vor allem den Plan mit Arbeitsmarkt-Argumenten begründet, hält sich der Effekt in dieser Richtung in Grenzen. In einer Rechnung des Wirtschaftsministeriums, die sich auf wissenschaftliche Untersuchungen stützt, erfüllen 70% die notwendigen Voraussetzungen für eine solche Tarifrente. Es wird angenommen, daß davon ebenfalls 70% das Angebot nutzen. Bei insgesamt 340000 wären dies also 170000. Es wird weiter angenommen, daß 70% der so freiwerdenden Arbeitsplätze neu besetzt werden. Diese Annahme ist hoch, denn es wird erfahrungsgemäß mit einem höheren Anteil von Rationalisierungsmaßnahmen gerechnet. 20% der Neueinstellungen, so wird gerechnet, kommen aus der ,,Stillen Reserve". Es ergäbe sich ein Arbeitsmarkteffekt von 95000 Stellen bzw. Arbeitslosen weniger. Die Arbeitslosenversicherung wird dies trotz ,,Einsparungen", von denen die NGG redet, 4,1 Mrd. DM im Jahr kosten. Das wäre 23% des Beitragsaufkommens der Bundesanstalt.

So notwendig eine Vorverlegung des Renteneintrittsalters der gesetzlichen Altersrente ist, so ist an dem NGG-Modell zu kritisieren, daß es viel zu spät greift. Weniger als ein Drittel aller abhängig beschäftigten Männer können noch über das 59. Lebensjahr erwerbstätig sein, bei den Frauen ist es noch weniger. Mittlerweile gehen 49,7% bei den Männern und gar 53% bei den Frauen wegen Erwerbsunfähigkeit, und in der Regel vor Erreichen der flexiblen Altersgrenze von 63 Jahren, in Rente. Die Arbeitskraft wird vorzeitig verschlissen – also muß das Renteneintrittsalter auf 55 Jahre gesenkt werden, vor allem aber mehr Schutz der Arbeitskraft vor übermäßigem Verschleiß realisiert werden. *geh*

Sozialversicherte Lohnabhängige

Jahr	Anzahl	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	Summe
Alle												
1980	20942659	1,54	1,39	1,38	1,39	1,23	0,85	0,35	0,27	0,16	0,13	8,68
1977	19859789	1,68	1,69	1,62	1,19	0,74	0,64	0,53	0,60	0,60	0,34	9,63
Landwirtschaft, Tierhaltung und -zucht												
1980	90987	1,43	1,34	1,36	1,43	1,29	0,78	0,37	0,31	0,18	0,17	8,64



mit mehr als 100 Beschäftigten können nach mindestens 15jähriger Betriebszugehörigkeit in Übereinstimmung mit Arbeitgeber und Betriebsrat bis zu 24 Kalendermonaten vor Beginn des gesetzlichen Arbeitsruhegeldes wählen, ob sie bei einer herabgesetzten Wochenarbeitszeit von 20 Stunden mit vollem Arbeitsentgelt weiterbeschäftigt oder bei 75% ihrer Bezüge ganz von der Arbeit freigestellt werden. Das normale Arbeitsentgelt, Jahressonderzahlung und vermögenswirksame Leistungen werden bei herabgesetzter Arbeitszeit nicht, bei Freistellung von der Arbeit auf 75% gemindert. Eine betriebliche Altersversorgung wird auf der Basis des ungekürzten normalen Arbeitsentgelts berechnet ..." Er gilt für 10000 Arbeitnehmer, direkt werden weniger als 400 Arbeitnehmer davon begünstigt sein.

bei Veränderung der Arbeitsplätze und Mitbestimmung des Betriebsrates in der Personalplanung. Diese Punkte sollten tarifvertraglich geregelt werden, weil das Betriebsverfassungsgesetz hier unzureichend ist.

Zwar ist die NGG damit die bisher einzige Gewerkschaft, die diese richtigen Ergänzungen fordert, jedoch ist der Kern der Forderungen, der eigentliche ,,Döding-Plan" auf einem anderen Gebiet. Hauptpunkte dieses Plans sind:

– Alle Arbeitnehmer, die 60 Jahre und älter sind und vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden wollen, erhalten 75% ihres früheren Einkommens als Übergangsgeld weiter ausbezahlt.

– Diese Regelung soll nur begrenzt gelten, solange die wirtschaftlichen

den.

– Die Beiträge zu den Rentenversicherungsträgern und Krankenversicherungen sollen vom letzten Bruttoeinkommen vor Beginn der Übergangszahlung weiter entrichtet werden, so daß für die Arbeitnehmer später keine Renteneinbußen entstehen.

Der Nutzen ist noch geringer als beim Chemie-Tarifrenten-Modell

,,Mut zur Solidarität" rühmte sich der NGG-Vorsitzende Döding. Seit wann braucht man in den Gewerkschaften *Mut* zur Solidarität? Vielleicht weil der Nutzen dieses Konzepts nur gering ist, im Altersbereich von 60 bis 63 Jahren gibt es 341000 sozialversicherte Lohnabhängige (also ohne Beamte). Dem stehen 20 Millionen gegenüber, die mit einem teilweisen Lohnverzicht dafür

über die Arbeitslosenversicherung und Lohnnachlaß aufbringen sollen, so sollen gerade sie sich einem ausdrücklichen Diktat der wirtschaftlichen Situation unterwerfen.

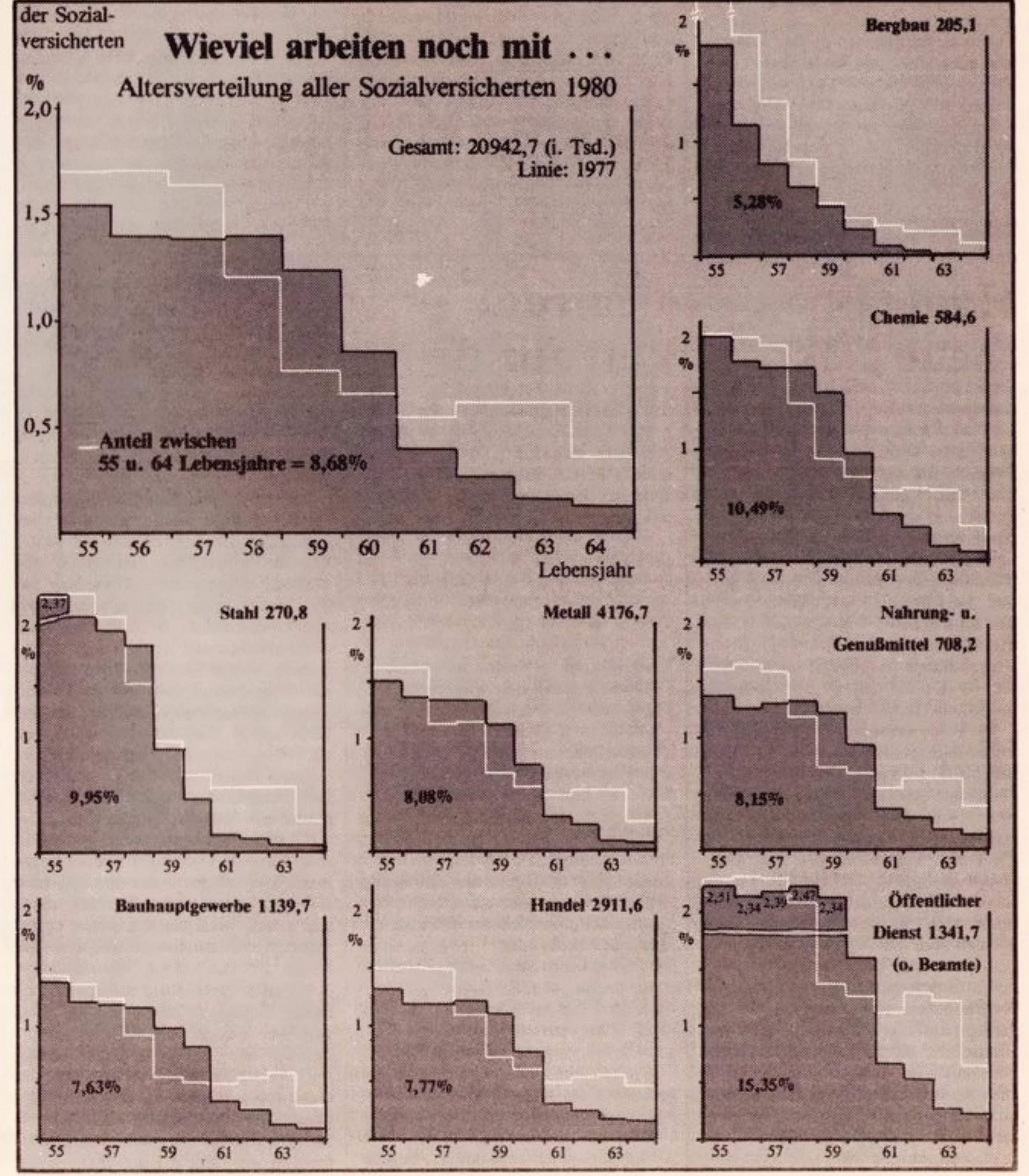
Die NGG rechnet zu den Vorteilen ihres Konzepts: ,,Unternehmer werden kostenmäßig nicht stark belastet." Nun gibt es aber auf dieser Welt nichts umsonst – einer muß zahlen. Wenn die NGG den Kapitalisten vorschlägt, dies aus der Produktivitätssteigerung zu zahlen, weil dies sich nicht kostensteigernd auf die Waren auswirke, so hat dieser Freundschaftsdienst für die Kapitalisten den Schönheitsfehler, daß der Produktivitätsfortschritt in Zeiten der Überkapazitäten immer relativ gering ausfällt und die Kapitalisten wert auf Kosten*senkung* legen. Da in den Gewerkschaften die Faustregel für Ta-

mens der Bundesanstalt.

So notwendig eine Vorverlegung des Renteneintrittsalters der gesetzlichen Altersrente ist, so ist an dem NGG-Modell zu kritisieren, daß es viel zu spät greift. Weniger als ein Drittel aller abhängig beschäftigten Männer können noch über das 59. Lebensjahr erwerbstätig sein, bei den Frauen ist es noch weniger. Mittlerweile gehen 49,7% bei den Männern und gar 53% bei den Frauen wegen Erwerbsunfähigkeit, und in der Regel vor Erreichen der flexiblen Altersgrenze von 63 Jahren, in Rente. Die Arbeitskraft wird vorzeitig verschlissen – also muß das Renteneintrittsalter auf 55 Jahre gesenkt werden, vor allem aber mehr Schutz der Arbeitskraft vor übermäßigem Verschleiß realisiert werden. *geh*

Sozialversicherte Lohnabhängige

Jahr	Anzahl	Alter – Anteil in Prozent 55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	Summe
Alle												
1980	20942659	1,54	1,39	1,38	1,39	1,23	0,85	0,35	0,27	0,16	0,13	8,68
1977	19859789	1,68	1,69	1,62	1,19	0,74	0,64	0,53	0,60	0,60	0,34	9,63
Landwirtschaft, Tierhaltung und -zucht												
1980	90987	1,43	1,34	1,36	1,43	1,29	0,78	0,37	0,31	0,18	0,17	8,64
1977	186825	1,61	1,60	1,41	1,05	0,66	0,62	0,52	0,54	0,64	0,41	9,07
Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung, sonst. Energiewirtschaft												
1980	235393	2,43	2,14	2,10	2,08	1,94	1,40	0,58	0,45	0,14	0,09	13,50
1977	228310	2,41	2,44	2,38	1,76	1,05	1,01	0,93	1,07	0,94	0,29	14,28
Stein-, Braun- und Pechkohlenbergbau												
1980	205079	1,86	1,13	0,80	0,62	0,45	0,24	0,09	0,06	0,03	0,02	5,28
1977	264073	2,31	1,92	1,33	0,82	0,46	0,33	0,26	0,21	0,20	0,12	7,96
Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie), Herstellung von Chemiefasern												
1980	584622	1,97	1,76	1,71	1,70	1,48	0,96	0,39	0,29	0,13	0,09	10,49
1977	612162	1,98	1,96	1,88	1,37	0,87	0,72	0,59	0,62	0,61	0,31	10,91
Eisen- u. Stahlerzeugung (einschl. -halbzeugwerke)												
1980	270831	2,37	2,06	1,94	1,80	0,91	0,46	0,16	0,13	0,06	0,05	9,95
1977	371482	2,23	2,26	2,05	1,46	0,95	0,67	0,55	0,55	0,54	0,25	11,50
Metallindustrie												
1980	4176710	1,51	1,35	1,32	1,32	1,10	0,75	0,31	0,23	0,11	0,08	8,08
1977	4011239	1,58	1,59	1,10	1,10	0,67	0,56	0,47	0,53	0,53	0,25	8,78
Textil- und Bekleidungsindustrie												
1980	610896	1,68	1,56	1,62	1,58	1,40	0,76	0,28	0,22	0,13	0,10	9,34
1977	681190	1,78	1,77	1,72	1,28	0,75	0,61	0,41	0,47	0,49	0,29	9,69
Nahrungs- und Genußmittelindustrie												
1980	708155	1,36	1,23	1,26	1,29	1,18	0,92	0,34	0,28	0,17	0,13	8,15
1977		1,58	1,61	1,55	1,16	0,71	0,64	0,52	0,59	0,60	0,36	9,32
Tabakindustrie												
1980	20795	2,26	2,02	2,03	2,01	1,80	0,97	0,37	0,25	0,08	0,08	11,87
1977 in Nahrungs- und Genußmittelindustrie enthalten												
Bauhauptgewerbe (ohne Zimmerei und Dachdeckerei)												
1980	1139654	1,40	1,22	1,20	1,17	0,98	0,83	0,34	0,26	0,13	0,10	7,63
1977		1,43	1,35	1,22	0,90	0,53	0,49	0,47	0,56	0,58	0,27	7,80
Großhandel, Einzel- und Versandhandel sowie Handelsvermittlung												
1980	2911576	1,34	1,21	1,20	1,22	1,12	0,77	0,32	0,25	0,18	0,17	7,77
1977	2789700	1,47	1,50	1,47	1,08	0,69	0,60	0,47	0,52	0,55	0,40	8,75
Eisenbahnen und Deutsche Bundespost												
1980	370137	1,99	1,82	1,81	1,74	1,61	1,01	0,32	0,24	0,11	0,08	10,72
1977	368637	2,23	2,27	2,17	1,58	0,96	0,78	0,55	0,60	0,55	0,20	11,82
Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute, Versicherungsgewerbe												
1980	762116	1,42	1,26	1,30	1,31	1,26	0,87	0,36	0,29	0,17	0,13	8,37
1977	721403	1,53	1,57	1,53	1,09	0,68	0,60	0,49	0,58	0,57	0,34	9,00
Allgemeine öffentliche Verwaltung (ohne Beamte)												
1980	1341705	2,51	2,34	2,39	2,47	2,34	1,59	0,67	0,53	0,28	0,23	15,35
1977	1309362	2,75	2,85	2,74	2,07	1,35	1,24	1,11	1,28	1,21	0,63	17,22



Ein Stück deutscher Ideologie

Zu den Auffassungen der „Marxistischen Gruppe" zum DGB

Auf zweifache Art ist der Marxismus arg mißverstanden worden. Erstens: zu meinen, wenn sich etwas bewegt, müsse man vor dieser Bewegung platt auf dem Bauch liegen. Die Weisheit der Massen wird dann tierisch ernst auch da gesucht, wo sich die Massenbewegung ganz schöne Dummheiten erlaubt. Marx und Engels haben ein derart anbetendes Verhältnis zur Bewegung nie gehabt, man denke an Engels Sarkasmen über die Reichsverfassungskampagne 1849. Anders manche Marxisten. Es kommt dabei schon vor, daß hartgesottenen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern schulterklopfend versichert wird, reformistisch seien sie eigentlich nur noch in der Phrase. Kritik an Vorstellungen, etwa der Gewerkschaft, ist dieser Art Marxismus durchaus suspekt.

Das umgekehrte Mißverständnis läuft aufs gerade Gegenteil hinaus. Weil Marx und Engels die deutschen Zustände schneidend scharfer Kritik unterworfen haben, meinen Leute, Marxist dürfe sich bloß nennen, wer alles einer Kritik um jeden Preis unterwirft. Sollte man es wagen, an den Gewerkschaften ein gutes Haar zu lassen, wird man sich seitens dieser Leute unweigerlich dem Vorwurf blinder Massenverehrung und kommunistischen Bekennertums aussetzen.

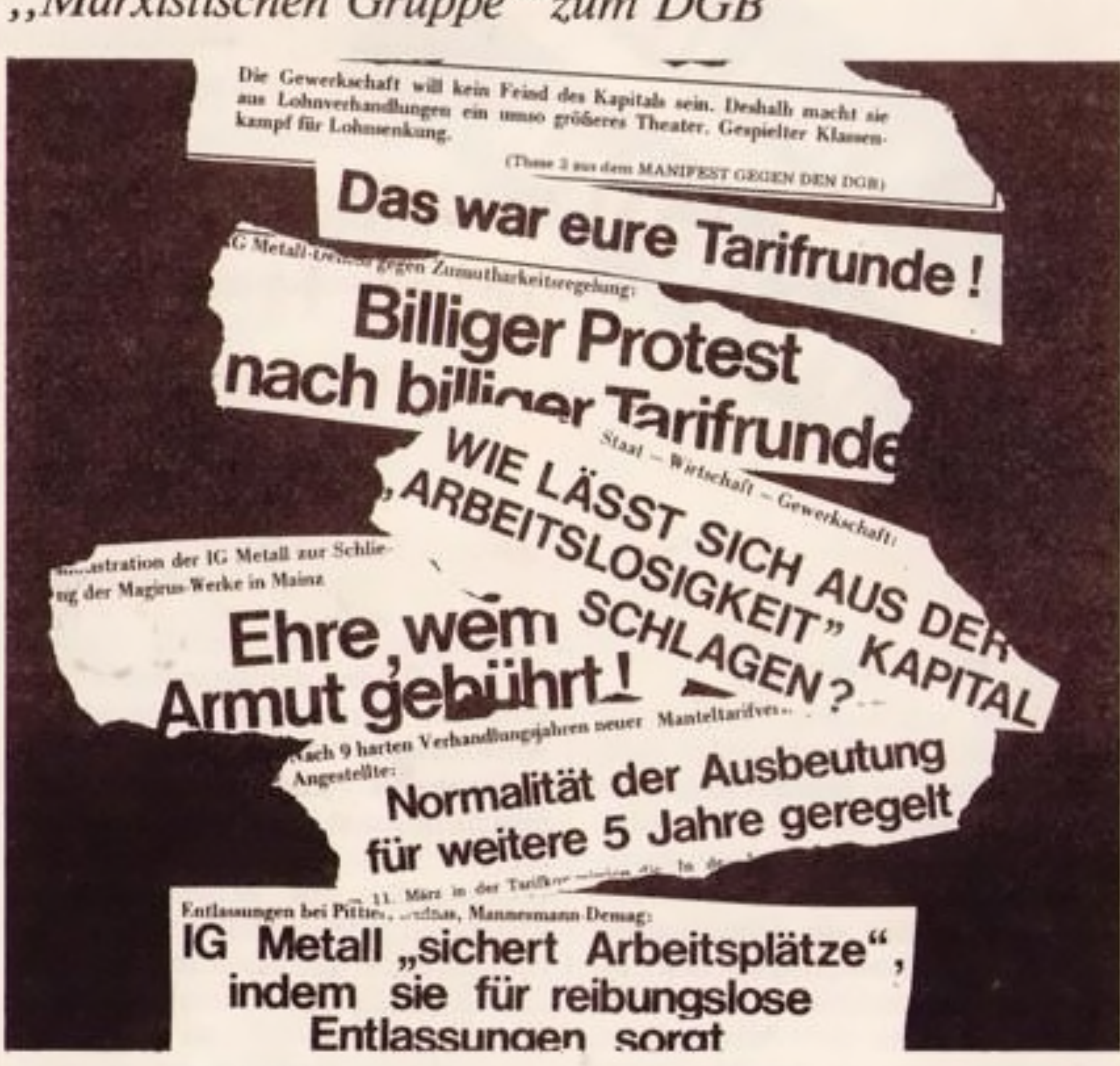
Ziemliche Exponenten dieser Richtung stellen die Angehörigen der „Marxistischen Gruppe", kurz „MG" dar. Aus der Studentenbewegung entstanden, hat sie ihre historischen Wurzeln in den Roten Zellen in München. Als die ML-Bewegung erblühte, spalteten sich die Roten Zellen, ein Teil schlug den Weg der KPD/AO ein. Die anderen machten ihre lang vorbereitete Arbeitskonferenz weiter und hießen eine Zeitlang „AK-Fraktion", nannten sich später MG. Die Arbeitskonferenz selber führte zu einigen Büchern ideologiekritischer Art und zur heutigen Praxis der MG. Sie ist inzwischen in der BRD auch anderswo, hat am angestammten Ort aber (im Gegensatz zu anderen) nicht oder nicht viel an Einfluß verloren; ihre Veranstaltungen füllen jedenfalls Säle mit über 1000 Leuten. Hauptsächlich Anhänger.

Die MG ist in letzter Zeit durch verschiedene Aktionen bekannt geworden, die Sprengung der Sozialistischen Konferenz, die Demonstration mit dem BWK zusammen anläßlich des Breschnew-Besuchs unter dem Motto „Leonid, was suchst Du hier, die NATO plant den Krieg mit dir". Gegenwärtig hat sie zwei Hauptaspekte ihrer Arbeit: Die Weltpolitik, begriffen als Kriegsvorbereitungen des Westens und dabei auch und gerade der BRD. Die Sowjetunion wird als der schwächere Kontrahent hingestellt, von dem die Gefahr jedenfalls nicht ausgeht. Zweitens hat die MG, passend zur Tarifauseinandersetzung, eine Front gegen den DGB eröffnet. Unter dem Titel „Politik auf Kosten der Arbeiter" haben „einige Gewerkschaftsmitglieder" ein „Manifest gegen den DGB" verfaßt und der MG zur Veröffentlichung überlassen. Darin wird nach Auskunft des Herausgebers der DGB einer vernichtenden Kritik unterzogen. Einige Thesen dieses Manifests verklebt die MG als Plakate und Aufkleber. Sie garniert ihre Kampagne mit einem Plakat, darauf sind Vetter und andere bekannte Gewerkschaftsführer zu sehen und die Überschrift: „Alle reden vom Lohnverzicht – wir setzen ihn durch."

Da der MG soviel dran liegt, vor allem aber, weil es ja wirklich interessant ist, in der jetzigen Lage die Politik der Gewerkschaften und die Auffassungen zu dieser Politik zu prüfen, sehen wir uns dieses Manifest etwas näher an.

Es besteht aus 15 Thesen, die zu der Schlußfolgerung führen: „Daß dieser Verein *die* Organisation der deutschen Arbeiter ist, spricht nicht im geringsten *für* den DGB. Das beweist nur, was für schlimme Fehler die deutschen Arbeiter sich bei der gewerkschaftlichen Vertretung ihrer Interessen leisten. Und daß diese Fehler schon wieder eine 30jährige Tradition haben, spricht erst recht nicht für sie. Wir meinen 3 Jahrzehnte DGB sind genug." Das ist wenigstens hinreichend offen, nämlich unverblümt gewerkschaftsfeindlich. Bloß sich mit dem Brustton der Entrüstung über solche Gewerkschaftsfeindlichkeit hinzustellen, „Marxisten tun sowas nicht", wird nicht viel nützen. Die MG tritt mit dem Anspruch auf, den Leuten lediglich sagen zu wollen, was sie falsch machen. Statt Überzeugung zu verströmen, wären also die Argumente zu prüfen, die die MG ins Feld führt.

Die Ausgangsthese ihres Manifestes ist: „Der DGB will keine Lohnmaschine sein. Eine Lohnmaschine wäre aber bitter nötig." Na ob grade eine Maschine? Aber teilen wir soweit den Standpunkt: Gewerkschaften tun, nach dem bekannten Marx-Zitat, gute Dienste, indem sie den Kleinkrieg der Arbeiter gegen das Kapital organisieren. Also ist eine Kritik wenigstens anzuhören, die der Gewerkschaft vorwirft, nichtmal dies zu leisten, weil die Arbeiterinteressen dem „Gemeinwohl" geopfert würden. Diesen Strang gibt es jedenfalls *auch* in der DGB-Politik. Jedoch setzt die MG ihre These fort: „Was hat der DGB eigentlich gegen mehr Lohn? Wozu eine Gewerkschaft, die meint, den Arbeitern ginge es gut genug?" Es stimmt halt einfach nicht. So sehr die Lohnpolitik des DGB von taktischem Kalkül, Rücksichten (auch aufs Gesamtwohl, vielleicht auch auf die Karrierevorstellungen einzelner Leute), Rücksichtnahme auf die Regierung, Zweifel an der Streikbereitschaft der Mitglieder,



Schonung der Streikkassen usw. bestimmt wird – sie wird nicht von der Erwägung bestimmt, die Arbeiter hätten doch genug. Noch das Kaufkraft-Argument, das die MG den Gewerkschaften um die Ohren schlägt, richtet sich an die Öffentlichkeit mit der Aufforderung zu verstehen, daß *mehr* Lohn gebraucht würde. Übrigens schlägt die MG dies Argument dem DGB nicht als ökonomisches um die Ohren, indem sie ihm nachwiese, daß die Krise nicht von der Kaufkraft kommt und mit der Kaufkraft nicht behoben wird, sondern sie benützt es als moralischen Hammer: der DGB denke immer nur ans Wohl des Ganzen.

Die MG behauptet, jede Mark Übertarif, die ein Kapitalist zahle, sei ein Fehler der Gewerkschaften. Man kriege sie nur für bedingungslose Erfüllung der Bedingungen, die der Kapitalist stellt. Weltfremd ist diese Kritik. Als ob ein Tarif gewöhnlich, im Allgemeinen etwas anderes ausmachen könne als den Durchschnitt dessen, was die Arbeiter den Kapitalisten abtrotzen können. Unter günstigen Bedingungen für die Arbeiter, wird die Grenze nach oben verschoben, unter ungünstigen, z.B. Krise, Reservearmee, nach unten gedrückt. Daß für die Kapitalisten als einzelne keine Luft mehr drin wäre für Übertarife, daß also die Gewerkschaft Übertarife durch Billiglöhne hervorrufe, ist der reine Hohn auf die Wirklichkeit. Die maßgebenden Leute der MG vertreten auf Veranstaltungen, egal ob Krise oder nicht, das sei nicht von Belang für die Höhe der Lohnforderung. Dagegen mal ausnahmsweise ein Marx-Zitat:

„Das Interesse des Kapitalisten und des Arbeiters ist also *dasselbe*, behaupten die Bourgeois und ihre Ökonomen. Und in der Tat! Der Arbeiter geht zugrunde, wenn ihn das Kapital nicht beschäftigt. Das Kapital geht zugrunde, wenn es die Arbeitskraft nicht ausbeutet, und um sie auszubeuten, muß es sie kaufen. Je rascher sich das zur Produktion bestimmte Kapital, das produktive Kapital vermehrt, je blühender daher die Industrie ist, je mehr sich die Bourgeoisie bereichert, je besser das Geschäft geht, um so mehr Arbeiter braucht der Kapitalist, um so teurer verkauft sich der Arbeiter. Die unerläßliche Bedingung für eine passable Lage der Arbeiter ist also möglichst rasches Wachstum des produktiven Kapitals." (Lohnarbeit und Kapital).

Indem er die Verhältnisse schildert, zeigt Marx zugleich auf, wie die Vorstellung beim Arbeiter (und bei seinen Organisationen) entstehen kann, Rücksichtnahme aufs Gesamtwohl sei geboten. Allerdings führt Marx zweierlei aus: nämlich, daß auch in Zeiten der Krise der Arbeiter sehen muß, seine Arbeitskraft so teuer *als möglich* zu verkaufen. Und zweitens, daß das Wachsen des produktiven Kapitals, die „günstigste" Bedingung für den Arbeiter, seine Lage nur verschlechtert, weil es gerade auf Überakkumulationskrisen hinausläuft. Überhaupt: „Solange der Lohnarbeiter Lohnarbeiter ist, hängt sein Los vom Kapital ab. Das ist die vielgerühmte Gemeinsamkeit des Interesses von Arbeiter und Kapitalist." (ebenda) Woraus folgt: es genügt nicht, das Los der Arbeiter zu lindern, das System der Lohnarbeit muß beseitigt werden. Marx führt das zu der Forderung, die Gewerkschaften sollten statt des konservativen Mottos „ein gerechter Lohn für ein gerechtes Tagwerk" die revolutionäre Losung aufnehmen: „Nieder mit dem Lohnsystem."

Wer aber meint, die Kritik der MG am DGB laufe *darauf* hinaus, sieht sich getäuscht. Keine Rede davon. Im Gegenteil. Die erste These wird ausgeführt damit, was ein „abgesicherter, anständiger Verdienst" (so um die 20000 DM mehr im Jahr) für die Arbeiter alles brächte. Unter anderem „Freiheit im Umgang mit den Zumutungen am Arbeitsplatz". „Ohne Mangel funktionierten die alltäglichen Erpressungen, die Kalkulationen mit dem Wohlverhalten gar nicht mehr! Man würde arbeiten um zu leben – und nicht umgekehrt!" Und dieses Arbeiterparadies bescherte uns im Kapitalismus der „abgesicherte, anständige" Lohn. Der MG ergeht es wie schon öfter anderen Dogmatikern. Mit vollem Anlauf aus dem Dogmatismus springt sie mitten in den Reformismus.

Gegenüber jenen zwanzigtausend mehr im Jahr, für die der DGB jetzt nicht kämpft, und wofür er zerschlagen werden muß, halten wir doch lieber an den konservativen Vorstellungen fest, etwa, von Einheitsgewerkschaften auf dem Boden des Klassenkampfes. Nachdem die MG die Frage des „Lohnsystems" und damit des Klassenkampfes nicht behandelt, verwirft sie auch die Einheitsgewerkschaft. Die Arbeiterbewegung hat zwar sowohl mit Richtungs- als auch mit Betriebsgewerkschaften keine guten Erfahrungen, aber was verschlägt das gegenüber der so schön allgemeinen Weisheit, daß „Einheit an sich" kein Wert sei.

Das dogmatische Verfahren der MG, aus der Wirklichkeit nur das herauszupicken, was den eigenen Dogmen entspricht (und Dogma ist eben: der DGB macht Politik auf Kosten der Arbeiter, ganz so wie für den Bewegungs-Anbeter Dogma ist: Was die Bewegung macht, ist schon gut), wird die Wirklichkeit verfälscht. Das Beschäftigungsprogramm des DGB, wie ursprünglich formuliert, war bürokratisch in die Welt gesetzt, die MG befaßt sich aber gar nicht damit, auch nicht mit dem, was richtig daran war. Der DGB kritisiert die Arbeitslosigkeit als *gesellschaftliches* Problem, für die MG ist das ein Beweis dafür, wie der DGB die Arbeiter in die Irre führt. Außenpolitisch erscheint der DGB der MG lediglich als Paladin der Bundesregierung – keine Vorstellung von dem realen Einfluß der DKP, noch von der realen Macht solcher Ideen wie „Abrüstung und Entspannung" als Konzept.

Überhaupt erscheint der ganze Reformismus in den Augen (respektive Publikationen) der MG als ein Produkt der Gerissenheit der DGB-Führer und Schafsnatur der deutschen, dem Nationalismus zu sehr zugeneigten Arbeiter, statt als Produkt und Teil der gesellschaftlichen Verhältnisse. Wo eben die Vorstellung von „Mitbestimmung" keinen machtgierigen Plänen entspringt, sondern der durch den Verkauf der Arbeitskraft naheliegenden Illusion eines gleichen Verhältnisses von Arbeiter und Kapitalist.

Die MG hält es aber nicht für nötig, zur Aufdeckung der Verhältnisse so antiquierte Vokabeln wie „Ausbeutung" zu gebrauchen. Weil sie an die Wirklichkeit ideologisch herangeht, kommt sie praktisch zu völlig unbrauchbaren, für die Arbeiterbewegung schädlichen, konterrevolutionären Ergebnissen. Aber auch wenn diese Organisation einigen Wind macht, ist das nicht ganz so schlimm. Die Ideologen richten ja nichts aus.

Jürgen Walla, München

standen, hat sie ihre historischen Wurzeln in den Roten Zellen in München. Als die ML-Bewegung erblühte, spalteten sich die Roten Zellen, ein Teil schlug den Weg der KPD/AO ein. Die anderen machten ihre lang vorbereitete Arbeitskonferenz weiter und hießen eine Zeitlang „AK-Fraktion", nannten sich später MG. Die Arbeitskonferenz selber führte zu einigen Büchern ideologiekritischer Art und zur heutigen Praxis der MG. Sie ist inzwischen in der BRD auch anderswo, hat am angestammten Ort aber (im Gegensatz zu anderen) nicht oder nicht viel an Einfluß verloren; ihre Veranstaltungen füllen jedenfalls Säle mit über 1000 Leuten. Hauptsächlich Anhänger.

Die MG ist in letzter Zeit durch verschiedene Aktionen bekannt geworden, die Sprengung der Sozialistischen Konferenz, die Demonstration mit dem BWK zusammen anläßlich des Breschnew-Besuchs unter dem Motto „Leonid, was suchst Du hier, die NATO plant den Krieg mit dir". Gegenwärtig hat sie zwei Hauptaspekte ihrer Arbeit: Die Weltpolitik, begriffen als Kriegsvorbereitungen des Westens und dabei auch und gerade der BRD. Die Sowjetunion wird als der schwächere Kontrahent hingestellt, von dem die Gefahr jedenfalls nicht ausgeht. Zweitens hat die MG, passend zur Tarifauseinandersetzung, eine Front gegen den

lichkeit hinzustellen, „Marxisten tun sowas nicht", wird nicht viel nützen. Die MG tritt mit dem Anspruch auf, den Leuten lediglich sagen zu wollen, was sie falsch machen. Statt Überzeugung zu verströmen, wären also die Argumente zu prüfen, die die MG ins Feld führt.

Die Ausgangsthese ihres Manifestes ist: „Der DGB will keine Lohnmaschine sein. Eine Lohnmaschine wäre aber bitter nötig." Na ob grade eine Maschine? Aber teilen wir soweit den Standpunkt: Gewerkschaften tun, nach dem bekannten Marx-Zitat, gute Dienste, indem sie den Kleinkrieg der Arbeiter gegen das Kapital organisieren. Also ist eine Kritik wenigstens anzuhören, die der Gewerkschaft vorwirft, nichtmal dies zu leisten, weil die Arbeiterinteressen dem „Gemeinwohl" geopfert würden. Diesen Strang gibt es jedenfalls *auch* in der DGB-Politik. Jedoch setzt die MG ihre These fort: „Was hat der DGB eigentlich gegen mehr Lohn? Wozu eine Gewerkschaft, die meint, den Arbeitern ginge es gut genug?" Es stimmt halt einfach nicht. So sehr die Lohnpolitik des DGB von taktischem Kalkül, Rücksichten (auch aufs Gesamtwohl, vielleicht auch auf die Karrierevorstellungen einzelner Leute), Rücksichtnahme auf die Regierung, Zweifel an der Streikbereitschaft der Mitglieder,

würde doch manches Problem lösen!

bei weniger ruinöser Leistung verstan-

Entlassungen sorgt

Schonung der Streikkassen usw. bestimmt wird – sie wird nicht von der Erwägung bestimmt, die Arbeiter hätten doch genug. Noch das Kaufkraft-Argument, das die MG den Gewerkschaften um die Ohren schlägt, richtet sich an die Öffentlichkeit mit der Aufforderung zu verstehen, daß *mehr* Lohn gebraucht würde. Übrigens schlägt die MG dies Argument dem DGB nicht als ökonomisches um die Ohren, indem sie ihm nachwiese, daß die Krise nicht von der Kaufkraft kommt und mit der Kaufkraft nicht behoben wird, sondern sie benützt es als moralischen Hammer: der DGB denke immer nur ans Wohl des Ganzen.

Die MG behauptet, jede Mark Übertarif, die ein Kapitalist zahle, sei ein Fehler der Gewerkschaften. Man kriege sie nur für bedingungslose Erfüllung der Bedingungen, die der Kapitalist stellt. Weltfremd ist diese Kritik. Als ob ein Tarif gewöhnlich, im Allgemeinen etwas anderes ausmachen könne als den Durchschnitt dessen, was die Arbeiter den Kapitalisten abtrotzen können. Unter günstigen Bedingungen für die Arbeiter, wird die Grenze nach oben verschoben, unter ungünstigen, z.B. Krise, Reservearmee, nach unten gedrückt. Daß für die Kapitalisten als

einzelne keine Luft mehr drin wäre für Übertarife, daß also die Gewerkschaft Übertarife durch Billiglöhne hervorrufe, ist der reine Hohn auf die Wirklichkeit. Die maßgebenden Leute der MG vertreten auf Veranstaltungen, egal ob Krise oder nicht, das sei nicht von Belang für die Höhe der Lohnforderung. Dagegen mal ausnahmsweise ein Marx-Zitat:

„Das Interesse des Kapitalisten und des Arbeiters ist also *dasselbe*, behaupten die Bourgeois und ihre Ökonomen. Und in der Tat! Der Arbeiter geht zugrunde, wenn ihn das Kapital nicht beschäftigt. Das Kapital geht zugrunde, wenn es die Arbeitskraft nicht ausbeutet, und um sie auszubeuten, muß es sie kaufen. Je rascher sich das zur Produktion bestimmte Kapital, das produktive Kapital vermehrt, je blühender daher die Industrie ist, je mehr sich die Bourgeoisie bereichert, je besser das Geschäft geht, um so mehr Arbeiter braucht der Kapitalist, um so teurer verkauft sich der Arbeiter. Die unerläßliche Bedingung für eine passable Lage der Arbeiter ist also möglichst rasches Wachstum des produktiven Kapitals." (Lohnarbeit und Kapital).

Indem er die Verhältnisse schildert, zeigt Marx zugleich auf, wie die Vorstellung beim Arbeiter (und bei seinen

dem Wohlverhalten gar nicht mehr! Man würde arbeiten um zu leben – und nicht umgekehrt!" Und dieses Arbeiterparadies bescherte uns im Kapitalismus der „abgesicherte, anständige" Lohn. Der MG ergeht es wie schon öfter anderen Dogmatikern. Mit vollem Anlauf aus dem Dogmatismus springt sie mitten in den Reformismus.

Gegenüber jenen zwanzigtausend mehr im Jahr, für die der DGB jetzt nicht kämpft, und wofür er zerschlagen werden muß, halten wir doch lieber an den konservativen Vorstellungen fest, etwa, von Einheitsgewerkschaften auf dem Boden des Klassenkampfes. Nachdem die MG die Frage des „Lohnsystems" und damit des Klassenkampfes nicht behandelt, verwirft sie auch die Einheitsgewerkschaft. Die Arbeiterbewegung hat zwar sowohl mit Richtungs- als auch mit Betriebsgewerkschaften keine guten Erfahrungen, aber was verschlägt das gegenüber der so schön allgemeinen Weisheit, daß „Einheit an sich" kein Wert sei.

Das dogmatische Verfahren der MG, aus der Wirklichkeit nur das herauszupicken, was den eigenen Dogmen entspricht (und Dogma ist eben: der DGB macht Politik auf Kosten der Arbeiter, ganz so wie für den Bewegungs-Anbeter Dogma ist: Was die Bewegung macht, ist schon gut), wird die Wirklichkeit verfälscht. Das Beschäftigungsprogramm des DGB, wie ur-

Je schriller und absurder um so besser!

Der Ärger über die Führer der Gewerkschaften, über das was sie sagen und tun ist groß. Die MG spricht alle diese Ärgernisse aus:

Warum will denn der DGB keine „Lohnmaschine" sein? Jede Mark Übertarif ist ein Fehler der Gewerkschaften! Lohnverhandlungen sind Theater, gespielter Klassenkampf für Lohnsenkung! Die Gewerkschaft wahrt den Betriebsfrieden – die Unternehmer nutzen ihn! Die Unternehmer lassen arbeiten und entlassen. Die Gewerkschaft beschwert sich über Rationalisierung und Arbeitslosigkeit. So stört keiner den anderen. Der DGB weiß eben, was soziale Gerechtigkeit ist: Verteilung des Schadens!

So zieht sich der rote Faden der Empörung durch das „Manifest gegen den DGB", wie aber auch durch ihre Zeitungen und Flugblätter. Dabei wird nicht der Weg der sachlichen Kritik der Reden und Taten der Gewerkschaftsführer gewählt, sondern deren Äußerungen und Taten werden bis ins Absurde zugespitzt. Dann ist es einfach zu sagen: seht was dies für Verräter sind, die euch auf der Nase herumreiten.

Aber warum können die denn das? Es wird nicht gesehen, daß einige der Auffassungen nicht einfach auf die Kreise der Gewerkschaftsführungen beschränkt sind, sondern durchaus von Teilen der Arbeiter geteilt werden. Hier wäre eine sachliche Widerlegung am Platze. Handlungsvorschläge fehlen in dem „Manifest" völlig.

Stattdessen stehen „die Gewerkschaften" „den Arbeitern" gegenüber. Da gibt es keine Widersprüche, weder in den Gewerkschaften, sowieso nicht in den Führungen, aber auch nicht in der Arbeiterklasse. Wenn die Arbeiter dennoch ihren Gewerkschaftsführern folgen sind es fettgefressene dämliche Schafe, die ihren Schlächtern willig nachlaufen.

Da nun aber auf die Dauer Empörung „pur" über Schandtaten eher abstumpft, muß die Empörung verschärft werden. Sie wird schrill und bekommt selbst einen Zug ins Absurde.

All das macht das Besondere der MG aus, oft wird ihr Aufschrei der Empörung geteilt. Gleichzeitig ist es ihr völlig unmöglich, eine positive Aktionseinheitspolitik zu entwickeln. Das erklärt, daß die MG und ihre Mitglieder in den Gewerkschaften so isoliert sind, wie keine linke Organisation.

Auszug aus dem „Manifest gegen den DGB"

1. Der DGB will keine „Lohnmaschine" sein. Eie Lohnmaschine wäre aber bitter nötig. Was hat der DGB eigentlich gegen mehr Lohn? Wozu eine Gewerkschaft, die meint, den Arbeitern ginge es gut genug?

Ist dem DGB nicht bekannt, daß mit dem Lohn über die Lebenslage einer ganzen Klasse entschieden ist? Wissen Vorstandsmitglieder nicht, daß der Arbeitslohn die Lohnabhängigen unerbittlich darauf festlegt, was sie leisten müssen und sich leisten können; 20000 DM mehr zum Verbrauchen im Jahr würde doch manches Problem lösen! Sie befreien eine nicht geringe Anzahl von Leuten – nämlich die, die der DGB vertritt – vom dauernden Zwang zum Sparen; das lebenslange Kunststück, sich einzuteilen, die eine Anschaffung bleiben zu lassen, weil die andere unerläßlich ist, läßt sich trotz Steigerung des Benzinpreises bewerkstelligen.

Und nicht nur das. Ein abgesicherter, anständiger Verdienst schafft auch Freiheit im Umgang mit den Zumutungen am Arbeitsplatz. Dann wäre man nämlich nicht auf die „Angebote" angewiesen, die die Herren Arbeitgeber mit Überstunden, betrieblichen Sonderzahlungen und Betriebstreue unterbreiten. Ohne Mangel funktionierten die alltäglichen Erpressungen, die Kalkulationen mit dem Wohlverhalten gar nicht mehr! Man würde arbeiten, um zu leben – und nicht umgekehrt!

Beim DGB ist von solch einfachen Rechnungen nie die Rede. Wenn er mit dem *Lohn* rechnet, denkt er gleich an die „Wirtschaft" und fragt diese und sich, ob sie ihn verträgt. Wie sonst soll man es verstehen, wenn Gewerkschafter seit Jahren jeden Pfennig mehr Lohn unter dem Gesichtspunkt rechtfertigen, daß er *„Kaufkraft"* zum Gelingen der Konjunktur beisteuert?

Wenn er auf die *Leistungen* der Arbeiter eingeht, so fällt ihm außer Klagen über die „inhumane Arbeitswelt" dasselbe ein: daß eine Erleichterung und Verkürzung der Arbeit von der Geschäftswelt nicht zu verkraften sei. *Qualitative* Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung will keine Tarifkommission als Anpruch auf mehr Lohn bei weniger ruinöser Leistung verstanden wissen.

Für den DGB ist also der Lohn alles andere als für die, die er vertritt. Er bringt das Kunststück fertig, beim Lohn der Arbeit*nehmer* an die Not der Arbeits*losen* zu denken, die noch nicht einmal Lohn kriegen; bei den Arbeitslosen denkt er an die Tugend der Arbeit*geber*, die es nicht an Lohn, sondern an Arbeit fehlen lassen.

15. Wer ist ein Feind der Gewerkschaft? Jeder, der sie verdächtigt, ein Feind von Staat und Kapital zu sein. Also auch alle, die das von ihr verlangen.

Es gibt Leute, die halten Strauß und den DGB für Gegner, oder den DGB und „die Bosse", die Kölner Arbeitgeberzentrale, Springer und sein Presseimperium, den „Wirtschaftsgrafen" Lambsdorff ... Diese Leute lassen sich von den offiziellen Beschwerden täuschen, die der DGB gegen jeden vorbringt, der seine Leistungen nicht gebührend würdigt.

Was, bitte schön, soll denn an *Einigkeit* an und für sich *gut* sein? Geht es denn nicht immer noch darum, *wofür* man einig sein soll? Und *lohnende Kämpfe*, für die Einigkeit nötig wäre – und dafür wäre Einigkeit auch kein Problem! –, führen die DGB-Gewerkschaften doch ohnehin nicht. Im Gegenteil! Einigkeit heißt für diesen Verein: Alle Mann ins Glied, Applaus für den Vorsitzenden, Jubel für jeden regierenden gewerkschaftsfreundlichen Machthaber, sozialer Friede über alles; ein Schuft, wer sich nicht ein- und unterordnet!

Was ist alternativ an der ‚Alternativen Liste‘ in Hessen?

Von Hans-Gerhart Schmierer

Aufgabe sei es jetzt „Fakten zu schaffen“. So hatte Alexander Schubart die Versammlung zur Bildung einer Alternativen Liste für die Landtagswahlen in Hessen eröffnet. Die „Fakten“, um die es ging, waren ein offener Brief an die Grünen-Hessen, der Entwurf einer Präambel für die Wahlplattform einer Alternativen Liste und die Alternative Liste selber, bzw. die Initiative dafür in Gestalt einer Adressenliste, in die man sich eintragen konnte, und eines Koordinationsausschusses, der aber erst noch örtlich beschickt werden soll. In der letzten Nummer der KVZ wurde die Versammlung bereits kurz kommentiert und zwar unter dem unmittelbaren Eindruck, den sie machte. Inzwischen sind die Fakten, die am 3. April geschaffen worden sind, schon zehn Tage alt und man kann sie mit dem gehörigen Abstand beurteilen.

Wie man ein „Problem“ in die Welt setzt

Bekanntlich hatten die Grünen-Hessen schon vor einiger Zeit beschlossen, mit einer offenen Liste zu den hessischen Landtagswahlen zu kandidieren. Eine Spaltung oder auch nur die Gefahr einer Zersplitterung der oppositionellen Stimmen für die hessischen Landtagswahlen bedeutete das nicht, solange sich die Grünen-Hessen nicht gegen Interessen und Forderungen der kämpfenden Bewegung in Hessen aussprachen und diese im Gegenteil ausdrücklich artikulierten. Das mußte sich herausstellen, sobald die Grünen-Hessen ihr Programm veröffentlichten, das sie seit einiger Zeit vorbereiteten. Nicht-Mitglieder der Grünen konnten sich also, wenn sie wollten, entweder von vornherein an der Debatte über dieses Programm beteiligen, oder sie konnten dessen Veröffentlichung abwarten, um dann in Ruhe zu prüfen, ob die Interessen und Forderungen der kämpfenden Bewegung in diesem Programm hinreichend berücksichtigt sind. Durch ihren Beschluß, mit einer offenen Liste zu kandidieren, hatten die Grünen jedenfalls weder einen „Alleinvertretungsanspruch“ noch überhaupt einen Vertretungsanspruch erhoben, sondern zunächst einmal nur die Verpflichtung übernommen, ein Programm vorzulegen, das jeder daraufhin überprüfen kann, ob und wieweit man es im Wahlkampf und danach verfechten will, weil es die wichtigsten Interessen und Forderungen enthält, die sich in den Kämpfen herausbilden.

Das Gerede vom Alleinvertretungsanspruch mußte umso lächerlicher erscheinen, als die Grünen ja bereits in einer ganzen Reihe von Kommunalparlamenten sitzen – unter anderem in Frankfurt – und deshalb weder sie noch sonst jemand auf die Idee verfallen sind, daß sie damit einen Alleinvertretungsanspruch oder überhaupt einen Anspruch auf Vertretung errungen

tenden Bewegung in Hessen aussprachen und diese im Gegenteil ausdrücklich artikulierten. Das mußte sich herausstellen, sobald die Grünen-Hessen ihr Programm veröffentlichten, das sie seit einiger Zeit vorbereiteten. Nicht-Mitglieder der Grünen konnten sich also, wenn sie wollten, entweder von vornherein an der Debatte über dieses Programm beteiligen, oder sie konnten dessen Veröffentlichung abwarten, um dann in Ruhe zu prüfen, ob die Interessen und Forderungen der kämpfenden Bewegung in diesem Programm hinreichend berücksichtigt sind. Durch ihren Beschluß, mit einer offenen Liste zu kandidieren, hatten die Grünen jedenfalls weder einen „Alleinvertretungsanspruch“ noch überhaupt einen Vertretungsanspruch erhoben, sondern zunächst einmal nur die Verpflichtung übernommen, ein Programm vorzulegen, das jeder daraufhin überprüfen kann, ob und wieweit man es im Wahlkampf und danach verfechten will, weil es die wichtigsten Interessen und Forderungen enthält, die sich in den Kämpfen herausbilden.

Das Gerede vom Alleinvertretungsanspruch mußte umso lächerlicher erscheinen, als die Grünen ja bereits in einer ganzen Reihe von Kommunalparlamenten sitzen – unter anderem in Frankfurt – und deshalb weder sie noch sonst jemand auf die Idee verfallen sind, daß sie damit einen Alleinvertretungsanspruch oder überhaupt einen Anspruch auf Vertretung errungen
hätten. Nirgendwo haben die Grünen aus ihren Parlamentssitzen abgeleitet, daß sie nun als die geborenen Sprecher dieser oder jener Bewegung anzuerkennen wären und anderenfalls die Bewegung nicht unterstützen würden. Bekanntlich haben sie zum Beispiel die Rolle Alexander Schubarts als mehr oder weniger legitimierter Sprecher der Bewegung für ein Volksbegehren gegen die Startbahn West niemals in Frage gestellt, obwohl sich hier vielleicht tatsächlich eine Alleinvertretung herausbildete, die unter Berufung auf die Bürgerinitiativen in den jetzigen Wahlvorbereitungen auch als Anspruch geltend gemacht wird. Aber sei's drum. Hier soll lediglich darauf hingewiesen werden, daß mit der Ankündigung der Kandidatur der Grünen keinerlei Problem entstanden ist, es sei denn irgendjemand sonst wäre der Auffassung, daß es allemal berechtigt ist, die Bewegung zu vertreten und deshalb in seinen Interessen verletzt sei. Erst aus einer solchen Sicht wird die Rede vom Alleinvertretungsanspruch der Grünen überhaupt sinnvoll.

Wer dagegen bestimmte Interessen hat und für diese kämpft, schaut halt, ob er sich dabei auf eine Parlamentsfraktion der Grünen wird stützen können oder nicht. Wenn ja, ist's ihm recht. *Ansprüche* wird dann *er* gegenüber dieser Parlamentsfraktion erheben. Wenn nein, dann wird er schauen, wie eine Fraktion zustande kommt, auf die man sich eher stützen könnte. Allemal steht doch die Frage so: entweder die Kandidatur der Grünen ist politisch vertretbar, dann kann man sie unterstützen oder sie ist es nicht, dann muß man sie bekämpfen. Die Alternative anders stellen, heißt die politische Einheit der Bewegung mit der Addition aller vorhandenen politischen Lobbys verwechseln. Wer selbst keinen Vertretungsanspruch hat, wird jedenfalls die Grünen an ihrem Programm und ihren Taten messen und nicht über irgendeinen Alleinvertretungsanspruch zetern. Voll Gezeter aber lief die Angelegenheit mit der Alternativen Liste bisher leider ab. Das Problem, das die Initiatoren jetzt zu überwinden aufrufen, haben sie selber erst geschaffen. Das unterscheidet sie von dem verirrten Odysseus, der Skylla und Karybdis als zwei Felsen, zwischen denen er hindurchkommen mußte, tatsächlich vorfand und nicht erst selber schuf, indem er „Fakten“ setzte. So betrachtet ist es vielleicht mehr als ein Satzfehler, wenn es im ersten Flugblatt besagter Ergänzungsvertreter heißt:
„Weder die Partei der Grünen noch unsere Alternative List (!) ist allein stark genug.“

Die Drangsal, in die die Ergänzungsvertreter die Bewegung jetzt gestürzt sehen, ist nur das Ergebnis ihres eigenen Drangs, daß die Bewegung auf jeden Fall *vertreten* werden müsse und das nicht ohne sie. In dem Offenen Brief an die Grünen heißt es:

„Bitte stellt uns nicht zwischen Skylla und Karybdis. Die Skylla bedeutet: wir unterwerfen uns dem Alleinvertretungsanspruch Eurer Partei gegenüber dem Protestpotential. Dies ist für uns unannehmbar. Die Karybdis bedeutet: zum 26. September wird es eine grün-alternative Konkurrenzkandidatur geben. Dies würde zur Desorientierung und beiderseitiger Erfolglosigkeit führen.“

Das „Protestpotential“ wird bloß noch als Objekt des Schachers gesehen, das man so oder so nicht den Grünen allein überlassen will: entweder durch Teilung der Liste oder durch Spaltung der Liste. Als ob das „Protestpotential“ am 26. September mit seinen Stimmzetteln Anrechtsscheine auf Vertretungsansprüche in die Urne zu werfen hätte. Urnengang als Seelenverkäuferei. Was soll daran alternativ sein und wenn einem noch so viel imperative Mandate zugesprochen werden. Gegenüber dem Palament sind sie ohnehin nicht praktikabel, wie Hansen und Coppik fortschrittlich zwinkernd zu verstehen geben könnten. Angesichts eines angeblichen Grünen Alleinvertretungsanspruches wird ein handfester Anspruch auf Teilung der Beute geltend gemacht. Als Beute gilt das „Protestpotential“. Ist es demgegenüber nicht die Aufgabe des „Protestpotentials“, sich besser selbständig zu organisieren, statt Potential von Vertretern zu sein, als organisierte Bewegung zu wirken, und die Listenbildung nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten zu beurteilen, um unnötigen Streit über Vertretungsansprüche möglichst zu unterbinden? Entwickelt die Bewegung selbständige Kraft kann sie vielleicht sogar mehr als bloß die grüne Fraktion im Parlament von Fall zu Fall in Trab bringen.

Die Grünen Hessen sind hinreichend „alternativ“ gegenüber den Landtagsparteien

In ihrem Offenen Brief an die Grünen Hessen schreiben die Initiatoren der Alternativen Liste, die Grünen sollten ihnen an Hand des eigenen Entwurfes einer „Präambel“ benennen, „wo die von Euch behaupteten grundlegenden inhaltlichen Widersprüche liegen“. Zu diesem Zeitpunkt war das Programm der Grünen bereits verabschiedet und der Teil über „Wirtschaft und Arbeitswelt“ auch ohne Anstrengungen zugänglich. Normalerweise hätte man erwarten können, daß die Initiatoren der Alternativen Liste als erstes jene programmatischen Positionen benennen würden, die sie an einer Unterstützung der Grünen hindern. Aber für sie wird umgekehrt ein Schuh draus. Sie zählen vier Allerweltsschwerpunkte der Linken auf und verlangen, die Grünen sollten ihre Widersprüche benennen.

Die vier Schwerpunkte sind: Eine ökologisch ausgerichtete Politik, eine auf Friedenssicherung ausgerichtete Politik, eine sozial ausgerichtete Politik und eine radikaldemokratisch ausgerichtete Politik. Bezüglich „Einzelheiten“ wird jeweils auf noch zu formulierenden Ausführungsbestimmungen verwiesen. Für alles, was da bisher genannt wird, treten praktisch alle Linken seit Jahren ein. Auch die Grünen treten dafür seit Jahren ein. Der Unterschied ist, daß die Grünen dabei zu einer Sammlungsbewegung in parlamentarischen Wahlen wurden, die anderen Linken aber nicht. Woran immer das liegen mag, man muß es wenigsens erkennen.

Meiner Meinung nach liegt es erstens daran, daß sich die Grünen einerseits von den linken Kungeleien um irgendwelche Minimalkonsense untereinander abgesetzt haben. Dabei kann nämlich nur weniger herauskommen als das Minimum dessen, wofür sich heute zu kämpfen lohnt und wofür auch gekämpft wird. Zweitens liegt es wohl daran, daß die Grünen bei der Entwicklung einer programmatischen Perspektive von vornherein nicht nur von der Kritik des modernen Kapitalismus ausgingen, sondern auch von der Kritik des Staatsmonopolismus, wie er sich in der Sowjetunion und den von ihr beherrschten Ländern herausgebildet hat. Das taten sie zwar unter fragwürdigen Stichworten wie Industrialismus etc., entscheidend jedoch war, daß sie ihre Perspektive jenseits dieser beiden Ausbeuter- und Unterdrückergesellschaften suchten und dabei in den konkreten Bedürfnissen und Weisen ihrer Befriedigung Kriterien suchten, die über die Formunterschiede zwischen Kapitalismus und Staatsmonopolismus hinausgehen. Durch diese Naivität – man könnte es auch Genialität nennen – die den neuen Impulsen der Bewegungen seit den 60er Jahren durchaus entspricht, haben sie ein gut Teil des historisch verminten Geländes der Auseinandersetzungen zwischen der Rechten und der Linken, wie innerhalb der Linken selber, übersprungen und sind damit dem Bedürfnis dieser Bewegungen, einen neuen Anlauf zu nehmen in der Umwälzung von Produktion und Gesellschaft, entgegengekommen. Dahinter darf die Linke nicht zurückbleiben. Vielmehr muß sie, soweit sie es kann, dazu beitragen, daß diese Ausgangsposition gefestigt wird, indem unverzichtbare Erkenntnisse und Erfahrungen der Arbeiterbewegung und der Linken in sie aufgenommen werden, statt sie mit neuen (oder alten) Drahtverhauen zu umgeben: mögen diese nun Vorrang der Gattungs- vor der Klassenfrage oder anders heißen.

Etliche Linke – und zwar nicht unbedingt jene, die man in den letzten Jahren in den vordersten Reihen der Auseinandersetzung mit Kapitalismus, Sozialdemokratismus und sowjetischem Staatsmonopolismus gesehen hat – reagieren aber ganz anders. Sie wollen gegenüber den Grünen Erkennungswörter einklagen. Die Grünen seien gegen die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften!

„Die Grünen betrachten die Gewerkschaften als elementare und unverzichtbare Einrichtungen der abhängig Beschäftigten zur Durchsetzung und Sicherung ihrer ökonomischen Interessen gegenüber Kapital und Staat.“

Aber um die Arbeitslosigkeit kümmerten sich die Grünen nicht! In ihrem Programm jedoch steht z.B.:

„In unserer Gesellschaft ist der Verkauf der eigenen Arbeitskraft für die meisten Menschen die einzige Möglichkeit, ein das Existenzminimum sicherndes Einkommen zu erzielen. Deshalb stellt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auch für die Grünen Hessen unabhängig von ihren langfristigen Vorstellungen eines alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre dar, weil wir den Anspruch auf ein menschenwürdiges Einkommen für jeden als ein elementares Grundrecht betrachten.“

Die Grünen wollten Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich und gerade den Konsum der schlechtest verdienenden einschränken! In ihrem Programm lesen wir dazu:

„Ein zentrales Mittel, um die Arbeitslosigkeit abzubauen, ist die Verkürzung der Arbeitszeit. Eine fortschreitende Verkürzung der Wochenarbeitszeit – mit der 35-Stunden-Woche als erstem Ziel – bei vollem Lohnausgleich, insbesondere für die unteren Einkommen, kann eine große Anzahl neuer Arbeitsplätze schaffen. Verkürzungen der Arbeitszeit dürfen nicht zu einer Intensivierung der Arbeit führen.“

Auf jeden Fall aber vernachlässigten die Grünen die Eigentumsfrage und damit die entscheidende Frage der gesellschaftlichen Umwälzung! Wahr ist dagegen, daß zwar die Alternative Liste bei ihrem Minimum die Eigentumsfrage umgeht, die Grünen Hessen aber aus ihrer Stellung zum Eigentum in ihrem Programm kein Hehl machen:

„Voraussetzung und Grundlage dafür, daß die Betroffenen selbst Entscheidungen darüber treffen können, WAS, WIE und WO produziert wird, ist eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse an Kapital und Produktionsmitteln.“

Allerdings stellen sie auch fest, und das mag denn vielleicht den Stein des Anstoßes für das angestrebte „breiteste Bündnis“ sein:

„Private oder staatliche Monopole, die den einzelnen zum Rädchen in einem zentralistischen Getriebe machen – Kennzeichen für westliche Profit- und östliche Planwirtschaft – sind mit einer ökologisch orientierten Wirtschaft unvereinbar.“

Was sich traditionell als Linke herausgebildet hat, ist schon lange gespalten und wird auch zur alten Einheit vor 1914 nicht mehr zurückfinden. Bei der Suche nach dem Minimalkonsens wird bloß nach dem revolutionären Stachel gespürt, der – sofern vorhanden – vollends gezogen werden soll. Solch revolutionärer Stachel ist dort vorhanden, wo die Perspektive für die zukünftige Gesellschaft und die Kritik der fälligen Umwälzung nicht nur in der Kritik des modernen westlichen Kapitalismus, sondern auch in der kritik des östlichen Staatsmonopolismus entwickelt werden. Dahinter wollten die Grünen nicht mehr zurück und darin haben sie recht. Es ist dies auch keine Angelegenheit, die man eine Legislaturperiode lang zurückstellen könnte, wie sich an ihr die Linke heute in allen wichtigen Fragen spaltet, ob es nun um die Stellung zum Kriegsrecht in Polen oder um die Stellung zum hiesigen Staat und seinem Apparat geht. Unter

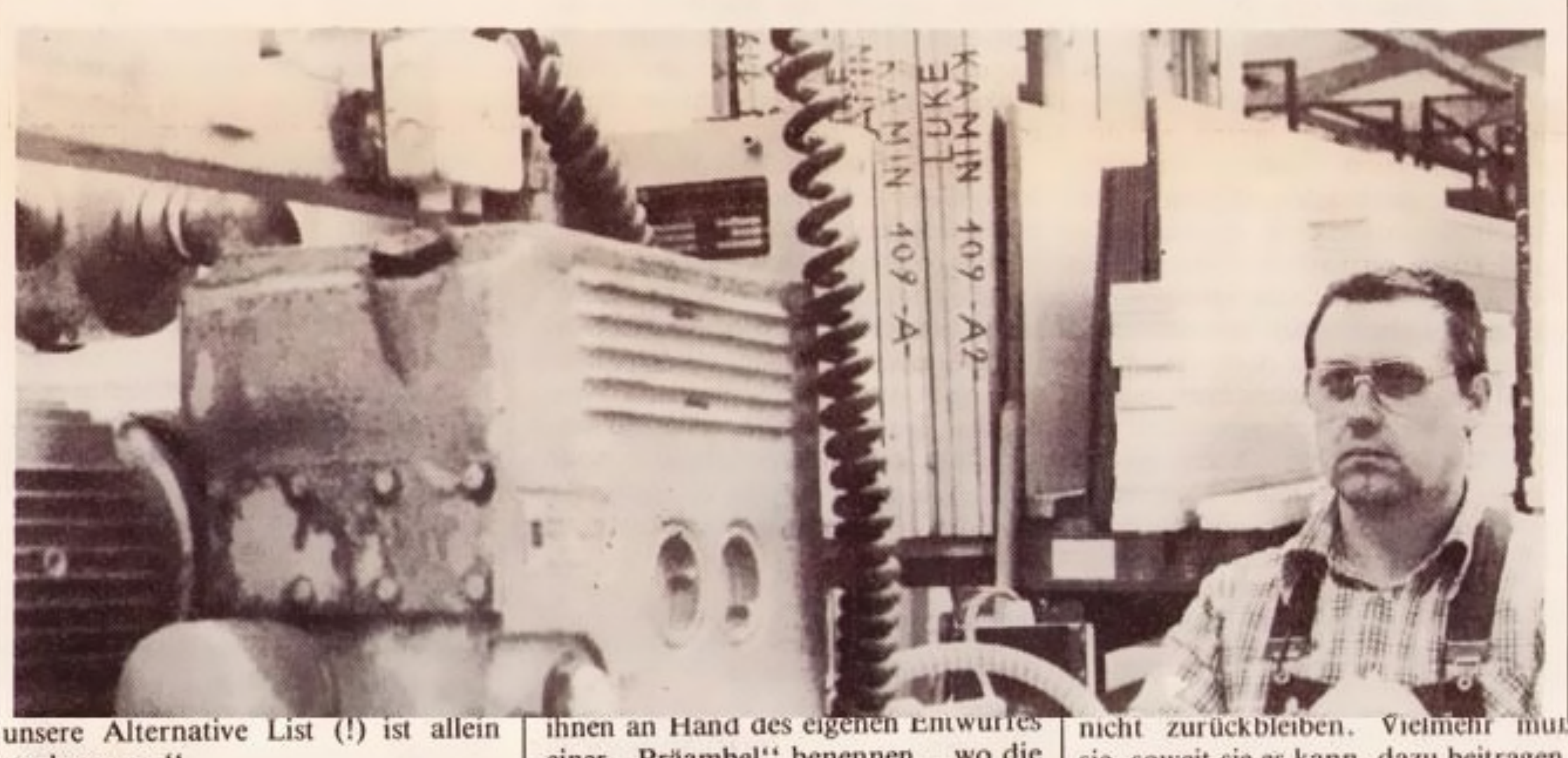
verhältnisse an Kapital und Produktionsmitteln.“

Allerdings stellen sie auch fest, und das mag denn vielleicht den Stein des Anstoßes für das angestrebte „breiteste Bündnis“ sein:

„Private oder staatliche Monopole, die den einzelnen zum Rädchen in einem zentralistischen Getriebe machen – Kennzeichen für westliche Profit- und östliche Planwirtschaft – sind mit einer ökologisch orientierten Wirtschaft unvereinbar.“

Was sich traditionell als Linke herausgebildet hat, ist schon lange gespalten und wird auch zur alten Einheit vor 1914 nicht mehr zurückfinden. Bei der Suche nach dem Minimalkonsens wird bloß nach dem revolutionären Stachel gespürt, der – sofern vorhanden – vollends gezogen werden soll. Solch revolutionärer Stachel ist dort vorhanden, wo die Perspektive für die zukünftige Gesellschaft und die Kritik der fälligen Umwälzung nicht nur in der Kritik des modernen westlichen Kapitalismus, sondern auch in der kritik des östlichen Staatsmonopolismus entwickelt werden. Dahinter wollten die Grünen nicht mehr zurück und darin haben sie recht. Es ist dies auch keine Angelegenheit, die man eine Legislaturperiode lang zurückstellen könnte, wie sich an ihr die Linke heute in allen wichtigen Fragen spaltet, ob es nun um die Stellung zum Kriegsrecht in Polen oder um die Stellung zum hiesigen Staat und seinem Apparat geht. Unter
dem Stichwort „Alternative Liste“ werden in Hessen falsche und schädliche Spaltungen vorangetrieben wie falsche und schädliche Einheiten aufrechterhalten und zementiert werden. Eine falsche und schädliche Spaltung ist, wenn die Kräfte auseinanderdividiert werden, die eine Perspektive jenseits von Kapitalismus und Staatsmonopolismus suchen. Eine falsche und schädliche Einheit ist es, wenn ein Teil dieser Kräfte zusammen mit der DKP gegen die Grünen zu Feld zieht. Es steckt gerade in der Logik des sogenannten Minimalkonsenses, daß solch falsche Spaltung und falsche Einheit herauskommt. Diese Logik wirkt bei der Gründung der Demokratischen Sozialisten mit ihrem starken Stamokapflügel, diese Logik wirkt auch bei der Gründung der Alternativen Liste Hessen mit der DKP als Standbein.

Demgegenüber hat sich bereits erwiesen, daß eine Kritik an Kapitalismus *und* Staatsmonopolismus das Minimum ist, was die oppositionellen Strömungen von einer oppositionellen Liste erwarten. Diesen Anspruch zu erfüllen, ist das eigentliche Problem. Die Kandidatur der Grünen erfüllt ihn. Daß die Bewegung durch Wahlen nicht ins Parlament versetzt wird und für sich selber stehen muß, daran wird dagegen die größte Vielfalt von Vertretungsansprüchen auch nichts ändern. Die „Alternative Liste“ ist quantitativ zuviel, qualitativ zu wenig. Gäb es sie nicht, dann könnte man sich schon heute mehr mit den bürgerlichen Parteien befassen, gegen die der Wahlkampf geführt werden muß.



unsere Alternative List (!) ist allein stark genug.“

Die Drangsal, in die die Ergänzungsvertreter die Bewegung jetzt gestürzt sehen, ist nur das Ergebnis ihres eigenen Drangs, daß die Bewegung auf jeden Fall *vertreten* werden müsse und das nicht ohne sie. In dem Offenen Brief an die Grünen heißt es:

„Bitte stellt uns nicht zwischen Skylla und Karybdis. Die Skylla bedeutet: wir unterwerfen uns dem Alleinvertretungsanspruch Eurer Partei gegenüber dem Protestpotential. Dies ist für uns unannehmbar. Die Karybdis bedeutet:

ihnen an Hand des eigenen Entwurfes einer „Präambel“ benennen, „wo die von Euch behaupteten grundlegenden inhaltlichen Widersprüche liegen“. Zu diesem Zeitpunkt war das Programm der Grünen bereits verabschiedet und der Teil über „Wirtschaft und Arbeitswelt“ auch ohne Anstrengungen zugänglich. Normalerweise hätte man erwarten können, daß die Initiatoren der Alternativen Liste als erstes jene programmatischen Positionen benennen würden, die sie an einer Unterstützung der Grünen hindern. Aber für sie wird umgekehrt ein Schuh draus. Sie zählen

nicht zurückbleiben. Vielmehr muß sie, soweit sie es kann, dazu beitragen, daß diese Ausgangsposition gefestigt wird, indem unverzichtbare Erkenntnisse und Erfahrungen der Arbeiterbewegung und der Linken in sie aufgenommen werden, statt sie mit neuen (oder alten) Drahtverhauen zu umgeben: mögen diese nun Vorrang der Gattungs- vor der Klassenfrage oder anders heißen.

Etliche Linke – und zwar nicht unbedingt jene, die man in den letzten Jahren in den vordersten Reihen der Auseinandersetzung mit Kapitalismus,

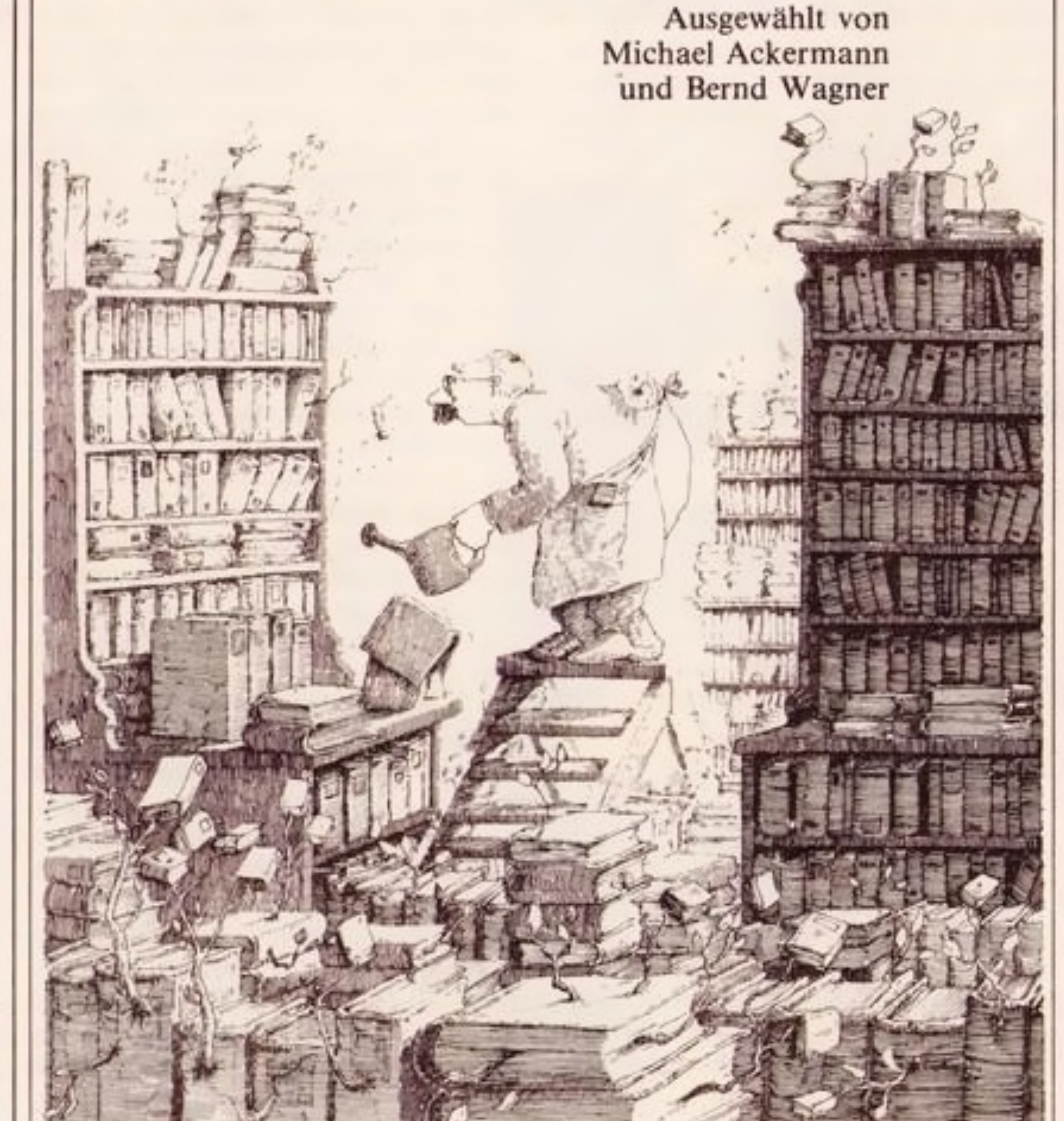


„Voraussetzung und Grundlage dafür, daß die Betroffenen selbst Entscheidungen darüber treffen können, *was, wie* und *wo* produziert wird, ist eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse an Kapital und Produktionsmitteln.“ So stellt das Programm fest, das die Grünen zur hessischen Landtagswahl erarbeitet haben.

Bücherhinweise

Neue Taschenbücher im April

Ausgewählt von
Michael Ackermann
und Bernd Wagner



Der Bücherfrühling

Sachbücher

Karl Marx
Exzerpte über Arbeitsteilung, Maschinerie und Industrie. Historisch-kritische Ausgabe transkripiert und herausgegeben von Rainer Winkelmann
Ullstein 35136, 29,80 DM, 465 S.

Die eigentlichen Exzerpte von Marx machen nur ca. 50 der 460 Seiten des Buches aus, wobei diese Exzerpte selbst wenig eigene Gedankengänge von Marx enthalten und im wesentlichen aus Zitaten und Hinweisen auf die exzerpierten Bücher bestehen. 150 Seiten sind Kommentar, der Rest Erläuterungen, editorische Hinweise, Fußnoten, textkritische Anmerkungen etc.

Gesellschaft für bedrohte Völker (Hrsg.)
Der Völkermord geht weiter. Indianer vor dem IV. Russell-Tribunal
rororo 4839, 12,80 DM, 381 S.

Im November 1980 fand in Rotterdam das IV. Russel-Tribunal statt. Vor einer Jury hatten Vertreter indianischer Völker Amerikas die Regierungen und Kapitalkonzerne des fortgesetzten wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Völkermordes angeklagt. Das vorliegende Buch dokumentiert die Aussagen dieses Tribunals, auf dem indianische Vertreter aus Kanada, USA, Guatemala, Panama, Peru und Brasilien ein erschreckendes Bild über die Butalität zeichneten, mit der das Lebensrecht der indianischen Völker beständig mit Füßen getreten wird und teilweise heute eine neue Stufe der Ausrottung der Indianer erreicht hat.

Heinrich Böll, Freimut Duve, Klaus Staeck (Hrsg.)
Verantwortlich für Polen?
rororo 5017, 6,80 DM, 212 S.

Das Buch dokumentiert einen Teil des Spektrums der Diskussion in Westdeutschland nach der Verhängung des Kriegsrechtes in Polen. Die Breite derjenigen, die zur Wort kommen, reicht von vorbehaltlosen Unterstützern einer praktischen Solidarität mit der polnischen Arbeiterbewegung bis zu Stimmen, die zwar die Verhängung des Kriegsrechts verurteilen, aber vor Schritten praktischer Solidarität warnen und die außenpolitische Linie der Bundesregierung vertreten. Das Buch enthält Beiträge u.a. von H. Böll, H. Albertz, P. Bender, W. Biermann, M. Dönhoff, B. Engelmann, E. Eppler, G. Grass, H.O. Vetter.

Ulla Pruss-Kaddatz
Wortergreifung. Zur Entstehung einer Arbeiterkultur in Frankreich
editionsuhrkamp NF115, 16DM, 355S.

Gegenstand der Untersuchung ist die Herausbildung der französischen Arbeiterklasse während der wirtschaftli-

dem indianische Vertreter aus Kanada, USA, Guatemala, Panama, Peru und Brasilien ein erschreckendes Bild über die Butalität zeichneten, mit der das Lebensrecht der indianischen Völker beständig mit Füßen getreten wird und teilweise heute eine neue Stufe der Ausrottung der Indianer erreicht hat.

Heinrich Böll, Freimut Duve, Klaus Staeck (Hrsg.)
Verantwortlich für Polen?
rororo 5017, 6,80 DM, 212 S.

Das Buch dokumentiert einen Teil des Spektrums der Diskussion in Westdeutschland nach der Verhängung des Kriegsrechtes in Polen. Die Breite derjenigen, die zur Wort kommen, reicht von vorbehaltlosen Unterstützern einer praktischen Solidarität mit der polnischen Arbeiterbewegung bis zu Stimmen, die zwar die Verhängung des Kriegsrechts verurteilen, aber vor Schritten praktischer Solidarität warnen und die außenpolitische Linie der Bundesregierung vertreten. Das Buch enthält Beiträge u.a. von H. Böll, H. Albertz, P. Bender, W. Biermann, M. Dönhoff, B. Engelmann, E. Eppler, G. Grass, H.O. Vetter.

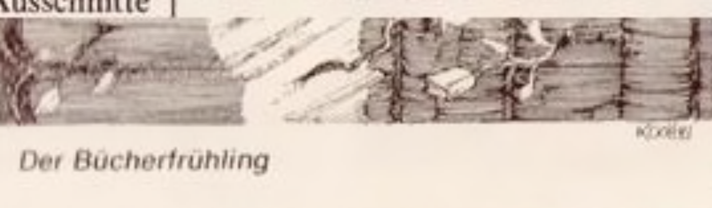
Ulla Pruss-Kaddatz
Wortergreifung. Zur Entstehung einer Arbeiterkultur in Frankreich
editionsuhrkamp NF115, 16DM, 355S.

Gegenstand der Untersuchung ist die Herausbildung der französischen Arbeiterklasse während der wirtschaftli-chen Umwälzung zur Zeit der Julimonarchie zwischen 1830 und 1848. Weniger wegen des theoretischen Rahmens, der zudem noch durch eine übermäßig schwierige Fachterminologie den Zugang erschwert, sondern wegen der Vielzahl von Materialien und praktischen Beispielen aus der Zeit der Entstehung der französischen Arbeiterbewegung ist dieses Buch von Interesse. Dargestellt werden als Konstitutions-

momente des Klassenbewußtseins die Lebens- und Arbeitsbedingungen und die Entwicklung der staatlichen Sozialpolitik; die Anfänge der Arbeiterselbsthilfe und die verschiedenen Phasen und Brüche in der gesellschaftlichen Bewußtwerdung des französischen Proletariats in seiner Konstitutionsphase.

Ernst Loewy (Hrsg.)
Exil. Literarische und politische Texte aus dem deutschen Exil 1933-1945, Bd. 3: Perspektiven
Fischer 6483, 16,80 DM, 452 S.

Mit dem Band „Perspektiven“ ist die dreibändige Ausgabe der „literarischen und politischen Texte aus dem deutschen Exil“ abgeschlossen. Die beiden ersten Bände sind ebenfalls als Fischer Taschenbücher erschienen „Mit dem Geist nach Deutschland“ (6481) und „Erbärmlichkeit und Größe des Exils“ (6482). Insgesamt liegt mit dieser dreibändigen Ausgabe die wohl beste in Taschenbuchform erhältliche Dokumentation von literarischen und theoretischen Texten aus dem Exil vor. Texte der bedeutendsten Schriftsteller und Theoretiker, die vom Faschismus aus Deutschland vertrieben worden waren, sind als Ausschnitte



Der Bücherfrühling

momente des Klassenbewußtseins die Lebens- und Arbeitsbedingungen und die Entwicklung der staatlichen Sozialpolitik; die Anfänge der Arbeiterselbsthilfe und die verschiedenen Phasen und Brüche in der gesellschaftlichen Bewußtwerdung des französischen Proletariats in seiner Konstitutionsphase.

Ernst Loewy (Hrsg.)
Exil. Literarische und politische Texte aus dem deutschen Exil 1933-1945, Bd. 3: Perspektiven
Fischer 6483, 16,80 DM, 452 S.

Mit dem Band „Perspektiven“ ist die dreibändige Ausgabe der „literarischen und politischen Texte aus dem deutschen Exil“ abgeschlossen. Die beiden ersten Bände sind ebenfalls als Fischer Taschenbücher erschienen „Mit dem Geist nach Deutschland“ (6481) und „Erbärmlichkeit und Größe des Exils“ (6482). Insgesamt liegt mit dieser dreibändigen Ausgabe die wohl beste in Taschenbuchform erhältliche Dokumentation von literarischen und theoretischen Texten aus dem Exil vor. Texte der bedeutendsten Schriftsteller und Theoretiker, die vom Faschismus aus Deutschland vertrieben worden waren, sind als Ausschnitte
von Einzelwerken, Anthologien, Zeitschriftenaufsätzen etc. zusammengestellt, die ansonsten zum größten Teil schwer zugänglich sind. Das politische und literarische Spektrum reicht von Thomas Mann, L. Feuchtwanger, O.v. Horvath und Joseph Roth über K. Tucholsky, I. Kein, A. Kantorowicz und A. Zweig bis B. Brecht, J.R. Becher, W. Münzenberg, J. Petersen und Ernst Bloch. Nützlich ist auch die ausführliche, nach Themen gegliederte Literaturliste und die Bio-Bibliographie.

Anton-Andreas Guha
Die Neutronenbombe oder Die Perversion menschlichen Denkens
Fischer 4242, 7,80 DM, 218 S.

Das neuaufgelegte und aktualisierte Buch von 1977 erhält seinen Wert vor allem durch Guhas differenzierte Auseinandersetzung mit dem Abschreckungssystem der beiden Supermächte und der jeweiligen Militärblöcke sowie der militärischen Bedeutung der Neutronenbombe und der atomaren Kleinstwaffen. Für ihn ist eindeutig klar: Ein Atomkrieg ist nicht zu begrenzen, die Vernichtung Europas sei in jedem Fall die Folge. Enthüllungen über das Gesundheitssicherstellungsgesetz und den unmöglichen Schutz der Zivilbevölkerung bereichern das Buch. Über seine nicht besonders untermauerte These – die SU agiere mehr oder weniger aus der Defensive – läßt sich allerdings wohl streiten.

Jürgen Roth
„Es ist halt so ...“. Reportagen aus dem alltäglichen Elend
rororo 7401, 9,80 DM, 286 S.

liche, nach Themen gegliederte Literaturliste und die Bio-Bibliographie.

Anton-Andreas Guha
Die Neutronenbombe oder Die Perversion menschlichen Denkens
Fischer 4242, 7,80 DM, 218 S.

Das neuaufgelegte und aktualisierte Buch von 1977 erhält seinen Wert vor allem durch Guhas differenzierte Auseinandersetzung mit dem Abschreckungssystem der beiden Supermächte und der jeweiligen Militärblöcke sowie der militärischen Bedeutung der Neutronenbombe und der atomaren Kleinstwaffen. Für ihn ist eindeutig klar: Ein Atomkrieg ist nicht zu begrenzen, die Vernichtung Europas sei in jedem Fall die Folge. Enthüllungen über das Gesundheitssicherstellungsgesetz und den unmöglichen Schutz der Zivilbevölkerung bereichern das Buch. Über seine nicht besonders untermauerte These – die SU agiere mehr oder weniger aus der Defensive – läßt sich allerdings wohl streiten.

Jürgen Roth
„Es ist halt so ...“. Reportagen aus dem alltäglichen Elend
rororo 7401, 9,80 DM, 286 S.

Nach „Armut in der Bundesrepublik“ legt der Autor nun ein Buch vor, in dem er zumeist ausgehend von Einzelfällen das System der sozialen, physischen und psychischen Verelendung in der BRD bloßlegt. Unter dem Eindruck der Krise bröckelt der Putz vom „Sozialstaat“ immer mehr ab. Er behandelt die Wohnungsnot z.B. nicht als einzelnes, sondern stellt sie mit ihren Auswirkungen und Zusammenhängen von Gesundheit, Umwelt und Infrastruktur dar. Vor allem berichten seine Reportagen auch aus der Provinz, wird das „alltägliche Elend“ aufgespürt.

Gerlinde Hummel-Haasis
Schwestern zerreißt eure Ketten Zeugnisse zur Geschichte der Frauen in der Revolution von 1848/49
dtv 2930, 12,80 DM, 360 S.

Eine absolute Fleißarbeit, was das Zusammentragen von Dokumenten und Berichten über die Rolle der Frau in der Revolution von 1848/49 betrifft! Berichtet wird über die ersten zaghaften Versuche zum Zusammenschluß der Frauen bis hin zu den radikalen Unterstützerinnen der bewaffneten Kämpfe. Das Portrait wichtiger Führerinnen mit ihren Auffassungen bildet einen wesentlichen Bestandteil des Buches.

Gerd Michelsen u.a. (Hrsg.)
Der Fischer Öko Almanach 82/83
Fischer 4057, 12,80 DM, 425 S.

Das Buch – als Nachschlagewerk aufgebaut – enthält einen umfassenden Überblick über die Probleme der gegenwärtigen Lage. Neue Technologien, Soziales, Landschaft, Energie, Chemie sind die Hauptfelder – ausgestattet mit umfangreichen Literaturverweisen und wichtigen Adressen. Vorangestellt wurden ein paar grundsätzliche Aufsätze. Im dritten Teil, „Übernationale Aspekte“ werden Globale Umweltzerstörung, Internationale Umweltpolitik, Ausbeutung der Meere, Urwaldabholzung und Saurer Regen behandelt. Neu aufgenommen wurde das Thema Rüstung und Abrüstung.

John Heartfield
Krieg im Frieden.
Fotomontagen zur Zeit 1930-1938
Fischer 3465, 6,80 DM, 153 S.

Das Buch, eine Neuauflage des seit längerer Zeit vergriffenen, 1972 bei Hanser erschienen Bandes, enthält eine Auswahl von 85 Fotomontagen von John Heartfield aus der A-I-Z und der Volksillustrierten aus der Zeit zwischen 1930 und 1938.

Belletristik

Peter J. Brenner (Hrsg.)
Plenzdorfs Neue Leiden des jungen W.
suhrkamp taschenbuch 2013, 14 DM, 361 S.

Kein Stück der neueren DDR-Literatur hat soviel Diskussionen in der DDR und auch in Westdeutschland hervorgerufen, wie die 1971 erstmals veröffentlichten „Neuen Leiden des jungen W.“ von Ullrich Plenzdorf. Entscheidend war dafür vor allem, daß erstmals in einem DDR-Stück die Probleme der Jugend in nicht-verherrlichender Sicht dargestellt worden waren und daß der Bezug auf das „klassische Erbe“ alles

„Übernationale Aspekte“ werden Globale Umweltzerstörung, Internationale Umweltpolitik, Ausbeutung der Meere, Urwaldabholzung und Saurer Regen behandelt. Neu aufgenommen wurde das Thema Rüstung und Abrüstung.

John Heartfield
Krieg im Frieden.
Fotomontagen zur Zeit 1930-1938
Fischer 3465, 6,80 DM, 153 S.

Das Buch, eine Neuauflage des seit längerer Zeit vergriffenen, 1972 bei Hanser erschienen Bandes, enthält eine Auswahl von 85 Fotomontagen von John Heartfield aus der A-I-Z und der Volksillustrierten aus der Zeit zwischen 1930 und 1938.

Belletristik

Peter J. Brenner (Hrsg.)
Plenzdorfs Neue Leiden des jungen W.
suhrkamp taschenbuch 2013, 14 DM, 361 S.

Kein Stück der neueren DDR-Literatur hat soviel Diskussionen in der DDR und auch in Westdeutschland hervorgerufen, wie die 1971 erstmals veröffentlichten „Neuen Leiden des jungen W.“ von Ullrich Plenzdorf. Entscheidend war dafür vor allem, daß erstmals in einem DDR-Stück die Probleme der Jugend in nicht-verherrlichender Sicht dargestellt worden waren und daß der Bezug auf das „klassische Erbe“ alles
andere als ehrfurchtsvoll war. Vehemente Verdammnis und überschwengliches Lob, zwischen diesen Polen schwankte die Aufnahme von Plenzdorfs Stück. Der vorliegende Band enthält eine ausführliche Einleitung, in der das Stück in die kulturpolitische und literaturhistorische Entwicklung der DDR eingeordnet wird; erstmals die Urfassung des Textes und dokumentiert in ca. 30 Besprechungen die Aufnahme des Stückes in der DDR und in Westdeutschland.

Egon Erwin Kisch
Geschichten aus sieben Ghettos
Fischer 5174, 7,80 DM, 201 S.

Die 1934 im Exil entstandenen „Geschichten aus sieben Ghettos“ versammeln 12 Erzählungen des durch seine Reportagen bekannt gewordenen Kisch. In diesen Erzählungen schildert er am Beispiel des Schicksals einzelner Juden oder jüdischer Familien aus der Zeit seit dem dreißigjährigen Krieg bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts die Tragik eines versprengten und verfolgten, isolierten und ausgesperrten Volkes, indem er versucht, jüdisches Denken und Handeln in der Geschichte zu rekonstruieren.

Howard Fast
Straße der Freiheit
rororo 4925, 7,80 DM, 268 S.

Bekannt geworden ist der amerikanische Erzähler H. Fast durch seinen Roman „Spartakus“ über den Sklavenaufstand im antiken Rom. Einer der besten Romane über das Schicksal der amerikanischen Indianer während der Kolonisierung Nordamerikas stammt von ihm (Die letzte Grenze). In „Straße der Freiheit“ wird die Geschichte eines ehemaligen Sklaven nach dem amerikanischen Bürgerkrieg erzählt und die nahezu unüberwindlichen Schwierigkeiten gezeigt, die Rassenschranken zu überwinden auf dem Weg zu einer realen Sklavenbefreiung.

Nkem Nwanko
Mein Mercedes ist größer als deiner
Ullstein 20191, 7,80 DM, 160 S.

Ein weiterer Roman aus der Reihe „Dialog Afrika“. Neben Wole Soyinka ist auch er ein nigerianischer Autor, der seinen Heimatstaat mit beißender Kritik überzieht. Der ungewohnt satirische Roman zeigt die Zerrissenheit zwischen Stadt und Land, die Klassenspaltung, die Übernahme der verkommenen Riten und Statussymbole der Weißen.

Monika Maron
Das Mißverständnis
Vier Erzählungen und ein Stück
Fischer 2324, 12,80 DM, 124 S.

Nach dem Roman „Flugasche“ nun realistische bis surreale Texte über den Zusammenbruch von Beziehungen zwischen den Menschen, der gesellschaftlichen Kälte und den enttäuschten Erwartungen. Mit „Herr Aurich“ erhalten wir auch einen Einblick in die Nomenklatura der DDR, deren Bewußtsein durch spießiges, aufstreberhaftes und hierarchisches Denken geprägt ist.

Jurek Becker
Jakob der Lügner
Suhrkamp st 774, 9,00 DM, 283 S.

Der Roman von Jurek Becker – ausgezeichent mit mehreren Preisen

zu überwinden auf dem Weg zu einer realen Sklavenbefreiung.

Nkem Nwanko
Mein Mercedes ist größer als deiner
Ullstein 20191, 7,80 DM, 160 S.

Ein weiterer Roman aus der Reihe „Dialog Afrika“. Neben Wole Soyinka ist auch er ein nigerianischer Autor, der seinen Heimatstaat mit beißender Kritik überzieht. Der ungewohnt satirische Roman zeigt die Zerrissenheit zwischen Stadt und Land, die Klassenspaltung, die Übernahme der verkommenen Riten und Statussymbole der Weißen.

Monika Maron
Das Mißverständnis
Vier Erzählungen und ein Stück
Fischer 2324, 12,80 DM, 124 S.

Nach dem Roman „Flugasche“ nun realistische bis surreale Texte über den Zusammenbruch von Beziehungen zwischen den Menschen, der gesellschaftlichen Kälte und den enttäuschten Erwartungen. Mit „Herr Aurich“ erhalten wir auch einen Einblick in die Nomenklatura der DDR, deren Bewußtsein durch spießiges, aufstreberhaftes und hierarchisches Denken geprägt ist.

Jurek Becker
Jakob der Lügner
Suhrkamp st 774, 9,00 DM, 283 S.

Der Roman von Jurek Becker – ausgezeichent mit mehreren Preisen
und in der DDR auch verfilmt – ist eine intensive und einfühlsame Beschreibung der Menschen und ihrer Lebensbedingungen im jüdischen Ghetto während des II. Weltkriegs in Polen. Eine einfache Radiomeldung, die Jakob seinen Leidensgenossen mitteilt, verändert die Situation, verschafft Hoffnungen in einer auswegslosen Situation, verstärkt den Willen zum Überleben.

Fernsehtip

In der Serie von Chabrol-Filmen nun eines seiner besten Werke, **„Der Schlachter“**. Die Grundlage für die Studie über einen Mörder gibt einmal die ländlich-kleinbürgerliche Atmosphäre eines französischen Dorfes ab. Chabrol verkehrt die Ordnung der Dinge: Nicht der Mörder ist kalt, lieblos und grausam, sondern seine Umgebung. Seine unerwiderte Liebe zu einer Lehrerin und deren Unfähigkeit auf diese einzugehen, werden dem Schlachter Pöpaul zum Verhängnis. *Samstag, 17.4., 22.20 Uhr im ARD.* – Jean Giraudoux (1882 bis 1944), dessen Schauspiel **„Der Trojanische Krieg findet nicht statt“** 1935 schon im Zeichen der faschistischen Bedrohung in Paris uraufgeführt wurde, wollte sich in diesem Stück mit dem Zustandekommen des Krieges auseinandersetzen. Zwar spielen die bekannten griechischen und spartanischen Helden auch in seinem Stück eine Rolle, aber nicht mehr im Sinne der klassischen Tragödie, sondern nur noch als Träger der allgemeinen Erkenntnis von der Unvermeidlichkeit der Kriege. Allerdings sind für Giraudoux Machtbesessenheit, Eitelkeit, falschverstandener Patriotismus und Nationalismus Ausdruck menschlicher Schwächen. *Sonntag, 18.4., 21.10 Uhr im ARD.* – Mit ihren Romanen „Ein Stück Himmel“ und „Ein Stück Erde“ lieferte Janina David die Vorlagen für die achtteilige Fernsehserie **„Ein Stück Himmel“**. In ihren beiden Bücher hat die Autorin ihre eigenen Erlebnisse als Kind in Polen unter deutscher Besatzung geschildert. Im Mittelpunkt die Geschehnisse im Warschauer Ghetto. Der Film läuft jeweils Montags, 1. Folge: *Montag, 19.4., 20.15 Uhr im ARD.* – Eine Reihe neuester chinesischer Spielfilme steht an. Als erster Film: **„Die Legende vom Tianyun-Gebirge“**. Aufsehen hat der Film in China vor allem deswegen erregt, weil in ihm auch direkt auf Fehler von Mao Zedong verwiesen wird. *Montag, 18.4., 23.00 Uhr im ARD.*